Mit digitalen Aufgabenkästen

Politik aktuell

12

Außenpolitik, Europa, Politische Systeme und Demokratieförderung (gA/eA)

Politik und Gesellschaft

UpdateCodes
Aktualisierung von Grafiken, Statistiken und Tabellen

C.C.BUCHNER

Gymnasium
Bayern

C.C.Buchner Verlag

Politik aktuell - G9 | Band 12 (gA/eA)
ISBN 978-3-661-71922-1

nicht genehmigte Vorabfassung
Kapitel 1, Stand: September 2024

Charta der Vereinten Nationen (Link)

71912-100

1 Olaf Scholz vor der UN-Generalversammlung

Bundeskanzler Olaf Scholz präsentiert während seiner Rede am 20. September 2022 vor der UNO-Generalversammlung, in der er den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine anprangert, ein Exemplar der Charta der Vereinten Nationen.

2 Was sind die Ängste der Deutschen 2023?

Jedes Jahr befragt ein großer Versicherungskonzern deutsche Bundesbürgerinnen und -bürger über ihre aktuellen Ängste. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine äußerten sie sich folgendermaßen:

Ängste der Deutschen 2023 (Stand: 2024)

Nach: R+V „Die Ängste der Deutschen 2023", die Top-Ten-Ängste. In: www.die-aengste-der-deutschen.de, Abruf am 24.04.2024

Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

1

Die Welt des 21. Jahrhunderts ist geprägt durch vielfältige Herausforderungen und Gefahren, die den Weltfrieden bedrohen. Wie reagiert die deutsche Politik, um für Deutschland als Teil der Vereinten Nationen, der NATO und als Mitglied der EU und ihren Bürgerinnen und Bürger ein Leben in Frieden und Sicherheit zu ermöglichen? Wer sind die Hauptakteure, welche Werte und Ziele haben sie und welchen Beitrag kann der Einzelne leisten?

Kompetenzen

Kernkompetenz	Die Schülerinnen und Schüler erfassen zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, um die internationale Rolle Deutschlands und die Bedeutung der Bundeswehr als Parlamentsarmee zu beurteilen.
eA **eA-Kompetenzen** 71922-100	Kapitel 1.1 bis Kapitel 1.10
gA-Kompetenzen 71922-101	Kapitel 1.1 und Kapitel 1.2 Kapitel 1.4 und Kapitel 1.5 Kapitel 1.7 Kapitel 1.9

Aufgaben

71912-114

1. Legen Sie unter Bezugnahme auf die Präambel und Artikel 1 dar, weshalb Scholz während seiner Rede die Charta der UNO hochhielt 1.
2. Urteilen Sie spontan (→ **PUB** 1) welche der in 2 genannten Ängste der Deutschen durch außenpolitisches Handeln beeinflusst werden kann.
3. Tragen Sie zusammen, welche Institutionen Sie kennen, die sich der Sicherung und Erhaltung des Friedens weltweit verschrieben haben.

C.C.Buchner Verlag
Politik aktuell - G9 | Band 12 (gA/eA)
ISBN 978-3-661-71922-1
nicht genehmigte Vorabfassung
Kapitel 1, Stand: September 2024

1.1 Frieden und Sicherheit: Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts?

Zum Thema: Die Herausforderungen und Gefahren für die Weltgemeinschaft haben sich seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts enorm verändert. Die Folgen der Globalisierung und Digitalisierung haben auch verändert, was wir unter Sicherheit verstehen. Worin bestehen diese neuen Bedrohungen für Frieden und Sicherheit und was tun Staaten, um sich gegen diese Gefahren zu wappnen?

M1 Welche sicherheitspolitischen Gefahren gibt es?

Hinweis zu Bild 2
Extremistische Bewegungen sind weltweit im Aufschwung. Neben innenpolitischen Problemen wird dabei oft mit populistischen Methoden eine isolationistische Politik propagiert.

Iranische Langstreckenraketen im Kriegsmuseum in Teheran (2014)

Sturm von Ultrarechten auf das Regierungsgebäude in Brasilien (2023)

Straßenbild aus dem Jemen, in dem seit Jahren Krieg herrscht (2019)

Paramilitärische Kämpfer des „Islamischen Staates“ (2014)

Migrantinnen und Migranten versuchen, über das Mittelmeer von Libyen nach Italien zu gelangen (2008).

Ein Mädchen wartet an einer Ausgabestelle für Wasser in Bangladesch (2010).

Einstiegsaufgabe

71912-115

Benennen Sie die in **M1** dargestellten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und ordnen Sie diese in ein Ranking nach ihrer subjektiven Wichtigkeit ein.

M2 Welche Konflikte gibt es weltweit?

Konfliktbarometer: Politische Konflikte auf nationaler und internationaler Ebene in 2022 (Stand: 2024)

Nach: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK), 2022

Hinweise zur Methodik

71912-156

INFO

Konfliktbarometer

Das Konfliktbarometer erfasst qualitativ und quantitativ die Dynamiken politischer Konflikte (gewaltsam und gewaltlos). Die gewaltsamen Konflikte werden entsprechend ihrer Intensität in gewaltsame Krisen, begrenzte Kriege und Kriege differenziert. Die Klassifizierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt sich durch das Auftreten von Straftaten, wie z. B. gewaltsame Anschläge auf Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten sowie Anschläge fremdenfeindlicher und militanter Gruppen auf (z. B.) Asylsuchende.

Bearbeiter

M3 Welche Gefahren gehen vom Zerfall etablierter Staaten aus?

1 Was versteht man unter dem Begriff „Staatszerfall"?

Siegmar Schmidt, Professor für vergleichende und internationale Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau, erläutert den Begriff „Staatszerfall".

Die Erosion von Staatlichkeit bis hin zum völligen Zerfall von Staaten unterscheidet sich von Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Kriegen erheblich, da die grundlegende Funktionsweise und damit die pure Existenz von Staaten betroffen sind. Mit dem Zerfall von Staaten geht immer der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols einher. Der Zentralstaat oder die regionale Administration ist nicht mehr in der Lage, ihre grundlegendsten Aufgaben – die Gewährung von Sicherheit und ein

Fragile States Index (FSI)
Der Fragile States Index (FSI) ist ein Bericht der Organisation Fund for Peace, der seit 2005 jährlich veröffentlicht wird. Er bewertet anhand politischer, ökonomischer und sozialer Kriterien die Stabilität bzw. Fragilität, also die Verwundbarkeit, von Staaten und das Risiko eines Staatszerfalls in einem Ranking.

Mindestmaß an Institutionen zur Überlebenssicherung – zu gewähren. […]
Unter humanitären Gesichtspunkten ist der gewaltsame Zerfall von Staaten eine Katastrophe für die Bevölkerung. Fragile Staatlichkeit oder Staatszerfall ist ein ziemlich abstrakter Begriff für eine Entwicklung, die das Ausmaß der humanitären Katastrophe nicht widerspiegelt. […] Die Bevölkerung leidet unter exzessiver Gewalt zumeist aller Gewaltakteure, und elementare Versorgungsleistungen stehen nicht mehr zur Verfügung. Das ohnehin oft nur rudimentäre Gesundheitssystem, die Infrastruktur und Bildungseinrichtungen werden zerstört oder hören auf zu arbeiten. Hilfsorganisationen können allenfalls sehr begrenzt arbeiten, da auch sie von Gewalt bedroht werden. Die meisten Menschen sterben an den Folgen der Unterversorgung und nicht infolge direkter kriegerischer Gewalt. Staatszerfallsprozesse und Bürgerkriege werfen Länder in ihrer Entwicklung um Jahre oder sogar Jahrzehnte zurück. Die bisherigen Erfolge von Entwicklungszusammenarbeit werden zunichtegemacht. Der Wiederaufbau verschlingt Milliarden und dauert Jahrzehnte. […]
Zerfallene Staaten gefährden aber auch die internationale Sicherheit. „Weiße Flecken" auf der Landkarte können […] terroristischen Gruppen Rückzugsmöglichkeiten bieten oder zum Umschlagplatz von Drogen und Menschen für kriminelle Netzwerke werden. Im Falle von rohstoffreichen Staaten können Lieferunterbrechungen infolge von Chaos die ökonomische Sicherheit westlicher Staaten beeinträchtigen.

Schmidt, Siegmar: Staatszerfall als Herausforderung. In: Hanns Seidel Stiftung: Politische Studien: Krisenregionen zwischen Gewalt und Entwicklung, Themenheft 1/2015, S. 62ff.

2 Woran kann man fragile Staaten erkennen?

Rangliste des FSI

71912-157

Indikatoren des Fragile States Index (FSI)

Kohäsions-indikatoren	Ökonomische Indikatoren	Politische Indikatoren	Soziale und bereichsüber-greifende Indikatoren
• Sicherheitsapparat • Fragmentierte Eliten • Konflikt zwischen Gruppen	• Wirtschaftlicher Niedergang und Armut • Ungleiche Entwicklung • Flucht und Brain Drain	• Staatliche Legitimität • Öffentliche Dienstleistungen • Menschenrechte und Rechtsstaat-lichkeit	• Demografischer Druck • Flüchtlinge und Binnenvertriebe • Externe Intervention

Bearbeitergrafik, Daten nach: Fragile States Index, 2023

M4 Welche Gefahren gehen vom internationalen Terrorismus aus?

Islamischer Staat (IS)
Terroristische Gruppierung, die einen totalitären radikal-islamistischen Staat errichten will und in seiner Hochzeit in den 2010er-Jahren große Teil des Iraks und Syriens kontrollierte.

1 Warum gedeiht Terrorismus in politisch instabilen Regionen?

Bei der Suche nach den Ursachen von Terrorismus gibt es zahlreiche Faktoren zu beachten.
Am Beispiel des IS zeigt sich, dass terroristische Organisationen besonders in politisch instabilen Regionen entstehen, in denen ein schwacher Staat sein Gewaltmonopol nicht angemessen wahrnehmen kann. Auch in ökonomisch schwachen Ländern fällt den Terrorgruppen die Rekrutierung tendenziell leichter.
Warum ein Mensch zu einem Terroristen wird, lässt sich nicht pauschal beantworten. Es lassen sich lediglich Faktoren er-

kennen, die eine Radikalisierung begünstigen. Insbesondere junge Menschen sind demnach gefährdet, von der Propaganda der Terrororganisationen beeinflusst zu werden. Verstärkt wird dieser Effekt, wenn sie sich strukturell benachteiligt fühlen und kaum Aussichten auf ein Leben in Wohlstand haben. „Relative Deprivation" nennt man die Orientierung an subjektiven Vergleichen, bei denen man immer den Kürzeren zieht.

Organisationen wie der IS schaffen es in der Folge, den Betroffenen eine neue Perspektive aufzuzeigen. Sie konstruieren ein Feindbild, das für die Situation der Menschen verantwortlich zu sein scheint und das mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Durch die Teilnahme an einem terroristischen Anschlag versprechen sich die Betroffenen einen Bedeutungszuwachs für ihr eigenes Dasein („Quest for Significance"). Sie sehen sich als Helden, die einer größeren Sache dienen. Umrahmt wird dieser Mechanismus in der Regel durch eine Ideologie, zum Beispiel dem extremen Islamismus.

Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Gewalt und Terrorismus. In: Frieden und Sicherheit, Schülermagazin 2019, S. 6

2 Wie wirkt sich Terrorismus weltweit aus?

Terrorismus weltweit (Stand: 2023)

Nach: dpa, Globus-Grafik 015277, Quelle: Institute for Economics & Peace „Global Terrorism Index 2022"

Hinweise zur Methodik

71912-160

INFO

Was bedeutet der Begriff „transnationaler Terrorismus"?

Der transnationale Terrorismus wurde mit den Anschlägen in New York City und Washington, D.C., am 11. September 2001 zu einer der größten Herausforderungen der internationalen Politik. […] Der transnationale Terrorismus unterscheidet sich vom internationalen Terrorismus in erster Linie durch die stark abnehmende Bedeutung von staatlichen Unterstützern. Er ist „transnational", weil sich die terroristischen Gruppen auf substaatlicher Ebene länderübergreifend miteinander vernetzen und sich meist aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten zusammensetzen. An Waffen und Geld gelangen transnationale Terroristen in der Regel durch private Unterstützung oder durch den Aufbau eigener substaatlicher Finanzierungs- und Logistiknetzwerke.

Steinberg, Guido: Transnationaler Terrorismus. In: www.bpb.de, 17.01.2023

Hinweis
Einige Staaten unterstützen Terrorgruppen finanziell, logistisch oder durch Ausbildung und Waffenlieferungen, um eigene politische Ziele zu verfolgen, ohne direkt in Erscheinung zu treten.

M5 Welche Gefahren gehen von Rohstoffengpässen aus?

Zusätzliche Informationen zum Nutzen von Erdgas in der Industrie

71912-161

Bearbeiter

M6 Welche Gefahren gehen vom Klimawandel aus und wie hängen diese mit der Flucht aus betroffenen Gebieten zusammen?

Filmtipp

71912-101

Digitale Karte: Flüchtlinge weltweit

71912-102

Die Folgen des Klimawandels sind weltweit zentrale Ursachen für Hunger und Armut. Doch nicht nur das: Wenn klimatische Veränderungen zunehmend dazu führen, dass Ernten ausbleiben und Wetterextreme Lebensräume zerstören, sehen sich immer mehr Menschen dazu gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Es folgt eine Klimaflucht. Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 143 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten. Der Grund: Die Auswirkungen auf ihren Lebensraum und ihre Existenz sind so dramatisch, dass sie keinen anderen Ausweg mehr sehen.

Die Gründe der Klimaflucht sind vielfältig und von Region zu Region unterschiedlich. So sorgt der steigende Meeresspiegel in Ländern wie Bangladesch und Vietnam zum Beispiel dafür, dass Küsten- und Delta-Regionen immer häufiger überschwemmt und Ackerflächen durch das salzhaltige Wasser zerstört werden. In vielen südasiatischen Ländern und afrikanischen Ländern südlich der Sahara nehmen Dürren, Stürme und andere Extremwetterereignisse zu, bei denen die Menschen oft nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihre kleinbäuerliche Existenz verlieren. Die Menschen hält nichts mehr in ihrer Region – sie werden Klimaflüchtlinge. Vor allem Länder des Globalen Südens werden vermehrt von Wetterextremen heimgesucht. Ärmere Länder verfügen dabei meist über schlechtere Anpassungskapazitäten und Schadensregelungsmechanismen. Eine Naturkatastrophe trifft die Bevölkerung deshalb besonders hart. Im Schnitt werden 20 Millionen Menschen im Jahr aufgrund von klimabedingten Katastrophen innerhalb ihres Landes vertrieben [...].

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zeigt deutlich, dass es in Zukunft mehr Klimaflüchtlinge geben wird.

[...] Nicht alle können fliehen. Am schlimmsten trifft der Klimawandel die Ärmsten der Ärmsten, denn ihnen fehlen die finanziellen Mittel, um den schlechten Lebensbedingungen den Rücken zu kehren. Andere wiederum bleiben, weil sie körperlich nicht in der Lage sind zu fliehen, etwa aufgrund von Alter oder Krankheit. Ihre Ernährungssituation ist dabei besonders gefährdet.

Welthungerhilfe: Klimaflüchtlinge – Was hat Klimawandel mit Flucht zu tun? In: www.welthungerhilfe.de, Abruf am 11.10.2023

M7 Sicherheitspolitische Gefahren aus dem Inneren: Welche Gefahren gehen von Spionage und Verrat aus?

Die Zugriffe erfolgten am Morgen im hessischen Bad Homburg und in Düsseldorf. Generalbundesanwalt Jens Rommel wirft zwei Männern und einer Frau vor, sich der „geheimdienstlichen Agententätigkeit" für China strafbar gemacht zu haben. Sie sollen eine Tarnfirma gegründet und wissenschaftliche Kooperationen mit deutschen Universitäten beabsichtigt haben, um so an militärisch wichtige Informationen zu kommen und diese an China weiterzugeben. […] Im Hintergrund, heißt es aus Ermittlungskreisen, habe ein Agent des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) gestanden. Die drei Personen sollen dabei gewusst haben, dass sie für den MSS arbeiten. Ihre Kooperationspartner an deutschen Universitäten seien aber offenbar ahnungslos gewesen. Mit einer Technischen Universität […] soll es bereits zu einer Kooperation gekommen sein, weitere Projekte seien in Vorbereitung gewesen sein […]. Auch sensible Informationen sollen bereits an China gelangt sein – unter anderem über einen Hochleistungsmotor, der für Kampfschiffe geeignet ist.

Götschenberg, Michael / Schmidt, Holger: Drei Spione für China. In: www.tagesschau.de, 22.04.2024

M8 Wie hat sich der Sicherheitsbegriff gewandelt?

Historisch ist der Sicherheitsbegriff eng mit der Konsolidierung des Staates als Akteur der internationalen Politik verbunden. In der Frühen Neuzeit etablierte sich der Nationalstaat als Garantiemacht für die Sicherheit seiner Untertanen. Ohne eine weltpolitische Zentralmacht blieb die Sicherheit des Staates allerdings prekär. Sicherheit bedeutet deshalb in der Lesart des politischen Realismus der 1950er und 1960er Jahre vor allem die Sicherheit des Staates und die Verteidigung seiner Souveränität gegenüber anderen Staaten. […] Gesellschaftliche Sicherheit (social security), wie liberale Theoretiker seit den frühen 1970er Jahren sie […] konzipiert haben, zielt […] auf eine Situation, in der ein Kollektiv von Bürgerinnen und Bürgern in Frieden und Freiheit leben und Produktivität und Wohlstand entwickeln kann. Einen Schritt weiter geht das Konzept der „menschlichen Sicherheit" (human security), das seit den 1990er Jahren diskutiert wird. Hier ist nicht der Staat oder die Gesellschaft als Kollektiv das Referenzobjekt, sondern das menschliche Individuum. […] Menschliche Sicherheit bedeutet deshalb nicht nur den Schutz der Menschen vor Krieg und Gewalt, sondern auch die Gewährleistung derjenigen Funktionen, die ein individuelles Leben in Freiheit und Würde ermöglichen. Mit diesem Perspektivwechsel geraten neue Gefahren für die Sicherheit in den Blick: Kriminalität, soziale Not, Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit, Migration, illegaler Drogen- und Waffenhandel und vieles mehr. […] [Hinzu kam die] Forderung, nicht nur den zwischenstaatlichen Frieden zu erhalten, sondern darüber hinaus die Menschen vor den Folgen von Kriegen, Bürgerkriegen, Terroranschlägen und zerfallender Staatlichkeit, vor Naturkatastrophen, Hungersnöten und Krankheiten, vor den Folgen der Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit zu schützen. […] Traditionell sind Sicherheitsprobleme als militärische wahrgenommen worden. Der Grund dafür ist, dass für den Staat lange Zeit die größte Gefahr ein militärischer Angriff und der Verlust politischer Selbstbestimmung war. Deshalb bedeutet nationale Sicherheit zunächst

Christopher Daase (*1962) ist ein deutscher Politikwissenschaftler für Internationale Organisation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt und zudem am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung aktiv. Er entwickelte angesichts der neuen globalen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit eine neue Definition des Sicherheitsbegriffs.

Schutz vor militärischen Bedrohungen. […] Diese Position wurde erst erschüttert, als – vor dem Hintergrund politischer Entspannung – in den 1970er Jahren neue Probleme wahrgenommen wurden. Die Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979 machten den Menschen klar, dass ihr Wohlergehen nicht nur von militärischen Bedrohungen, sondern auch durch wirtschaftliche Verwundbarkeit gefährdet war. Der Sicherheitsbegriff wurde folglich erweitert und umfasste fortan auch den Zugang zu Öl oder anderen „strategischen Ressourcen". Eine weitere Ausdehnung erfuhr der Sicherheitsbegriff durch die Einbeziehung ökologischer Aspekte. […] Seither werden unter dem Begriff „ökologische Sicherheit" (environmental security) Umweltprobleme als Sicherheitsprobleme diskutiert […] Die jüngste Erweiterung erfuhr der Sicherheitsbegriffs jedoch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durch die Forderung nach „humanitärer Sicherheit" (humanitarian security). Damit war nach der Militär-, Wirtschafts- und Umweltpolitik der letzte große Politikbereich – nämlich die Menschenrechtspolitik – in den Bannkreis des Sicherheitsbegriffs gezogen. Humanitäre Sicherheit bezieht sich nicht nur auf die Sicherung von Schutzzonen und Katastrophenhilfe in Krisenregionen, sondern auch auf die Gewährleistung elementarer Menschenrechte im Rahmen einer allgemeinen Schutzverantwortung (responsibility to protect) der internationalen Gemeinschaft. Dabei macht die Nähe zum Konzept der „humanitären Intervention" deutlich, wie leicht durch die begriffliche Verbindung von Menschenrechten und Sicherheit zumindest die Möglichkeit eröffnet wird, auch militärisch humanitär zu handeln oder sogar […] „humanitäre Kriege" zu führen.

Daase, Christoph: Wandel der Sicherheitskultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2010, S. 9ff.

Aufgaben

71912-116

H **zu Aufgabe 1a**

71912-158

1. a) Analysieren Sie arbeitsteilig verschiedene nationale und internationale Konflikte, die das aktuelle Konfliktbarometer **M2** anzeigt.
   b) Stellen Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse in Form einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes vor.
2. Erstellen Sie eine Mindmap zu dem Begriff „Staatszerfall" (**M3**).
3. a) Erläutern Sie Ursachen und Folgen des weltweiten Terrorismus (**M4** 1 , **Info**).
   b) Recherchieren Sie aktuelle Terrorgruppen und deren Ziele (**M4** 2).
4. Analysieren Sie die Grafik **M5** und erstellen Sie eine Skizze, in der Sie mögliche nationale und internationale Folge aufzeigen, die durch einen Rohstoffmangel in Deutschland auftreten könnten.

F **zu Aufgabe 5**
Recherchieren Sie mithilfe der digitalen Karte (QR-Code) die aktuellen Flüchtlingszahlen weltweit und erläutern Sie deren Ursachen und Gründe.

5. Erstellen Sie mithilfe von **M6** ein Schaubild, in dem Sie die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Flucht grafisch darstellen.
6. Recherchieren Sie ausgehend von **M7** weitere aktuelle Spionagefälle in Deutschland und die dazu ergangenen Urteile.
7. a) Begründen Sie ausgehen von **M8**, worin die Herausforderungen der Sicherheitspolitik in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts liegen (→ **PUB** 6).
   b) Stellen Sie mithilfe von Beispielen die Komplexität innerer Sicherheit dar und nutzen Sie diese Beispiele im Anschluss in einer Diskussion über die Kapitelfrage.

ISBN 978-3-661-71922-1

METHODE

Internetrecherche zur Analyse internationaler Konflikte

Konflikte sind Auseinandersetzungen zwischen zwei oder mehr Personen bzw. Gruppierungen, die unvereinbare Perspektiven auf einen Gegenstand haben. So können z. B. Konflikte darüber entstehen, wie knappe Ressourcen verteilt werden oder wie gegebene Ziele realisiert werden sollen. Aber auch die Auseinandersetzung über die Legitimität von konkreten Werten kann zu einem Konflikt führen.
Die vorliegende Übersicht zeigt Untersuchungsbereiche und Leitfragen auf, mit denen inner- und zwischenstaatliche Konflikte analysiert werden können. Dabei ist es wichtig, dass man sich bei der Analyse eines konkreten Konfliktes auf die für die Untersuchungsaufgabe relevanten Aspekte fokussiert und damit eine Auswahl und Reduktion der Fragestellungen vornehmen kann.

1 Akteure und Ursachen des Konflikts

Erklären Sie, welche Konfliktparteien sich gegenüberstehen und erläutern Sie, welche Interessen und Ziele diese verfolgen.
- Wer sind die Konfliktparteien?
- Worum geht es in dem Konflikt?
- Welche Interessen spielen in dem Konflikt eine Rolle?
- Welche strukturellen Ursachen hat der Konflikt?

2 Konfliktverlauf und aktuelle Situation

Beschreiben Sie die aktuelle Situation.
Beschreiben Sie, wie sich der Konflikt bisher entwickelt hat (Verlauf, Phasen).
- Welche aktuellen (tagespolitischen) Bezüge sind vorhanden?
- Wer ist in welcher Weise von dem Konflikt betroffen?
- Wie verhalten sich die internationalen Hauptakteure?

3 Beurteilungen

Erläutern Sie die unterschiedlichen Positionen und Perspektiven zur Beurteilung des Konflikts aus der Sicht des Völkerrechts, aus der Sicht der Machtverteilung und der Sicherheit. Beurteilen Sie dann den Konflikt aus Ihrer persönlichen Sicht. Ermitteln Sie die Präsenz des Konfliktes in den Medien und beurteilen Sie die mediale Darstellung des Konflikts.
- Wie ist der Konflikt zu beurteilen?
- Wie gestaltet sich die mediale Darstellung des Konflikts?

Bearbeiter

Ein politischer Konflikt wird als **gewaltsame Krise** eingestuft, wenn in diesem physische Gewalt gegen Personen – oder gegen Sachen, falls damit die physische Verletzung von Personen billigend in Kauf genommen wird – durch mindestens einen der Akteure sporadisch angewandt wird.

Ein politischer Konflikt wird als **begrenzter Krieg** eingestuft, wenn in diesem physische Gewalt gegen Personen und ggf. gegen Sachen durch mindestens einen der Akteure auf ausgeprägte Weise angewandt wird. Die eingesetzten Mittel und Folgen sind dabei in ihrem Zusammenspiel erheblich.

Ein politischer Konflikt wird als **Krieg** eingestuft, wenn in diesem physische Gewalt gegen Personen und ggf. gegen Sachen durch mindestens einen der Akteure in massivem Ausmaß angewandt wird. Die eingesetzten Mittel und Folgen sind dabei in ihrem Zusammenspiel umfassend.

Nach: https://hiik.de, Abruf am 11.10.2023

Recherche-Tipp (Link)

71912-103

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Terrorismus → M4, Info

Die Hochrangige Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für „Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel“ definierte in ihrem sogenannten UN-Reformbericht 2004 den Begriff „Terrorismus“ folgendermaßen: „Terrorismus ist jede Handlung, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Zivilpersonen oder Nichtkombattanten herbeiführen soll, wenn diese Handlung (auf Grund ihres Wesens oder der Umstände) darauf abzielt, die Bevölkerung einzuschüchtern.“ Seit der Jahrtausendwende und der zunehmenden Globalisierung hat ein weitgehender Wandel des Terrorismus eingesetzt, der nun zunehmend transnational über Länder- und Kontinentalgrenzen hinweg auftritt, etwa die radikal-islamistischen Terrorgruppen Al-Qaida, der Islamische Staat (IS) oder Boko Haram.

71912-127

Failed state / failing state / fragile state → M3

Der Begriff failed state (engl. „gescheiterter Staat“) bezeichnet z. B. einen Staat, der aufgrund verfallender staatlicher Einrichtungen (Regierung, Polizei) nicht mehr in der Lage ist, grundlegende Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit, zumindest Basisleistungen im Bereich von Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt und die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit. Da die genaue Bestimmung, ob ein Staat tatsächlich gescheitert ist, sehr schwierig ist, werden oft auch die Begriffe „failing state“ (= scheiternder Staat) oder „fragile state“ (= zerbrechlicher Staat) verwendet.

71912-128

Umfassender Sicherheitsbegriff → M8

Der umfassende Sicherheitsbegriff des 21. Jahrhunderts beschränkt sich nicht mehr auf den rein militärischen Aspekt der Sicherheit eines Staates oder eines Volkes, obwohl militärische Fähigkeiten nach wie vor eine wesentliche Rolle für die Sicherheitspolitik spielen. Aufgrund der vielfältigen neuartigen Herausforderungen und Bedrohungen bezieht er aber auch politische, ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen nach innen und außen (bi- oder multilateral) mit ein.

71912-129

Flucht und Migration → M6

Die Begriffe Flucht und Migration, beziehungsweise Flüchtling und Migrant, werden oft synonym verwendet. Jedoch gibt es wichtige begriffliche Unterschiede: Migration ist jede Situation, in der Menschen für einen längeren Zeitraum ihr Zuhause verlassen ohne Benennung der Gründe. Flucht dagegen ist eine Form der Migration, bei der Menschen vor bewaffneten Konflikten oder Verfolgung fliehen. Die Genfer Flüchtlingskonvention definiert Flüchtlinge als Menschen, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer [...] Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung” ihr Heimatland verlassen und eine internationale Grenze überschreiten. Menschen, die aus den gleichen Gründen, aber nicht über eine internationale Grenze, sondern innerhalb ihres Landes fliehen, bezeichnet man als Binnenflüchtlinge. Binnenvertriebene umfasst jene Menschen, die aus anderen Gründen als Konflikten und Gewalt innerhalb ihres Landes gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen. Dazu zählen Naturkatastrophen, andere Folgen des Klimawandels, aber auch Hunger und extreme Armut. Die Begriffe Binnenflüchtlinge und Binnenvertriebene werden oft gleichbedeutend verwendet. Im Jahr 2022 überstieg die Zahl der Flüchtlinge weltweit erstmals die Grenze von 100 Millionen.

71912-130

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Vor welchen grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderungen steht die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts?
M3-M7

Die von der Terrorgruppe Al-Qaida am 11. September 2001 (engl. 9/11) begangenen Selbstmordanschläge auf das World Trade Center in New York läuteten vielmehr den Beginn eines weiteren äußerst gefährlichen Zeitalters ein. Es entwickelte sich eine neue Form des Terrorismus, der zunehmend transnational, also ohne lokale Verortung auftritt, den „Westen", allen voran die USA, als Gegner ansieht und auf eine grundlegende Veränderung der internationalen Ordnung abzielt.
Neben dem transnationalen Terrorismus sind auch Länder, deren staatliche Institutionen aufgrund von Korruption und politischer Willkür ihren Einwohnern Grundfunktionen in den Bereichen der Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Grundversorgung nicht mehr gewährleisten können, zu einem globalen Problem geworden. Aktuell leben mehr als 1,6 Milliarden Menschen in Staaten, deren Alltag von Gewalt, Konflikten sowie Armut und Hunger geprägt ist.
Die aufgrund der Dysfunktionalität der staatlichen Strukturen entstandenen rechtsfreien Räume in diesen fragilen oder zerfallenden Ländern werden oftmals von kriminellen Banden und terroristischen Gruppierungen genutzt, wodurch regionale und internationale Sicherheitsrisiken entstehen.

Wie hat sich der Sicherheitsbegriff aufgrund der neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geändert?
M8

Aufgrund der Vielfältigkeit der Herausforderungen und Probleme seit dem Ende der 1990er haben sich auch die Anforderungen an die Sicherheitspolitik gewandelt, deren Aufgabe es traditionell war, Territorium sowie Bürgerinnen und Bürger durch militärische Maßnahmen vor feindlichen Angriffen innerhalb und außerhalb zu schützen.
Dieses Verständnis von Sicherheit hat sich jedoch mittlerweile als zu eindimensional erwiesen, weil neue zahlreiche Risiken dadurch nicht erfasst werden. In der Folge etablierte sich die Vorstellung einer „erweiterten Sicherheit", mit der man sich auch auf Phänomene wie Terrorismus, Naturkatastrophen oder Ressourcenverknappung bezieht.
Mittlerweile wird der Begriff „umfassende Sicherheit" verwendet, wobei militärische und zivile Mittel als gleichrangig und miteinander verknüpft betrachtet werden. Er umfasst alle Politikbereiche und berücksichtigt nun auch politische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.2 Hybride Bedrohungen – die größte Gefahr für Frieden und Sicherheit?

Zum Thema: Seit einigen Jahren warnen Militärs und Sicherheitsexperten immer vehementer vor sogenannten „hybriden Bedrohungen". Ihrer Meinung nach bedroht diese Art von „vermischter" Militärstrategie" weltweit Frieden und Sicherheit in einem weitgehend unbekannten Ausmaß. Aber was verbirgt sich hinter diesem Begriff überhaupt und warum stellt sie eine so große Gefahr dar?

M9 Nuklearsenale der Welt: Wie viele atomare Sprengköpfe gibt es?

Geschätzte Anzahl nuklearer Sprengköpfe nach Land im Januar 2023 (Stand: 2023)

	Russland	USA	China*	Frankreich	UK	Pakistan	Indien	Israel	Nordkorea*
Veränderung ggü. Januar 2022	+12	0	+60	0	0	+5	+4	0	+5

* teilweise geschätzt, einsatzbereite und einsatzfähige, eingelagerte Sprengköpfe

Nach: Statista, 2023; Datenquelle: SIPRI

Einstiegsaufgaben

71912-117

1. Formulieren Sie Hypothesen über die Bedeutung und die Gefahren des Besitzes von Atomwaffen für die jeweiligen Länder, aber auch für die Weltgemeinschaft (**M9**).
2. Nehmen Sie spontan Stellung zur folgenden Aussage: „Je mehr Atomwaffen es gibt, desto unsicherer wird die Welt." (→ **PUB** 1)

M10 Auszug aus einem Bericht des Verfassungsschutzes über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Die Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) stellt global eines der größten Sicherheitsrisiken dar. Die sicherheitspolitische Weltlage hat sich seit Längerem u. a. durch aufstrebende Regionalmächte wie Iran und Syrien deutlich verändert. Sogenannte Risikostaaten bemühen sich intensiv darum, in den Besitz von ABC-Waffen und der zu ihrem Einsatz benötigten Trägertechnologie zu gelangen. Es handelt sich insbesondere um solche Länder, von denen zu befürchten ist, dass von dort aus Massenvernichtungswaffen in einem bewaffneten Konflikt eingesetzt werden oder ihr Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird.

Diese Entwicklung kann in den jeweiligen Nachbarländern zu einer Neubewertung der eigenen Bedrohungslage führen und birgt daher die Gefahr eines militärischen Wettrüstens in den betroffenen Regionen. Staaten wie Iran, Nordkorea, Syrien oder Pakistan werden verdächtigt ihr konventionelles Waffenarsenal durch die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu ergänzen. Einzelne Risikostaaten besitzen oder entwickeln inzwischen aber auch Raketensysteme mit großen Aktionsradien, die sie dazu befähigen, sogar Ziele in Europa mit atomaren, biologischen oder chemischen Gefechtsköpfen zu erreichen.

Welche verheerenden Auswirkungen der tatsächliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen haben kann, zeigt der Einsatz chemischer Kampfstoffe im 1. Golfkrieg (1980-1988) durch den Irak. Auch im syrischen Bürgerkrieg wurde 2013 nachweislich mehrmals Giftgas eingesetzt. Dies führte zu Hunderten von Toten unter der Zivilbevölkerung. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedroht somit auf unkalkulierbare Art und Weise den Weltfrieden.

Bundesamt für Verfassungsschutz für die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder (Hrsg.): Proliferation. Wir haben Verantwortung. S. 3 f.

INFO

ABC-Waffen

Neben Atomwaffen können auch biologische und chemische Kampfstoffe verheerende Auswirkungen haben. Biologische Waffen nutzen Krankheitserreger wie Viren und Bakterien, um Menschen zu schädigen. Die Erreger können sich schnell ausbreiten und sind schwer einzudämmen, d. h. eine Ausbreitung über die Grenzen eines Konflikts hinaus wäre ggf. nur schwer zu verhindern.

Chemische Waffen setzen Giftstoffe frei, die Haut, Atemwege und Nervensystem angreifen. Sarin ist ein Nervenkampfstoff, der schon in geringen Dosen tödlich wirken kann. Es wurde unter anderem im Syrienkrieg eingesetzt. Die Herstellung ist im Vergleich zu biologischen und atomare Waffen relativ einfach, was den Missbrauch begünstigt.

Eine Vielzahl an Rüstungskontrollabkommen wie die Biowaffenkonvention (1975) und die Chemiewaffenkonvention (1977) regulieren die Entwicklung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Deutschland selbst besitzt keine Atomwaffen, deutsche Piloten sind jedoch für den Ernstfall dafür ausgebildet, Atomwaffen der US-Streitkräfte abzuwerfen.

Bearbeiter

ISBN 978-3-661-71922-1

M11 Wie entwickelt sich Krieg weiter?

Interview mit einem Friedensforscher über die Gefahren von automatisiertem Töten

71912-104

Deutsche und französische Soldaten bekämpfen sich in Flandern, wo im Sommer 1917 mehr als eine halbe Millionen Soldaten getötet wurden. Im Westen war der Erste Weltkrieg gekennzeichnet von einer nie zuvor gesehenen Materialschlacht und zeigte auf erschreckende Weise, welchen Schaden neue Technologien wie Panzer, Flugzeuge, Flammenwerfer, Artillerie und Chemiewaffen anrichten konnten.

Im Februar 2014 erschienen auf der Krim, die zur Ukraine gehört, bewaffnete Menschen in einer Uniform ohne Hoheitszeichen und besetzten diese widerrechtlich. Die russischen Behörden stritten zunächst ab, dass diese bewaffneten Menschen Militärangehörige der russischen Armee waren. Erst später räumte der Präsident Russlands, Wladimir Putin ein, dass es sich um russische Soldaten handelte.

US-Truppen im Dschungel Südvietnams (Anfang 1970er-Jahre). Berüchtigt wurde der Vietnamkrieg für Gefechte im Dschungel, geringe Sichtweite und die Nutzung von Fallen durch die nordvietnamesischen Vietcong sowie den Einsatz eines (giftigen) Entlaubungsmittels namens „Agent Orange“ durch die US-Streitkräfte.

Amerikanische Analysten bereiten sich auf Cyber Storm III vor, eine viertägige Übung im National Cybersecurity & Communications Integration Center (NCCIC) außerhalb von Washington, DC. Die Vereinigten Staaten starten ihren ersten Test eines neuen Konzepts für die Reaktion auf einen feindlichen Cyberangriff, der auch auf lebenswichtige Dienste wie Strom, Wasser und Banken gerichtet ist (2010).

Ein US-Soldat feuert eine sogenannte Switchblade-Drohne aus einem Mörser ab (2022). Bereits seit dem Jahr 2000 werden ferngesteuerte flugzeuggroße Drohnen von zahlreichen Streitkräften eingesetzt. Moderne Waffen können zugewiesene Ziele selbstständig ansteuern. Vollkommen autonome Waffensysteme wären mit einer Vielzahl ethischer Probleme verbunden.

Bearbeiter

ISBN 978-3-661-71922-1

eA **M12** **Verschiedene Arten von Krieg: symmetrisch – asymmetrisch – dissymmetrisch**

Urheberrechte noch in Klärung

M13 Cyber-Attacke

Im Januar 2015 gab es einen mehrtägigen schwerwiegenden Cyberangriff auf das interne Datennetz des Deutschen Bundestags. Nach der Entdeckung im Mai 2015 musste zeitweise das gesamte Netzwerk des Bungestages abgeschaltet werden. IT-Expertinnen und -Experten gehen davon aus, dass der Angriff von einer Einheit des russischen Militärgeheimdienst (GRU) durchgeführt wurde.

Karikatur: Scharwel, 2015

M14 Was bedeutet „Cyberwar"?

Unter internationalen Expertinnen und Experten gibt es keine einheitliche Definition für den Begriff „cyberwarfare". Umstritten ist vor allem, ob der Begriff auch auf Angriffe durch nicht-staatlicher Gruppen zutrifft.

[engl.] Die elektronischen Informationstechnologien durchdringen umfassend alle Lebens- und Arbeitsbereiche moderner Gesellschaften. Dadurch entstehen virtuelle Welten (Cyberräume), die durch kriminelle Eingriffe oder feindlich Angriffe sog. Hacker manipuliert, gestört oder zerstört werden können. Neue Gefahren bilden nicht nur gezielte Desinformation, (feindliche) Propaganda und z. B. die Manipulation demokratischer Wahlen, sondern auch Angriffe auf sensible Infrastrukturen im Bankensektor, bei der Energieversorgung, in der Telekommunikation, in Krankenhäusern, in Wissenschaft und Forschung. Zur Sicherung und Abwehr möglicher Angriffe insbesodere auch im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit wurde 2017 das sogennante Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) der Bundeswehr geschaffen.

Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. 7., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn 2020

M15 Was sind hybride Bedrohungen?

Teija Tiilikainen, seit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine hört man oft ein bisher kaum bekanntes Wort: hybride Bedrohung. Was bedeutet das?

Es handelt sich um Operationen in der internationalen Politik, die auf verschiedenen Ebenen spielen und die unerwartet initiiert werden. Dazu gehören zum Beispiel Cyberattacken auf Regierungssysteme oder Energiezentralen, Manipulation von Information, aber auch die instrumentalisierte Migration, wie wir sie im vergangenen Jahr in Belarus gesehen haben, als Machthaber Lukaschenko bewusst Migranten Richtung Westen losschickte.

Was ist das Ziel solcher Attacken?

Es ist ein Instrument von Herrschern, demokratische Staaten zu beeinflussen und zu schwächen, um selber global mehr Macht zu erlangen und ihre eigene autoritäre Rolle zu legitimieren.

Wie weit wurde oder wird diese Form von Angriff beim Krieg in der Ukraine angewendet?

Putin [nutze] im Vorfeld vor allem Cyberattacken auf ukrainische Systeme und verbreitete Falschinformation. So erklärte er den Grund für die Invasion damit, dass die Ukrainer Genozid an den Russen betrieben und einen Angriff auf Russland vorbereiteten.

Ist Putin der Erfinder solcher hybrider Attacken?

Hybride Bedrohung gibt es schon lange, haben aber in den vergangenen zehn Jahren massiv zugenommen. Dies einerseits, weil autoritäre Staaten ihren Einfluss ausbauen wollen, und andererseits, weil die Beeinflussung mit dem Aufkommen von sozialen Medien und der modernen Technologie generell viel einfacher geworden ist.

Von wo geht sonst noch hybride Bedrohung aus?

Russland benützt sie zurzeit in voller Bandbreite. China aber kopiert schnell, Iran und Belarus folgen. Aber auch nichtstaatliche Organisationen wie etwa Extremistengruppen und sogar die russische orthodoxe Kirche verwenden das Instrument.

Wie erkennt man, wenn man auf hybride Weise angegriffen wird?

Das ist genau das Problem. Wenn ein System blockiert wird oder im Vorfeld von Wahlen auffällige Diskussionen stattfinden, erkennt man die Ursachen oft nicht als eine ausländische Einmischung. […]

Wie können sich Staaten dagegen schützen? Müssen die Verteidigungsdepartemente neu organisiert werden?

In den nordischen Ländern verfolgen wir das Modell von umfassender Sicherheit. Es ist nicht nur eine Frage der Verteidigung, es müssen alle Ministerien, Abteilungen und auch verletzlichen Unternehmen sensibilisiert, geschützt und widerstandsfähig gemacht werden.

Wie soll das konkret geschehen?

Indem wir wichtige Informationen in den eigenen Händen behalten und widerstandsfähig bleiben. So muss man genau beobachten, wenn […] kritische Infrastruktur etwa in der Telekommunikation, im Energiewesen oder im Finanzbereich [aufgekauft wird.]

Wie wird sich die hybride Bedrohung entwickeln?

Es ist das Interesse von Russland und China, ihre Rollen global zu stärken. Auch der Krieg in der Ukraine trägt dazu bei, dass wir eine klare Zunahme von hybrider Bedrohung verzeichnen werden. Man braucht eine Gruppe von Hackern und etwas technologische Kenntnisse, und schon kann man ganze Infrastrukturen lahmlegen. […]

Wird es auch neue Arten der hybriden Bedrohung geben?

[…] Ich denke vor allem an die künstliche Intelligenz, wo die Möglichkeiten unbegrenzt sind. Was ist zum Beispiel mit all den Daten, die überall von uns gesammelt werden? Man kann nur spekulieren, was passiert, wenn sie in falsche Hände gelangen.

Felder, Guido: Putin benutzt hybride Attacken in voller Bandbreite. In: www.blick.ch, 07.06.2022

Die Politikwissenschaftlerin **Teija Tiilikainen** (*1964) ist Direktorin des Europäischen Zentrums für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen (Hybrid CoE) in Helsinki.

Filmtipp

„Zero Days" (2015): Die Dokumentation des oscarprämimierten Filmemachers Alex Gibney gibt anhand der Geschichte des Malware-Programms Stuxnet Einblick in die moderne Cybernet-Kriegsführung.

Buchtipp

„Cyberwar – Die Gefahr aus dem Netz: Wer uns bedroht und wie wir uns wehren können" (2018), verfasst von den IT-Experten Constanze Kurz und Frank Rieger.

Aktuelle Cyberangriffe weltweit

71912-106

ISBN 978-3-661-71922-1 Kapitel 1, Stand: September 2024

Das Metis-Institut für Strategie und Vorausschau an der Universität der Bundeswehr München veröffentlichte im Jahr 2021 die Studie „Neue hybride Bedrohungen". Darin findet sich folgende Skala zum Anwendungsspektrum hybrider Bedrohungen.

Lawfare
bezeichnet den missbräuchlichen Einsatz von Rechtsinstrumenten zum Zwecke der politischen Verfolgung, der Zerstörung des öffentlichen Images und der Delegitimierung eines politischen Gegners.

M16 Wie gefährlich sind hybride Bedrohungen?

Neue hybride Bedrohungen

F Schon 2015 schrieb die Journalistin Annette Riedel einen Artikel über hybride Kriege mit dem Titel „Der nicht erklärte Krieg" (QR-Code). Nehmen Sie Stellung zu dieser Bezeichnung.

71912-105

Aufgaben

71912-118

1. Erläutern Sie die Gefahren der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (**M10**).
2. a) Legen Sie mithilfe von **M11** den technologischen Fortschritt der Kriegsführung dar und zeigen Sie auf, welche Konsequenzen dieser Fortschritt für die Sicherheit eines Landes haben könnte.
   eA b) Legen Sie dar, welche Abbildungen von **M11** welche verschiedene Arten der Kriegsführung nach **M12** zeigen.
   eA c) Nennen Sie weitere Ihnen bekannte Formen sogenannter „neuer Kriegsführung"
3. Erläutern Sie die grundsätzlichen Unterschiede zwischen symmetrischer, asymmetrischer und dissymetrischer Kriegsführung (**M12**).
4. Beantworten Sie mithilfe von **M14** die Frage des Mannes rechts in der Karikatur **M13** und interpretieren und analysieren Sie anschließend die Karikatur.
5. Tragen Sie die in **M15** genannten Mittel und Ziele hybrider Bedrohungen zusammen und erörtern Sie, inwiefern dadurch Gesellschaften gespaltet werden können.
6. Recherchieren Sie aktuelle Beispiele von Cyberangriffen (**QR-Code zu M15**) und benennen Sie mögliche Absichten der Täter.
7. Verfassen Sie einen fiktiven Tagebucheintrag, in dem Sie darlegen, welche Folgen ein dreitägiger Ausfall des Stromnetzes durch einen Cyber-Anschlag sowohl für Sie persönlich als auch für Staat und Gesellschaft haben könnte.
8. a) Ordnen Sie folgende hybride Maßnahmen gemäß der Beispiele in **M16** an: psychologische Operationen, Cyber- und Infrastrukturangriffe, politische Infiltrierung und Umsturz, Sanktionen und ökonomischer Zwang, organisierte Kriminalität, kulturelle und soziale Manipulation, Medien- und Informationskampagnen.
   b) Kategorisieren Sie die in Aufgabe 7a genannten Maßnahmen in die Bereiche Auffälligkeiten, Bedrohungen und Krieg. Diskutieren Sie anschließend in der Lerngruppe Ihre jeweiligen Entscheidungen.

F **zu Aufgabe 8**
Ordnen Sie auch den Begriff „Doxing" (siehe nächste Seite) ein.

WISSEN KOMPAKT

Proliferation → M9, M10
Proliferation (lateinisch proles ‚Nachwuchs', ‚Sprössling' und ferre ‚tragen') bezeichnet die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen sowie chemischen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen), den entsprechenden Trägermitteln sowie des dazugehörigen Knowhows. Viele Staaten sind heutzutage potentiell in der Lage, Massenvernichtungswaffen mit ungeheurer Vernichtungskraft und entsprechende Trägermittel zu produzieren. Politische und wirtschaftliche Interessen begünstigen diese Tendenz. Der Besitz von Atomwaffen sichert zudem einen exklusiven Status im Gefüge der internationalen Beziehungen, erhöht aber auch die Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation, die sich etwa aus einem regionalen Konflikt entwickeln kann.

71912-131

Cyberwar → M13, M14
Mit dem Begriff „Cyberkrieg" oder englisch „Cyberwar" bezeichnet man kriegerische Handlungen zwischen Hackergruppen im digitalen Raum. Ein Cyberkrieg ist im Gegensatz zur wirtschaftlichen „Cyberkriminalität" politisch motiviert. Ziel ist es, durch gezielte Attacken aus dem Internet zum Beispiel Webseiten der gegnerischen Regierung oder die kritische Infrastruktur wie Energie-, Nahrungsmittel, Gesundheits- oder Wasserversorgung des jeweiligen Gegners auszuschalten oder zu zerstören. Eine andere, persönlichere Form des Cyberkriegs ist das sogenannte „Doxing": Hierbei werden personenbezogene Daten zusammengetragen und dann mit der Absicht veröffentlicht, dem Betroffenen erheblich zu schaden. Opfer digitaler Kriege können also Staaten, Infrastruktur-Dienste und die Zivilbevölkerung sein.

71912-133

Hybride Bedrohungen → M15
Der Begriff wurde erstmals 2005 von dem amerikanischen Sicherheitsanalytiker Frank G. Hoffmann verwendet und beschreibt Kriege, die gleichzeitig durch verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure geführt werden, um möglichst effektiv zu sein. Zu den Kampfmitteln gehören neben herkömmlichen „klassischen" Mitteln wie Militäreinsätzen und Spionage auch der Einsatz von Drohnen und Kampfrobotern sowie Computerangriffe (Cyberwar) auf staatliche Einrichtungen und wichtige Infrastruktur, z. B. Behörden, Krankenhäuser und Energieversorger. Auch Propaganda und Desinformation in den Medien sind denkbare Bedrohungen. Die Täter, die ihr Vorgehen verschleiern, gehen dabei sehr koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten.

71912-134

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Inwiefern stellen heutzutage ABC-Waffen eine Bedrohung dar?
M9, M10

Die Verbreitung bzw. Proliferation von Massenvernichtungswaffen ist ein stetiges, aber oft unterschätztes Sicherheitsrisiko für die ganze Welt ist. Denn nicht nur aufstrebende Regionalmächte wie der Iran oder Syrien, sondern auch sich seit Jahrzehnten feindlich gegenüberstehende Risikostaaten wie Indien und Pakistan oder Nordkorea sind mittlerweile im Besitz dieser Waffen und könnten mit deren Einsatz drohen oder diese in einem eskalierenden Konflikt einsetzen.
Auch von Terrorgruppen ist bekannt, dass sie nach ABC-Waffen bzw. nach den Materialien und Plänen streben, um sie herstellen und bei Terrorakten einsetzen zu können. Je größer das Verbreitungsgebiet dieser Waffen ist, desto größer ist daher auch deren Drohpotential, die Gefahr von Missbrauch, Diebstahl, Sabotage oder Unfällen.

Was sind hybride Bedrohungen und warum sind diese so gefährlich?
M15, M16

Hybride Bedrohungen bezeichnen eine neuartige Form der Kriegsführung, bei der Staaten oder nicht-staatliche Akteure eine Kombination aus konventionellen militärischen Mitteln, wirtschaftlichem Druck, Cyberangriffen, Desinformation und Propaganda einsetzen, um andere Länder zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu manipulieren, ohne dabei offiziell einen Krieg zu erklären. Das Ziel ist es, Unsicherheit zu verursachen und die Gesellschaft des angegriffenen Landes zu spalten. Die Angreifer in einem hybrid geführten Krieg gehen ohne offene Kriegserklärung entweder anonym vor oder bestreiten ihre Beteiligung an den ihnen vorgeworfenen Vorfällen und Konflikten. Ihr Ziel ist es nicht nur, etwa durch Angriffe auf die Infrastruktur, möglichst viel Schaden anzurichten, sondern auch Gesellschaften zu destabilisieren und, zum Beispiel durch Fake News und Propaganda-Attacken über soziale Medien oder den Einsatz von Bots, die öffentliche Meinung oder gar den Ausgang von Wahlen zu beeinflussen.
Gerade offene und pluralistische Gesellschaften bieten dabei natürlich viele Angriffsflächen und sind besonders verwundbar. Weil die Attacken verschleiert und damit nur schwer konkret nachzuweisen sind und offiziell gar kein Krieg erklärt wurde, fällt die Gegenwehr besonders schwer. Besonders anfällig sind dabei offene und demokratische Gesellschaften, in denen die öffentliche Meinung durch eine unabhängige Medien- und Presselandschaft sowie die Meinungsfreiheit geprägt wird.

Welche Vorteile bringen hybride Bedrohungen für den Aggressor im Vergleich zu einem offenen Krieg?
M14 – M16

Hybride Bedrohungen bieten dem Aggressor im Vergleich zu einem offenen Krieg mehrere Vorteile: Durch Desinformation und verdeckte Operationen kann er seine Absichten verschleiern und Verantwortung abstreiten. Hybride Methoden sind kostengünstiger als konventionelle Kriege und ermöglichen es, unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts zu agieren, um das Risiko einer direkten Konfrontation zu minimieren. Die Vielfalt hybrider Bedrohungen erschwert zudem eine effektive Abwehr. Insgesamt kann der Aggressor so seine Ziele mit geringerem Risiko, Kosten und Sichtbarkeit verfolgen, während er die Handlungsfähigkeit des Gegners einschränkt. Das perfide an hybriden Bedrohungen ist, dass sie die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verwischen. Im Gegensatz zu einem erklärten Krieg ist es bei hybriden Bedrohungen oft schwer zu unterscheiden, ob es sich um einen kriegerischen Akt oder lediglich um eine Auffälligkeit oder Bedrohung handelt. Diese Mehrdeutigkeit erschwert eine angemessene Reaktion und ermöglicht es dem Angreifer, seine Aktivitäten zu leugnen oder zu rechtfertigen. Es entsteht eine Grauzone, in der der Aggressor agieren kann, ohne die Konsequenzen eines offenen Krieges zu riskieren, während der angegriffene Staat vor der Herausforderung steht, effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ohne selbst als Aggressor wahrgenommen zu werden.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.3 Cybersicherheit im 21. Jahrhundert: vernetzt und resilient? eA

Zum Thema: Das 21. Jahrhundert ist geprägt von einer zunehmenden Vernetzung und Globalisierung. Um der Bedrohung durch hybride Maßnahmen, wie z. B. digitale Angriffe auf kritische Infrastruktur, zu begegnen, bedarf es einer vernetzten Sicherheitsstrategie, die auf nationaler und internationaler Ebene ansetzt und auch nichtstaatlichen Akteuren Verantwortung überträgt.

M17 Gerüstet für den Cyberwar?

Konrad Zuse
(*1920, † 1995)
war ein Deutscher (u. a.) Erfinder. Sein im Jahr 1941 entwickelter Z3 gilt als erster funktionsfähiger Computer der Welt.

Einstiegsaufgabe 71922-160

Analysieren Sie die Karikatur.

M18 Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „Kritische Infrastruktur“?

„Kritische Infrastrukturen (kurz: KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.“

Nach: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: KRITIS-Definition des Bundesresorts. In: www.bbk.bund.de, Abruf am 10.09.2024

M19 Kritische Infrastruktur – was gehört alles dazu?

Sektoreneinteilung (Bund und Länder)	Brancheneinteilung (Bund)	Kritische Dienstleistungen (Diskussionsstand)
Energie	Elektrizität, Mineralöl, Gas	Stromversorgung, Gasversorgung, Kraftstoffund Heizölversorgung, Fernwärmeversorgung
Ernährung	Ernährungswirtschaft, Lebensmittelhandel	Lebensmittelversorgung
Finanz- und Versicherungswesen	Banken, Börsen, Versicherungen, Finanzdienstleister	Zahlungsverkehr, Bargeldversorgung, Kreditvergabe, Wertpapier- und Derivatehandel, Versicherungsdienstleistungen
Gesundheit	medizinische Versorgung, Arzneimittel und Impfstoffe, Labore	Medizinische Versorgung, Versorgung mit Arzneimitteln (einschließlich Impfstoffen und Schutzwirkstoffen nach Strahlenschutzrecht), Versorgung mit Medizinprodukten, Laboratoriumsdiagnostik
Informationstechnik und Telekommunikation	Telekommunikation, Informationstechnik	Leitungsgebundene und ungebundene (auch weltraumbasierte) Sprach- und Datenübertragung, Datenspeicherung und -verarbeitung
Medien und Kultur	Rundfunk (Fernsehen und Radio), gedruckte und elektronische Presse, Kulturgut, symbolträchtige Bauwerke	Warnung und Alarmierung, Versorgung mit Informationen, Herstellen von Öffentlichkeit, Aufbewahrung identitätsstiftender Kulturgegenstände und Dokumente, Vermittlung kultureller Identität, Langzeitsicherung und -lagerung von mikroverfilmten Dokumenten der deutschen Geschichte gemäß Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut
Staat und Verwaltung	Regierung und Verwaltung, Parlament, Justizeinrichtungen, Notfall- und Rettungswesen einschließlich Katastrophenschutz	Umsetzung von Recht im Rahmen der Eingriffs- und Leistungsverwaltung, (polizeiliche und nicht-polizeiliche) Gefahrenabwehr, Verteidigung, Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung, Rechtsprechung und deren Vollzug
Transport und Verkehr	Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Straßenverkehr, Logistik, Schienenverkehr	Leistungen zum Transport von Personen, Leistungen zum Transport von Gütern, Satellitennavigationssysteme und satellitengestützte Positions-, Navigations- und Zeit- sowie meteorologische Dienste
Wasser	öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserbeseitigung	Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung

Nach: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: 10 Jahre „KRITIS-Strategie". In: www.bbk.bund.de, Abruf am 10.09.2024

INFO

Vernetzte Gefahrenanalyse

Hybride Bedrohungen, die verschiedene Bereiche kombinieren, stellen eine wachsende Herausforderung dar. Eine vernetzte Gefahrenanalyse ist unerlässlich, um ein ganzheitliches Bild der Bedrohungslage zu erhalten. Durch die Zusammenarbeit von Experten aus verschiedenen Fachbereichen können Muster erkannt, Zusammenhänge hergestellt und Schwachstellen identifiziert werden. Dies ermöglicht es, frühzeitig auf Bedrohungen zu reagieren, Präventionsstrategien zu entwickeln und die Widerstandsfähigkeit zu stärken. Die vernetzte Gefahrenanalyse trägt dazu bei, die Sicherheit in einer unübersichtlichen Bedrohungslandschaft zu gewährleisten.

Bearbeiter

ISBN 978-3-661-71922-1

M20 Welche Folgen hätte ein langanhaltender Stromausfall?

Die Folgen eines Blackouts sind schwierig zu bestimmen, da viele Ereignisse einen Dominoeffekt anstoßen können, dessen Ausmaß im Vorhinein ungewiss ist. Beispielsweise kann der Ausfall von Ampeln zu einem chaotischen Straßenverkehr führen, der wiederum die Anzahl an Verkehrsunfällen erhöht. Dadurch steigt auch der Bedarf an Rettungsdiensten. Parallel dazu können Tankstellen ausfallen und die Treibstoffversorgung so eingeschränkt werden, dass Krankenwagen kaum mehr einsatzfähig sind. […] Kritische Infrastrukturen, also die Energie- und Wasserversorgung, der Verkehr oder Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, sind dabei enorm abhängig von elektrischer Energie. Beispielsweise benötigen Krankenhäuser für lebenswichtige Instrumente wie Beatmungs- oder Dialysegeräte eine sichere und stabile Stromversorgung. Aber auch die Wasserwirtschaft ist auf Strom angewiesen, um ihre Pumpen und Kläranlagen betreiben zu können. Ein Ausfall hätte zur Folge, dass die Bevölkerung nicht mehr ausreichend mit sauberem Trinkwasser versorgt werden kann und es zusätzlich zu einer Verstopfung des Abwassersystems kommt. Dies hätte wiederum eine Kettenreaktion zur Folge, in der Schmutzwasser in das Oberflächengewässer gelangt und sich Bakterien und Krankheitserreger weiterverbreiten. In einem solchem Szenario wären die Krankenhäuser bereits überlastet. […] Das Büro für TechnikfolgenAbschätzung beim Deutschen Bundestag hat 2011 einen Bericht veröffentlicht, der […] zeigt, dass bereits nach kurzer Zeit in betroffenen Gebieten eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Nach: Puleo, Giuseppe/Mütherig, Maximilian/ Zdrallek, Markus. In: www.bpb.de, 30.12.2023

M21 Wie kann eine vernetzte Gefahrenanalyse dabei helfen, Deutschland auf den Ernstfall vorzubereiten?

1 Abstrakt: Resilienz gegenüber Katastrophen stärken

Nach: Bundesministerium des Innern und für Heimat

2 Konkret: Der Europäische Rechtsakt zur Cybersicherheit

Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Cyberangriffe verfolgt die Europäische Union einen ganzheitlichen Ansatz, um die Sicherheit vernetzter Produkte auf dem europäischen Markt zu gewährleisten. Dabei legen wegweisende Rechtsakte, die künftig durch weitere Bestimmungen wie den Cyber Resilience Act ergänzt werden, die Mindestanforderungen an die Cybersecurity unterschiedlicher Produkte und Dienstleistungen fest. [...]

- **Cyber Resilience Act (CRA)**

Der CRA betrifft alle Produkte, die digitale Elemente (Software) enthalten und vernetzt sind. Dabei werden die Produkte je nach Risikoklasse in verschiedene Kategorien eingeteilt, wobei gilt: Mit zunehmendem Risiko ändert sich das Konformitätsbewertungsverfahren. [...]

- **Delegierter Rechtsakt (Delegated Act) zur Radio Equipment Directive (RED) (EU 2022/30)**

Die RED stellt allgemeine Anforderungen an Produkte, die auf Funktechnologien basieren, zum Beispiel im Hinblick auf ihre elektromagnetische Verträglichkeit. [...]

- **Maschinenverordnung (2023/1230)**

Die neue EU-Maschinenverordnung [...] beinhaltet einige wichtige Änderungen. So werden neben allgemeinen Sicherheitsvorschriften (zum Beispiel zur Funktionalen Sicherheit) nun auch Anforderungen an die Cybersecurity von Produkten gestellt.

- **NIS2-Richtlinie (EU 2022/2555)**

Die EU-Richtlinie NIS2, die seit Januar 2023 in Kraft ist, betrifft maßgeblich Unternehmen und Organisationen, die als Betreiber kritischer Infrastrukturen (KRITIS) gelten. Sie legt Mindeststandards fest, um den Schutz von Netzwerken und Systemen zu gewährleisten.

Nach: TÜV Süd: Europäische Cybersecurity-Regulierung. In: www.tuvsud.com, Abruf am 10.09.2024

Aufgaben

71922-102

1. Beschreiben Sie mithilfe von **M18** und **M19** die Funktion von Kritischer Infrastruktur und erläutern Sie anschließend, weshalb eine Stärkung der Resilienz geboten ist.
2. Fassen Sie die zentrale Aussage des Textes **M20** zusammen und erarbeiten Sie anschließend zu Zweit weitere mögliche „Dominoeffekte" die beim Ausfall kritischer Infrastruktur auftreten könnten. Beziehen Sie sich dabei auf die in **M19** genannten Sektoren und Bereiche.
3. Analysieren Sie die Grafik **M21** 1 und ordnen Sie die im inneren der Grafik befindlichen Ziele selbstgefundenen Kategorien zu, die deren Zielgruppe definieren.
4. a) Erläutern Sie mithilfe von **M21** 2 wie die europäische Gesetzgebung versucht, die Resilienz gegen Cyberattacken in der EU zu stärken.
   b) Massive Ausfälle kritischer Infrastruktur gelten generell als unwahrscheinlich, aber folgenschwer (Reasonable Worst Case Szenario). Begründen Sie, weshalb gerade bei diesen Szenarien oft staatlicher Einfluss notwendig ist, um sicherzustellen, dass sich Unternehmen und die Bevölkerung auf den Ernstfall vorbereiten.
5. a) Entwickeln Sie auf der Grundlage der Tabelle **M19** und der Grafik **M21** 1 realistische und verhältnismäßige Handlungsempfehlungen zur Katastrophenvorbereitung für Ihre Freunde und Familie.
   b) Problematisieren Sie die Implementierung von Präventionsmaßnahmen in einer Gesellschaft, die zwar einerseits von digitalen Technologien abhängig ist, bei der aber andererseits ein Großteil der Bevölkerung höheren Alters ist.

WISSEN KOMPAKT

Kritische Infrastruktur → M19
Kritische Infrastruktur bezeichnet die für das Funktionieren einer Gesellschaft lebenswichtigen Einrichtungen und Systeme wie Energieversorgung, Gesundheitswesen, Verkehr und Kommunikation. Störungen oder Ausfälle dieser Infrastrukturen können schwerwiegende Folgen für die Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Ordnung haben. Daher ist der Schutz kritischer Infrastrukturen eine zentrale Aufgabe des Staates und erfordert die Zusammenarbeit verschiedener Akteure wie Behörden, Betreiber und Sicherheitskräfte. Maßnahmen zum Schutz umfassen die Identifizierung von Schwachstellen, die Entwicklung von Notfallplänen und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen wie Naturkatastrophen, Terrorismus oder Cyberangriffen. Ein effektiver Schutz kritischer Infrastrukturen ist entscheidend für die Sicherheit und das Wohlergehen der Gesellschaft.

71922-103

Vernetzte Gefahrenanalyse → INFO
Eine vernetzte Gefahrenanalyse ist ein Ansatz zur Bewertung von Risiken, bei dem die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Gefahren berücksichtigt werden. Anstatt Risiken isoliert zu betrachten, untersucht eine vernetzte Gefahrenanalyse, wie sich Gefahren gegenseitig beeinflussen und verstärken können. Dabei werden sowohl natürliche als auch menschengemachte Gefahren einbezogen, wie beispielsweise Naturkatastrophen, technische Störungen, Pandemien oder Terroranschläge. Durch die Analyse der Vernetzungen können Kaskadeneffekte und Dominoeffekte identifiziert werden, bei denen der Ausfall eines Systems zu Folgeschäden in anderen Bereichen führt. Sie erfordert die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen.

71922-104

Staatliche und gesellschaftliche Resilienz → M21 1
Staatliche und gesellschaftliche Resilienz bezieht sich auf die Fähigkeit eines Landes und seiner Bevölkerung, Krisen standzuhalten und sich von ihnen zu erholen. Gerade hybride Bedrohungen sind gekennzeichnet durch die Vermischung konventioneller und unkonventioneller Methoden wie militärische Aggression, Cyberangriffe, Desinformation oder wirtschaftlicher Druck. Um resilient gegenüber hybriden Bedrohungen zu sein, müssen Staaten und Gesellschaften in der Lage sein, Risiken frühzeitig zu erkennen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen und im Krisenfall schnell und effektiv zu reagieren. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Förderung von Bewusstsein, Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit in der Bevölkerung. Eine resiliente Gesellschaft ist in der Lage, auch unter widrigen Umständen ihre Grundfunktionen aufrechtzuerhalten und sich an veränderte Bedingungen anzupassen.

71922-105

Europäischer Rechtsakt zur Cybersicherheit → M21 2
Der Europäische Rechtsakt zur Cybersicherheit ist ein Gesetzespaket der Europäischen Union, das darauf abzielt, die Cybersicherheit in Europa zu stärken und einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Schutz von Netzwerken und Informationssystemen zu schaffen. Der Rechtsakt besteht aus mehreren Verordnungen und Richtlinien, die verschiedene Aspekte der Cybersicherheit abdecken. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, die Festlegung von Mindestanforderungen an die Sicherheit von Netzwerken und Informationssystemen, die Stärkung der Kapazitäten zur Prävention und Bewältigung von Cyberangriffen sowie die Förderung von Forschung und Innovation im Bereich der Cybersicherheit. Der Rechtsakt soll dazu beitragen, das Vertrauen in die digitale Wirtschaft zu stärken, den Schutz kritischer Infrastrukturen zu verbessern und die Widerstandsfähigkeit der europäischen Gesellschaft gegenüber Cyberbedrohungen zu erhöhen.

71922-106

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Welche Gefahren drohen beim Ausfall von kritischer Infrastruktur?
M19, M20

Beim Ausfall kritischer Infrastruktur drohen schwerwiegende Gefahren für die Bevölkerung und das Funktionieren unserer Gesellschaft. Zu den kritischen Infrastrukturen zählen unter anderem die Energieversorgung, das Gesundheitswesen, die Wasserversorgung, die Telekommunikation und der Verkehr. Ein großflächiger Stromausfall hätte beispielsweise zur Folge, dass Krankenhäuser, Pflegeheime und Privathaushalte nicht mehr mit Energie versorgt werden könnten. Die Folgen wären dramatisch: Lebenswichtige medizinische Geräte würden ausfallen, Lebensmittel verderben und die Kommunikation zusammenbrechen. Auch die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wären betroffen, was zu hygienischen Problemen und der Ausbreitung von Krankheiten führen könnte. Der Ausfall von Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Schienen oder Flughäfen würde die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs erschweren und die Mobilität stark einschränken. Insgesamt hätte ein Ausfall kritischer Infrastruktur also massive Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit, die Gesundheit der Bevölkerung und die Wirtschaft. Um diese Gefahren abzuwenden, ist ein umfassendes Risikomanagement und eine gute Vorbereitung auf Krisensituationen unerlässlich.

Warum ist die Mithilfe der Zivilgesellschaft bzw. nichtstaatlicher Akteure bei der Vorbereitung auf den Ernstfall unerlässlich?
M21

Die Mithilfe der Zivilgesellschaft und nichtstaatlicher Akteure bei der Vorbereitung auf den Ernstfall ist aus mehreren Gründen unerlässlich. Zum einen verfügen zivilgesellschaftliche Organisationen oft über wertvolles Wissen und Erfahrungen im Umgang mit Krisensituationen. Sie sind nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung und kennen die lokalen Gegebenheiten. Dieses Wissen kann bei der Planung von Schutz- und Hilfsmaßnahmen von großem Nutzen sein. Zum anderen können zivilgesellschaftliche Akteure wichtige Aufgaben bei der Krisenvorsorge und -bewältigung übernehmen. Sie können beispielsweise dabei helfen, die Bevölkerung für mögliche Gefahren zu sensibilisieren und über richtiges Verhalten im Ernstfall aufzuklären. Auch bei der Durchführung von Notfallübungen und der Bereitstellung von Hilfsgütern und Notunterkünften können sie eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt trägt die Einbindung der Zivilgesellschaft dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung in die Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Nur gemeinsam können staatliche und nichtstaatliche Akteure die komplexen Herausforderungen meistern, die der Schutz kritischer Infrastrukturen mit sich bringt.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.4 Auf dem Weg zum Frieden – eine Reise oder ein Ziel?

Zum Thema: Frieden wird oft als ein erstrebenswerter Zustand gesehen - eine Welt ohne Krieg und Gewalt. Doch die moderne Friedensforschung betrachtet Frieden zunehmend als einen fortlaufenden Prozess anstatt eines statischen Zustands. Frieden bedeutet demnach, kontinuierlich daran zu arbeiten, Konflikte gewaltfrei und kreativ zu lösen und eine Kultur des Friedens in der Gesellschaft zu schaffen. Wie und durch wen könnte nun aber ein dauerhafter Frieden erreicht werden? Und was muss dabei alles bedacht sein, damit sich nicht erneut Konflikte entzünden?

M22 Zitate zu „Krieg“ und „Frieden“

1 „Niemand, der bei Verstand ist, zieht den Krieg dem Frieden vor; denn in diesem begraben die Söhne ihre Väter, in jenem die Väter ihre Söhne.“

Herodot, griechischer Historiker und Geograph, 490/480 v. Chr. – um 430/420 v. Chr.

2 „Fünf große Feinde des Friedens wohnen in uns: nämlich Habgier, Ehrgeiz, Neid, Wut und Stolz. Wenn diese Feinde vertrieben werden könnten, würden wir zweifellos ewigen Frieden genießen.“

Francesco Petrarca, italienischer Dichter und Geschichtsschreiber, 1304 – 1374

3 „Kaum ein Friede ist so ungerecht, als dass er nicht dem scheinbar gerechtesten Krieg vorzuziehen wäre.“

Erasmus von Rotterdam, niederländischer Universalgelehrter, ca. 1466 – 1534

4 „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. So sehen wir also, dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist.“

Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz, preußischer Offizier und Heeresreformer, 1780 – 1831

5 „Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut weggewaschen werden.“

Bertha von Suttner, österreichische Friedensforscherin und Schriftstellerin, 1843 – 1914

6 „Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“

Carl Sandburg, US-amerikanischer Dichter, 1878 – 1967

7 „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben.“

Gustav Heinemann, deutscher Politiker und Bundespräsident, 1899 – 1976

8 „Es reicht nicht aus, über Frieden zu sprechen. Man muss daran glauben. Und es reicht nicht aus, daran zu glauben. Man muss daran arbeiten.“

Eleanor Roosevelt, US-amerikanische Menschenrechtsaktivistin und Diplomatin, 1884 – 1962

9 „Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“

John F. Kennedy, 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 1917 – 1963

10 „Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, bedeutet Demokratie, Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr.“

Kofi Annan, ghanaischer Diplomat und Generalsekretär der Vereinten Nationen, 1938 – 2018

Einstiegsaufgaben

71912-119

1. Erläutern Sie mithilfe der Zitate in **M22** den Zusammenhang von Krieg und Frieden.
2. Vergleichen Sie Ihre Definition von Frieden mit den Zitaten in **M22** und wählen Sie die Ihnen am treffendsten erscheinende aus.

ISBN 978-3-661-71922-1

M23 Gibt es verschiedene Formen des Friedens?

Der norwegische Mathematiker, Soziologe und Politologe Johan Galtung (geb. 1930) gilt als der Gründervater der Friedens- und Konfliktforschung. Er entwickelte die Theorie vom positiven und negativen Frieden Anfang der 1970er Jahre.

Strukturelle Gewalt
Unter strukturelle Gewalt fallen alle Formen der Diskriminierung, die ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen und Lebenserwartungen, sowie das Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Auch eingeschränkte Lebenschancen auf Grund von Umweltverschmutzung oder die Behinderung emanzipatorischer Bestrebungen rechnet man dazu.

Nach: ISB (Hrsg.): Handreichung für den Sozialkundeunterricht am Gymnasium. Donauwörth 1993, S. 147

M24 Frieden durch Diplomatie? Das Beispiel der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz, die seit 1963 jedes Jahr stattfindet, ist die weltweit größte Tagung ihrer Art. Hier diskutieren Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter aus Militär und Wirtschaft sowie von Nichtregierungsorganisationen und Sicherheitsexpertinnen und -experten über aktuelle Themen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wer trifft wen? Wann? Und wo? Ein Hotel mit Ballsaal, Dachterrasse, fünf Restaurants, sechs Bars, 337 Zimmern, davon 74 Suiten, 40 Veranstaltungsräumen, geschwungenen Treppen, langen Fluren. Vielleicht ist der Flüsterteppich noch wichtig, weil er Geräusche schluckt. Wenn sich die Weltpolitik einmal im Jahr für drei Tage im Hotel Bayerischer Hof einschließt, soll vieles von dem, was dort besprochen wird, nicht öffentlich werden. Antony Blinken freut sich wieder da zu sein. Im Hauptquartier der Hinterzimmer-Diplomatie. Was die Münchner Sicherheitskonferenz für den US-Außenminister bedeutet, beschreibt er mit einem Wort: „Speeddating". Auch seine deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock sagt schlicht: „Speeddating". Im Takt von 15, 20 oder 30 Minuten wechseln ihre Gesprächspartner. Es würde nicht verwundern, könnten sie sich wegen der permanenten Rotation teilweise die Namen nicht merken, weswegen es sicherer ist, vom „lieben Kollegen" oder der „lieben Kollegin" zu sprechen. Ukraine-Krieg hier, Gaza-Krieg da, Taiwan-Krise dort, Iran-Aufstand wiederum da. Verteidigungsminister Boris Pistorius frühstückt mit US-Kongressabgeordneten, absolviert dann Termine den Amtskollegen aus Singapur, Malaysia, Republik Moldau und Armenien. Baerbock wiederum trifft an einem Tag die Außenminister aus Irak, China, Argentinien und der Türkei. Nebenbei

Bundeskanzler Olaf Scholz trifft Chinas Chef-Diplomat Wang Yi im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz.

noch etwas netzwerken in Sachen feministischer Außenpolitik. Die G7-Außenminister beraten zwischendurch auch noch. Mit ihrem US-Kollegen Blinken und dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar sitzt Baerbock dann mittags auf dem Podium. Jaishankar verteidigt dabei, dass sich sein Land in der Debatte über den russischen Angriffskrieg nicht klar auf die Seite der Ukraine schlage. „Besonders kluge Partner eröffnen sich viele Optionen", sagt der Inder. Dann geht es weiter: Speed Dating. Selbst das große Hotel „Bayerischer Hof" ist für so viel Diplomatie mittlerweile zu klein geworden, dass die Ministerinnen und Minister teilweise schon ins benachbarte Rosewood, ebenfalls ein Fünf-Sterne-Haus, im Gebäude der ehemaligen Bayerischen Staatsbank ausweichen müssen. Über allem schweben thematisch die großen Krisen. Über allem schweben thematisch die großen Krisen. Die Lage in Gaza, vor allem in der Flüchtlingsstadt Rafah, letzter Zufluchtsort der Terrormiliz Hamas, drängt dabei besonders. Baerbock und Blinken forcieren die Zwei-Staaten-Lösungen, weil Israel nur sicher leben werde, wenn auch die Palästinenser ihren eigenen Staat haben.

24 Stunden täglich arbeite man für eine Lösung, die auch eine humanitäre Feuerpause für die hungernde Zivilbevölkerung und im besten Fall auch einen Geiselaustausch bringen soll. „Wir wollen den Silberstreif nicht aus den Augen verlieren", erinnert Blinken an das Prinzip Hoffnung, bevor er in das nächste „Bilateral" entschwindet, wie im Diplomaten-Jargon die Treffen der Außenminister von zwei Ländern genannt werden.

Der chinesische Chefdiplomat Wang Yi spricht von der Ein-Staaten-Lösung. Er meint sein Land und die „Ein-China-Politik" der Regierung in Peking im Konflikt mit dem Inselstaat Taiwan. Wang Yi: „Taiwan bleibt Teil des chinesischen Territoriums. Es ist eine innerchinesische Angelegenheit." Die Botschaft ist klar: Das Ausland soll sich am besten raushalten. Selbst in den Hinterzimmern beim Speed-dating.

Möhle, Holger: Speed-Dating als Leistungssport der Diplomatie. In: www.rp-online.de, 18.02.2023

ISBN 978-3-661-71922-1

M25 Ist Frieden ein Prozess?

Nach: Czempiel, Ernst-Otto: Friedensstrategien – Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft. Paderborn 1986

M26 Karikatur: Sicherheitspolitik im Wandel der Zeit

INFO

Neue Technologien und Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik muss sich immer aktuellen technologischen Entwicklungen anpassen. In den nächsten Jahren könnten u. a. folgende Technologien große Herausforderungen mit sich bringen:

- Künstliche Intelligenzen, welche Entscheidungen ohne Menschen treffen,
- eine zunehmende Militarisierung der Weltraums,
- Quantencomputer, die aktuelle Verschlüsselungstechnologien obsolet machen,
- Hyperschallwaffen, welche das Prinzip der MAD (Mutual Assured Destruction) ausheblein können.

Bearbeiter

Karikatur: Ralph Hagen, 2014, Titel: Kriegswaffen im Wandel der Zeit

M27 Sicherheit: Wie hängen die Dimensionen mit dem Friedensbegriff zusammen?

Nach: Themenblätter im Unterricht | 131, Autoren: Johannes Varwick und Tobias Berens, Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (2022), Lizenz: CC BY-SA 4.0

Aufgaben

71912-120

1. Erläutern Sie Galtungs Theorie (**M23**) in eigenen Worten und legen Sie dar, inwiefern es sich dabei um einen dynamischen Prozess handelt.
2. Arbeiten Sie aus **M24** die dort angesprochenen Maßnahmen zur Friedensschaffung heraus und begründen Sie in Zusammenhang mit dem Schema **M25**, inwiefern die Münchner Sicherheitskonferenz demonstriert, dass die Schaffung von Frieden prozessorientiert erfolgen muss.
3. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur **M26**.
4. a) Erläutern Sie mithilfe von **M27** und **M8** aus Kapitel 1.1 den Begriff „umfassende Sicherheit“.
   b) Stellen Sie die Komplexität des Begriffs „Frieden“ dar, indem Sie mithilfe von **M27** unterschiedliche fiktive Bedrohungen für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland skizzieren und erläutern Sie, wie diese den Frieden im Land auf unterschiedliche Weise gefährden.

WISSEN KOMPAKT

Direkte vs. strukturelle Gewalt → M23
Während direkte Gewalt direkt von einer Person oder einer Gruppe von Menschen ausgeht und daher auch konkret zugeordnet werden kann, ist dies bei struktureller Gewalt nicht möglich, obwohl auch hier viele Menschen Opfer solcher Situationen werden. Strukturelle Gewalt äußert sich bei allen Formen von Diskriminierung, bei der ungleichen Verteilung von Einkommen, Bildungschancen und Lebenserwartungen, sowie beim Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Auch eingeschränkte Lebenschancen auf Grund von Umweltverschmutzung oder die Behinderung emanzipatorischer Bestrebungen fallen hierunter.

71912-135

Positiver vs. negativer Frieden → M23, M25
Die Begriffsunterscheidung stammt von dem Friedensforscher Johan Galtung. Positiver Frieden besagt, dass abnehmende Gewalt bei gleichzeitig zunehmender Gerechtigkeit zu mehr bzw. positivem Frieden führt. Negativer Frieden hingegen beschreibt Frieden als die bloße Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt. Positiver Frieden ist ein dynamischer Friedensbegriff und beinhaltet die Zunahme sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung einer Kultur des Friedens zwischen Menschen innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften. Eine vollständige Umsetzung ist somit ein Ideal, an das nur unterschiedlich ausgeprägte Annäherungen möglich sind.

71912-136

Diplomatie → M24
Der aus dem Griechischen und Lateinischen hervorgegangene Begriff („diploma“ = Geleitbrief, Urkunde) bedeutet heute „Kunst der Verhandlung“ und ist ein Sammelbegriff für außenpolitische, zwischenstaatliche Aktivitäten und internationale Beziehungen. Ihre wesentliche Aufgabe ist die Wahrung eigener staatlicher Interessen bei gleichzeitiger Suche nach Verständigung mit dem Gegenüber. Dazu können die Förderung von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder wissenschaftlichen Beziehungen genauso gehören wie der internationale Einsatz für Menschenrechte oder die friedliche Beilegung von Streitigkeiten.

71912-137

Umfassende Sicherheit → M27
Der Begriff „Umfassende Sicherheit“ beschreibt den sicherheitspolitischen Ansatz, verschiedene Instrumente, vor allem politische, militärische, diplomatische, entwicklungspolitische und humanitäre, durch ressort- und institutionenübergreifende Abstimmung, Bündelung und Arbeitsteilung zu optimieren und damit Frieden und Sicherheit zu bewahren bzw. herzustellen. Dies kann sowohl lokal als auch national und international erfolgen.

71912-138

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Was heißt Frieden?
M22, M23, M25

Das Leben in Frieden und Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis, wobei die zahlreichen entstandenen Definitionen des Begriffs „Frieden“ äußerst vielfältig und kennzeichnend für die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sind.
Der Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung, Johann Galtung unterscheidet zwischen negativem Frieden, der nur eine Abwesenheit von Krieg oder direkter physischer Gewalt bedeutet, und positivem Frieden, der auch die Zunahme sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung einer Kultur des Friedens und der Konfliktregelung zwischen Menschen innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Gesellschaften beinhaltet.

Weshalb ist „umfassende Sicherheit“ ebenfalls ein wichtiger Begriff der Friedens- und Sicherheitspolitik geworden?
M27

Angesichts des Umstands, dass globale Herausforderungen wie Umweltkatastrophen, Armut, Migrationsbewegungen und kriegerische Konflikte nur gemeinsam bewältigt werden können, ist neben multilateraler Zusammenarbeit das Prinzip der „umfassende Sicherheit“ immer wichtiger geworden. Dies bedeutet, vor allem militärische, polizeiliche, diplomatische, entwicklungspolitische und humanitäre Maßnahmen aufeinander abzustimmen und koordiniert und nachhaltig zu handeln. Damit soll erreicht werden, dass in Krisenregionen, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden, und bei weltweiten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit, etwa durch den multinationalen Terrorismus oder Umweltkatastrophen, ein aufeinander abgestimmtes und nachhaltiges Handeln internationaler Akteure möglich ist.

Welche neuen Technologien bringen sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich?
M26, Info

Der technologische Fortschritt stellt die Sicherheitspolitik auch heute noch vor große Herausforderungen. Neue Technologien werden schneller nutzbar, als man sich auf internationaler Ebene über den Umgang mit den damit verbundenen Gefahren einig wird. Errungenschaften wie Künstliche Intelligenz (KI) und Geoengineering bringen neben vielen Chancen auch sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich.
KI-Systeme können selbstständig Entscheidungen treffen, die weitreichende Folgen haben können. Wird KI beispielsweise in Waffensystemen eingesetzt, besteht die Gefahr, dass Konflikte eskalieren oder Kollateralschäden entstehen. Auch im zivilen Bereich, etwa bei selbstfahrenden Autos oder in der Medizin, müssen ethische Fragen geklärt und Sicherheitsstandards definiert werden.
Geoengineering bezeichnet technische Eingriffe in geochemische oder biogeochemische Kreisläufe der Erde mit dem Ziel, den Klimawandel zu begrenzen. Dazu gehören beispielsweise Methoden zur Entfernung von CO_2 aus der Atmosphäre oder Eingriffe in die Sonneneinstrahlung. Solche Technologien bergen jedoch Risiken, da die Folgen schwer abschätzbar sind und unbeabsichtigte Nebenwirkungen auftreten können. Zudem stellen sich Fragen der internationalen Regulierung und Kontrolle.
Generell erfordern neue Technologien eine vorausschauende und verantwortungsvolle Gestaltung.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.5 Was sind die Leitlinien der deutschen Außenpolitik im 21. Jahrhundert?

Zum Thema: Die „Stiftung Wissenschaft und Politik" veröffentlichte im Jahr 2021, kurz vor der Bundestagswahl, die Studie „Zukunft deutsche Außenpolitik". Darin heißt es: Die Bundesregierung wie auch der Bundestag stehen in der kommenden Legislaturperiode vor der Notwendigkeit, die Reichweite deutscher Verantwortung in der Weltpolitik neu zu bestimmen." Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich die grundlegenden Ziele der deutschen Außenpolitik sind, welche Faktoren und Motive, aber auch welche Akteure bestimmen sie?

M28 Deutsche Delegation in Japan

Im März 2023 besuchten zahlreiche Bundesministerinnen und -minister gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (Mitte) Japan. Mit dabei waren Verkehrsminister Volker Wissing, Verteidigungsminister Boris Pistorius, Außenministerin Annalena Baerbock, Innenministerin Nancy Faeser, Finanzminister Christian Lindner, Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (von links nach rechts).

Einstiegsaufgaben

71912-121

1. Diskutieren Sie zu zweit, warum der Bundeskanzler gerade die in **M28** gezeigten Bundesministerinnen und -minister mit auf die Auslandsreise nach Japan nahm.
2. Nehmen Sie spontan Stellung (→ **PUB** 1), welche weiteren Bundesministerinnen und -minister oder politischen Organe grundsätzlich wichtige außenpolitische Akteure sein könnten.

M29 Welche Motive und Faktoren beeinflussen die deutsche Außenpolitik?

1

Der ehemalige US-Präsident Trump und die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G7-Gipfel 2018. Die Präsidentschaft des US-Präsidenten war ein Weckruf für die europäische Außenpolitik; plötzlich konnte man sich der Unterstützung durch die USA nicht mehr 100 % sicher sein.

2

Titelblätter von Zeitungen zu Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine (2022)

3

Friedensdemonstration in Berlin (2023)

4 **Die zehn wichtigsten Handelspartner (Export und Import) Deutschlands 2023** (Stand: 2024)

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2023; Grafikerstellung: 2024)

5 **Diplomatie in internationalen Organisationen**

Wenige Tage vorher, am 24. Februar 2022, hatte Russland die Ukraine überfallen, woraufhin die Vereinten Nationen am 1. März 2022 eine Sonderversammlung einberiefen. Für Deutschland sprach die Außenministerin Annalena Baerbock.

Ich stehe hier vor Ihnen als Außenministerin meines Landes, aber auch als Deutsche, die das unglaubliche Privileg hatte, in Europa in Frieden und Sicherheit aufzuwachsen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach einem grausamen Krieg begonnen von Nazi-Deutschland, wurden vor 76 Jahren die Vereinten Nationen gegründet, um Frieden und Sicherheit zu wahren. Sie wurden gegründet, so heißt es in der Charta, „um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren." [...] Die Grundsätze der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für unseren Frieden: für eine Ordnung auf der Grundlage von gemeinsamen Regeln, dem Völkerrecht, Zusammenarbeit und friedlicher Konfliktbeilegung. Russland hat diese Ordnung brutal angegriffen. Und deshalb geht es in diesem Krieg nicht nur um die Ukraine, nicht nur um Europa, sondern um uns alle. Russlands Krieg bedeutet ein neues Zeitalter. Wir stehen an einem Scheideweg. Die Gewissheiten von gestern gelten nicht mehr. Heute sind wir mit einer neuen Realität konfrontiert, die sich niemand von uns ausgesucht hat. Es ist eine Realität, die uns Präsident Putin aufgezwungen hat. [...] Russlands Krieg markiert eine neue Realität. Jede und jeder einzelne von uns muss jetzt eine dezidierte und verantwortungsvolle Entscheidung treffen und Partei ergreifen. Mein Land erhöht seine Unterstützung für die Ukraine mit Medikamenten, Lebensmitteln, humanitären Hilfsgütern und Unterkünften für Geflüchtete. Viele, die heute hier sind, tun das. Und ich begrüße das sehr. [...]

Wir haben uns dafür entschieden, die Ukraine militärisch zu unterstützen – damit sie sich im Einklang mit Artikel 51 unserer Charta gegen den Aggressor verteidigen kann. Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung in vollem Umfang bewusst. Deshalb bekennen wir uns heute und für alle Zukunft zur Diplomatie und werden immer nach friedlichen Lösungen suchen. Aber wenn unsere friedliche Ordnung angegriffen wird, müssen wir dieser neuen Realität ins Gesicht sehen. Wir

Informationen des Auswärtiges Amtes zu feministischer Außenpolitik

71912-159

müssen verantwortungsvoll handeln. Und deshalb müssen wir heute vereint für den Frieden eintreten! […]
Die Sicherheit Europas steht auf dem Spiel. Die Charta der Vereinten Nationen steht auf dem Spiel. Fast jedes Land, das hier vertreten ist, hat einen größeren, einen mächtigeren Nachbarn. Es geht hier um uns alle, meine Damen und Herren.

Baerbock, Annalena: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung zur Ukraine. In: www.auswaertiges-amt.de, 01.03.2022

6 Aus einer Rede des Bundespräsidenten an der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem: Die historische Verantwortung Deutschlands

„Der industrielle Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden, das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte es wurde von meinen Landsleuten begangen. Der grausame Krieg, der weit mehr als fünfzig Millionen Menschenleben kosten sollte, er ging von meinem Lande aus. Fünfundsiebzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz stehe ich als deutscher Präsident vor Ihnen allen, beladen mit großer historischer Schuld. Doch zugleich bin ich erfüllt von Dankbarkeit: für die ausgestreckte Hand der Überlebenden, für das neue Vertrauen von Menschen in Israel und der ganzen Welt, für das wieder erblühte jüdische Leben in Deutschland. Ich bin beseelt vom Geist der Versöhnung, der Deutschland und Israel, der Deutschland, Europa und den Staaten der Welt einen neuen, einen friedlichen Weg gewiesen hat. Die Flamme von Yad Vashem erlischt nicht. Und unsere deutsche Verantwortung vergeht nicht. Ihr wollen wir gerecht werden. An ihr, liebe Freunde, sollt Ihr uns messen."

Steinmeier, Frank-Walter: Rede in Yad Vashem, 23.01.2020

7 Vorgaben des Grundgesetzes

Präambel	[deutsche Volk] von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.
Artikel 1	(2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt
Artikel 24	(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.
Artikel 26	(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

M30 Debatte um Panzerlieferungen an die Ukraine

Während des Ukraine-Kriegs erhielt das von Russland angegriffene Land vielfältige Unterstützung seiner Nachbarn und der NATO, etwa durch humanitäre Hilfe und Waffenlieferungen zur Landesverteidigung. Die EU verhängte rasch Sanktionen gegen Russland. Die Lieferung von Angriffswaffen wie dem Panzer Leopard wurde lange diskutiert und Bundeskanzler Scholz für sein Zögern kritisiert, ehe er die Lieferung genehmigte.

Es ist doch erstaunlich, wie schnell Zögern manchmal geht. Sonntagabend noch sahen wir den neuen Verteidigungsminister Boris Pistorius von der SPD und den Parteivorsitzenden Lars Klingbeil, wie sie bei „Anne Will" die abwartende Haltung des Kanzlers in der Panzerfrage verteidigten. [...] Dienstagabend [...] erfahren wir, dass Deutschland nun doch, endlich, Leopard-Panzer in die Ukraine schickt. Es gibt gute Gründe, die Lieferungen gutzuheißen, wie es 46 Prozent der Deutschen tun [, und] gute Gründe, diese Entscheidung wie 43 Prozent der Deutschen für falsch zu halten. [...] Was man aber auch ohne BND Sicherheitsüberprüfung bewerten kann, ist das, was medial und damit öffentlich passiert. [...] Zögert Scholz eigentlich wirklich? Tut Deutschland zu wenig? [...] Kurz nach Kriegsbeginn [...] setzte sich das Narrativ durch, Scholz sei ein Zauderer, vielleicht ein Zauderer aus Gründen („Nuklearwaffen") oder eben aus vorgeschobenen Gründen („Nuklearwaffendrohungen sind russische Propaganda"). [Auch] nach der Entscheidung vom Dienstag hatte der französische Präsident Macron sich übrigens noch nicht zur Lieferung der eigenen Leclerc-Kampfpanzer durchgerungen. Auch die USA verkündeten erst in der Folge auf die deutsche Entscheidung, ebenfalls Panzer zu schicken. [...] US-Verteidigungsminister Lloyd Austin [antwortete auf] die Frage: „Tut Deutschland genug, um echte Führung in Europa zu zeigen?" im ZDF mit einem sehr klaren: „Ja." [...] Pistorius und Klingbeil wiesen schon zuvor darauf hin, dass die Behauptung, Scholz tue zu wenig und zu langsam, im europäischen Vergleich nicht stimme.

Pollatschek, Nele: Well played – Debatte um Waffenlieferungen. In: www.sueddeutsche.de, 25.01.2023

M31 In welche internationalen Organsationen ist Deutschland eingebunden?

Deutschland in internationalen Organisationen

Bearbeitergrafik

M32 Tatsachen über Deutschland – die deutsche Außenpolitik

Hinweis
Das Buch „Tatsachen über Deutschland" wurde 2022 vom Auswärtigen Amt herausgegeben.

Der weltweite Einsatz für Frieden und Sicherheit, für Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten sind Grundkonstanten der deutschen Außenpolitik und ergeben sich aus dem Grundgesetz. Deutschland stellt sich der Aufgabe einerseits aus historischer Verantwortung, andererseits liegen Krisenprävention und Konfliktbewältigung auch deshalb im deutschen Interesse, weil die Auswirkungen von Krisen weltweit und damit auch in Deutschland zu spüren sind. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine untergräbt dabei die internationale Sicherheit und Stabilität in Europa schwerwiegend.

Basis für das außenpolitische Handeln Deutschlands ist seine multilaterale Einbindung. So finden Einsätze der Bundeswehr immer im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit oder Verteidigung statt, dies sind zuvorderst internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU) oder die Nordatlantische Allianz. Zudem bedürfen Stationierungen der Bundeswehr im Ausland der Zustimmung des Deutschen Bundestags. Die Bundeswehr wird deshalb auch als Parlamentsarmee bezeichnet.

Für die Bundesregierung haben zivile Instrumente dabei stets Vorrang. Wichtigstes Ziel ist, Krisen und Konflikte frühzeitig zu erkennen und möglichst zu entschärfen, bevor sie eskalieren. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Bestandteile deutscher Außenpolitik. Seit 2017 bilden die unter Federführung des Auswärtigen Amts erarbeiteten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" die Richtschnur beim Einsatz für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Eine zentrale Aufgabe sieht die Bundesregierung darin, die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und Fragen von Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung noch stärker zu beachten, um klimabedingte Konflikte frühzeitig zu erkennen. Zunehmend im Fokus stehen neue Bedrohungen für die weltweite Sicherheit im Cyberraum. Die Bundesregierung begegnet diesen vielfältigen Herausforderungen mit einer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie" [...]. Dabei wird der Strategie ein umfassender Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, der alle Aspekte der menschlichen Sicherheit in den Blick nimmt.

Tatsachen über Deutschland: Engagement für Frieden und Sicherheit. In: www.tatsachen-ueber-deutschland.de, Abruf am 12.10.2023

Aufgaben

71912-122

1. Erarbeiten Sie aus **M29** 1 – 7 Einflussfaktoren auf die deutsche Außenpolitik und begründen Sie, welche Faktoren kurz-, mittel- und langfristig zum Tragen kommen.
2. a) Tragen Sie die in **M30** aufgeführten Pro- und Kontra-Argumente bezüglich deutscher Panzerlieferungen an die Ukraine zusammen.
   b) Verfassen Sie einen Leserbrief oder einen Diskussionsbeitrag für die Kommentarspalte einer überregionalen Zeitung, in dem Sie Ihre Meinung über das Verhalten der Bundesregierung darlegen (→ **PUB** 6). Nehmen Sie dabei Bezug auf Ihre Ergebnisse aus Aufgabe 1 zu den Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik.
3. Erarbeiten Sie mithilfe von **M31**, Ihrem eigenen Vorwissen sowie **M32** die wesentlichen Mittel, Motive und Ziele der deutschen Außenpolitik und stellen Sie diese in einer Mindmap dar (→ **PUB** 6).

H zu Aufgabe 2b
Ihr Leserbrief kann sich – nach Rücksprache mit Ihrer Lehrkraft – auch auf ein anderes außenpolitisches Thema beziehen.

WISSEN KOMPAKT

Mittel bundesdeutscher Außenpolitik → M29 5

Die Bundesrepublik Deutschland setzt in ihrer Außenpolitik auf verschiedene Mittel. Diplomatie spielt eine zentrale Rolle, um internationale Beziehungen zu pflegen und Konflikte friedlich zu lösen. Dabei setzt Deutschland auf multilaterale Bündnisse wie die EU, NATO und UN, um gemeinsam mit Partnern für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte einzutreten. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe fördern Stabilität. Gegen Staaten die internationales Recht verletzen, können zudem Sanktionen verhängt werden.

71912-141

Außenpolitik → M31, M32

Außenpolitik beschäftigt sich mit den Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und zu internationalen Organisationen. Außenpolitische Beziehungen gibt es im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, des Militärs oder auch des Rechts. Außenpolitische Beziehungen werden dabei durch Diplomatie, Verträge und Bündnisse gestaltet. Ein zunehmend wichtiger Teilbereich der Außenpolitik ist die Sicherheitspolitik. Dabei geht es darum, Krieg zu verhindern und politische Eigenständigkeit zu erhalten sowie die Fähigkeit, auf ein breites Spektrum von Gefahren angemessen zu reagieren.

71912-140

Vorgaben des Grundgesetzes für die deutsche Außenpolitik

1. Präambel: „(Das deutsche Volk) [...] von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen."
2. Art. 1, Abs. 2 GG: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt".
3. Art. 24, Abs. 2 GG: Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit, wenn dies der „Wahrung des Friedens" dient und „eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt" fördert.
4. Art. 26, Abs. 1 GG: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen".

71912-143

Einflussfaktoren auf die deutsche Außenpolitik → M29, M31, M32

- geographische Lage und geopolitisches Umfeld in der Mitte Europas
- Vorgaben und Wertvorstellungen des GG
- wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern und weltwirtschaftliche Entwicklungen
- weltpolitische Entwicklungen und Konflikte
- konzeptionelle Überlegungen der Bundesregierung (ggf. Bundestag)
- Machtverteilung im internationalen System
- aus der deutschen Vergangenheit abzuleitende Verantwortung
- Einstellungen der Nachbarländer/Partner
- Bündnisverpflichtungen durch Mitgliedschaft in internationalen Organisationen
- Einstellung und Verhalten der Bürgerinnen und Bürger (z. B. als Konsumenten oder Touristen)
- öffentliche Meinung zu Grundsatzfragen der Außenpolitik
- finanzielle Möglichkeiten des Bundeshaushalts
- Einstellung der Nachbarländer und Partner

71912-142

Sanktionen → M30

Der Begriff „Sanktion" geht auf das lateinische Wort „sanctio" zurück und bedeutete ursprünglich „Billigung, Bestätigung, Erteilung der Gesetzeskraft". Heute versteht man darunter Zwangsmaßnahmen meist wirtschaftlicher und politischer Art, die gegen einen Staat ausgesprochen werden, um diesen zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen. Diese Maßnahmen reichen vom Abbruch kultureller Beziehungen bis zu Lieferverboten für bestimmte Güter (Embargo, Boykott) und dem vollständigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

71912-144

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Wer sind die klassischen Akteure in der Außenpolitik?
M28, M29 3

Innerhalb der Bundesregierung sind in erster Linie der Bundeskanzler, das Auswärtige Amt (= Außenministerium), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Verteidigungsministerium außenpolitisch tätig. Weil es heutzutage aber kaum noch Bereiche in der Politik gibt, die nicht einer internationalen Absprache oder Abstimmung bedürfen, haben praktisch auch alle anderen Bundesministerien außenpolitische Kontakte. Während der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin, wie in allen anderen politischen Ressorts, auch in der Außenpolitik Richtlinienkompetenz besitzt, koordiniert das Auswärtige Amt die gesamte deutsche Außenpolitik.
Der Deutsche Bundestag hat vor allem eine Kontrollfunktion der Außenpolitik der Bundesregierung inne. Diese Kontrolle findet hauptsächlich in den entsprechenden Fachausschüssen, allen voran dem sogenannten Auswärtigen Ausschuss, statt. Zudem muss der Bundestag internationalen Verträgen zustimmen; falls dabei Zuständigkeiten der Länder berührt sind, ist auch der Bundesrat beteiligt. Überdies muss der Bundestag bestimmte außenpolitische Maßnahmen genehmigen.
Der Bundespräsident dagegen besitzt keine Befugnis zu aktiver Außenpolitik. Er vertritt Deutschland völkerrechtlich und unterzeichnet internationale Verträge mit dem Ausland. Nur in Abstimmung mit der Bundesregierung ist es ihm erlaubt, in seinen Reden auf Auslandsreisen eigene Akzente in der Außenpolitik zu setzen.

Was sind die Einflussfaktoren der deutschen Außenpolitik?
M29, M31, M32

Die deutschen Botschaften im Ausland werden auch als „Augen, Ohren und Stimme" Deutschlands im Ausland bezeichnet. Aufgrund von Weisungen des Auswärtigen Amts vertreten sie den deutschen Staat im Ausland. Sie verhandeln mit den dortigen Regierungen und fördern die politischen Beziehungen und die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit.
Die deutsche Außenpolitik muss unabhängig von der politischen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der jeweiligen Regierung zahlreiche Bedingungen berücksichtigen: Zum einen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (die beiden Weltkriege sowie der Holocaust), aber auch aufgrund seiner geostrategischen Lage in der Mitte Europas und nahezu ohne wichtige Rohstoffvorkommen. Weiterhin sind die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen sowie bi- oder multilaterale Verträge mit anderen Staaten und die daraus abzuleitenden Verpflichtungen und Abmachungen wesentliche Faktoren. Überdies beeinflussen natürlich auch tagesaktuelle innen- und außenpolitische Entwicklungen sowie vielfältige wirtschaftliche Interessen und finanzielle Spielräume der jeweiligen Regierung die außenpolitische Agenda. Grundsätzlich ist die deutsche Außenpolitik zudem den Vorgaben des Grundgesetzes verpflichtet.

Welche Vorgaben macht das Grundgesetz der deutschen Außenpolitik?

Das Grundgesetz äußert sich an vier Stellen zur Wahrung des Friedens, zunächst in der Präambel, und wird teilweise in den folgenden Artikeln näher konkretisiert. Dabei steht es in großer Nähe zum völkerrechtlichen Gewaltverbot im Artikel 2 der UN-Charta. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sollten nach Meinung der Verfassungsväter und -mütter Krieg und Gewalt als Mittel der Außenpolitik verhindert werden. Zudem ist im Grundgesetz ein Bekenntnis zu einem kooperativen Internationalismus und eine Verpflichtung zur Mitwirkung an der Europäischen Integration (Präambel, Art. 23 GG) enthalten sowie zum Eintreten für Menschenrechte. Auch die Möglichkeiten und Grenzen eines Einsatzes der Streitkräfte sind hier festgelegt.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.6 Kann man globalen Terrorismus effektiv bekämpfen? eA

Zum Thema: In den letzten Jahren haben Terroranschläge wie die in Paris, Berlin oder New York die Welt erschüttert. Die Bedrohung durch globalen Terrorismus ist allgegenwärtig und stellt die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen. In diesem Kapitel gehen Sie der Frage nach, ob man effektiv gegen globalen Terrorismus vorgehen kann. Außerdem untersuchen Sie, wie Terrororganisationen rekrutieren und wie Menschen aus psychologischer Sicht zu Terroristen werden.

M33 Terroranschläge in den Nachrichten

1 Anschlag in Halle:
Attentäter mordete aus Judenhass

Quelle: ZEIT Online, 09.10.2019

2 Mehr als 120 Tote bei Anschlägen in Paris

Quelle: Spiegel Online, 13.11.2015

3 Colorado Springs –
Tote bei Angriff auf Abtreibungsklinik

Quelle: ZEIT Online, 27.11.2015

Einstiegsaufgabe

71922-150

Recherchieren Sie (z. B. in einem Gruppenpuzzle) die Hintergründe der Zeitungsmeldungen.

M34 Wie werden Menschen zu Terroristen?

1 Warum werden Menschen zu Terroristen?

„Der Deutschlandfunk mit einer Sondersendung...." „Es hat, Frau Heyer, an mindestens drei Schauplätzen simultane Anschläge gegeben, es hat Schießereien im 10. und 11. Arrondissement, also Stadtteilen von Paris gegeben, Explosionen im Stade de France, im Stadion im Norden der Stadt, während des Freundschaftsspiels Frankreich-Deutschland. Und dann haben schwerbewaffnete Männer den Konzertsaal Bataclan im 11. Arrondissement von Paris angegriffen, überfallen, sie haben dort Geiseln genommen, und die Geiselnahme dauert an ..."

Ein Augenzeuge: „Schockiert hat mich deren Freude, als sie auf die Menschen geschossen haben, als würden sie eine Mission erfüllen. Die waren da, um möglichst viele Menschen zu töten. Und der, der auf uns geschossen hat, hat keine Salven abgeschossen, sondern Schuss für Schuss gezielt."

130 Tote. Einige hundert Verletzte. [...] Zu den koordinierten Attacken an fünf Orten in Paris und im Vorort Saint Denis bekannte sich der sogenannte „Islamische Staat". In ihrem Bekennerschreiben bezeichnete die Terror-Miliz Paris als „Hauptstadt der Unzucht und des Lasters". Dass ausgerechnet die französische Hauptstadt zum Ziel der Attentäter wurde, hat für den Politikwissenschaftler und Dschihadismus-Experten Hugo Micheron, meh-

ISBN 978-3-661-71922-1 Kapitel 1, Stand: September 2024

Eine Frau steht vor der Gedenktafel des Anschlags auf das Bataclan-Theater in Paris.

rere Gründe: […] „Politisch und symbolisch mussten sie Frankreich angreifen. Frankreich ist eine sichtbare europäische Macht, die einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat. Es war neun Monate nach den Attentaten vom 7. und 9. Januar auf die Redaktion von Charlie Hebdo und einen Supermarkt in Paris. Diese Attentate hatten international Aufmerksamkeit erregt. Und wir wissen, dass die dschihadistischen Organisationen süchtig sind nach medialer Sichtbarkeit", sagt Micheron.

[Noch heute wirde]über den Islamismus im Land diskutiert. Dabei sind sich die Experten nicht einig über die Ursachen der Radikalisierung der Täter und darüber, wie man mit dem Problem umgehen soll. Der Politikwissenschaftler Francois Burgat kritisiert: „Nur mit Sicherheitsmaßnahmen zu reagieren reicht nicht. Ich habe immer gesagt: wenn es einen Bombenleger gibt, muss man ihn stoppen. Aber man muss vor allem die Maschine zerlegen, die die Bombenbauer herstellt […]."

Der Islamismus-Experte Hugo Micheron kritisiert dagegen: „Es gibt eine Debatte, in der es heißt: Das Problem hat nichts mit dem Islam zu tun, es beruht auf sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ausgrenzung. Auf der anderen Seite wird argumentiert: natürlich hat das direkt mit de m Islam zu tun. Die Dschihadisten sagen selbst: wir sind die besseren Muslime. Ich glaube, all das greift zu kurz." […] „Dschihadisten sind Aktivisten. Sie machen Wahlkampf. Einer von ihnen, den ich im Gefängnis getroffen habe, hat mir gesagt: wir machen nicht nur alle fünf Jahre Wahlkampf, so wie Ihr für die Präsidentschaft. Wir sind immer im Wahlkampf. Ein anderer, der Dschihadisten rekrutiert hat, hat mir gesagt: ich mache das Gleiche, was ein Sozialarbeiter in den Vierteln macht, nur mit umgekehrtem Ziel: nicht die Person integrieren, sondern sie rausnehmen und sie in mein Wertesystem bringen." […]Die Opfer der Angreifer Überlebende und Angehörige der Attentate sind mittlerweile fester Bestandteil der französischen Gesellschaft geworden. Olivier Lauplaud ist eines von ihnen. […] „Ich erinnere mich sehr genau wie der Polizist zu uns sagt: geht raus die Hände über dem Kopf, um Euch als Opfer zu identifizieren. Und vor allem hat er uns gesagt: schaut nach oben. Es wurde uns bewusst, dass wir mitten durch die Leichen gingen. Natürlich schauen Sie in so einer Situation doch um sich, weil sie sonst

nicht wissen, wo Sie gehen. Es wurde mir schnell klar, dass ich durch Blutpfützen laufe, dass ich gegen eine Leiche stoße. Auch wenn das nur einige Sekunden gedauert hat, weil man uns antrieb rauszugehen, habe ich noch heute schreckliche Bilder davon im Kopf. Es ist das Bild dieses Abends, das mir bis heute präsent ist. Und das mich manchmal nachts verfolgt."

Kaess, Christiane: Gerechtigkeit suchen für die Bataclan-Anschlagsopfer. In: www.deutschlandfunk.de, 07.09.2021

2 Einsame Wölfe: Wie funktioniert stochastischer Terrorismus?

Der Terroranschlag auf die jüdische Synagoge in Halle im Jahr 2019 wurde von einem sogenannten „Einsamen Wolf" verübt.

Der Begriff Stochastik kommt aus der Mathematik, der Wahrscheinlichkeitstheorie. Stochastischer Terrorismus beschreibt, dass eine anstachelnde Rede einen Gewaltakt wahrscheinlicher macht, auch wenn nicht vorhersagbar ist, wer den Akt wann und wo ausführen wird.

„Der Redner erklärt eine Person oder eine Gruppe zu einer Bedrohung. Vielleicht scherzt er sogar über eine gewaltvolle Lösung. Aber er überschreitet nicht die Grenze, zu Gewalt aufzurufen", erklärt die FBI-Profilerin Molly Amman. Doch bei irgendeinem Empfänger oder irgendeiner Empfängerin der Botschaft mag sie das Fass zum Überlaufen bringen. Wut, Verachtung und Abscheu für eine Person oder eine Gruppe haben sich angestaut.

Für den Gewalttäter komme dann oft noch ein gefühlter Zeitdruck hinzu, so Amman: „Du musst jetzt handeln, um deine eigene Gruppe zu schützen, die etwas Besonderes ist und schikaniert wird." Kommt es zum Gewaltakt, lehnt der Redner oder die Rednerin jegliche Verantwortung ab und missbilligt die Gewalt. Juristisch ist er oder sie oft nicht belangbar, weil keine Absicht nachgewiesen werden kann. […]

Wer eine aggressive Stimmung gegenüber bestimmten Gruppen schüren möchte, hat es im Internet leicht. Zum einen lassen sich „über die Digitalisierung viel mehr Menschen erreichen", so Staller. „Auf der anderen Seite wird es unglaublich schwer, dass alle, an die wir eine Mitteilung senden, uns auch auf irgendeine Art und Weise verstehen."

Doch soziale Medien schaffen Filterblasen, „wo ich relativ einfach relativ viele Menschen erreiche, die ein ähnliches Verständnis von Dingen haben, und dann auch meine Sendungen, meine Mitteilungen leichter verstehen – oder dadurch die implizite Aufforderung eher abgreifen und in die Tat überführen. Das ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zum vordigitalisierten Zeitalter."

Internetuser, die Hass im Netz verbreiten,

ISBN 978-3-661-71922-1

strafrechtlich zu verfolgen, sei oft schwer, sagt Staller. Auch für die jeweiligen Internetdienste sei es nicht einfach, gegen die jeweiligen Nutzerinnen oder Nutzer vorzugehen. „Da haben wir im konkreten Fall das Problem: Inwieweit ist das Meinungsfreiheit, wo wird das problematisch. Die Grenzen sind sehr, sehr fließend."

Staller, Mario: Interview mit Katja Bigalke und Martin Böttcher: Aufgestachelte Einzeltäter. In: www.deutschlandfunk.de, 10.09.2022

M35 Welche psychologischen Wirkungsfaktoren machen sich Terroristen zu nutzen?

Nils D. wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu zehn Jahren Haft wegen Mordes verurteilt, weil er in Syrien in einem Gefängnis des sogenannten Islamischen Staates einen Häftling zu Tode gefoltert hat.

Neben all ihren Unterschieden haben terroristische Vereinigungen gemeinsam, dass sie symbolische oder physische Gewalt, meist gegenüber der Zivilbevölkerung, anwenden, um ihre Ziele durchzusetzen. Doch was treibt Menschen dazu, die eigenen Ziele nicht mit friedlichen Mitteln wie Demonstrationen oder Petitionen zu verfolgen, sondern zu gewaltsamen Maßnahmen wie Bombenanschlägen oder Entführungen zu greifen? Die Begriffe Radikalisierung und Terrorismus können entlang eines Kontinuums definiert werden, auf dem Radikalisierung den Weg zum Terrorismus darstellt und Terrorismus die Ausübung von Gewalt zur Erreichung ideologischer Ziele beschreibt. Terroristen durchlaufen somit in der Regel einen Prozess, der sie mehr und mehr zu extremen Mitteln treibt, wobei nicht jede Radikalisierung zwingend in Terrorismus münden muss und nicht jeder Terrorist zwingend radikalisiert wurde.

Radikalisierung kann unterschiedlich schnell stattfinden und verschiedene Phasen umfassen. Teilweise handelt es sich um einen jahrelangen Prozess, in anderen Fällen hingegen scheint er nur wenige Monate zu dauern. Eine „Blitzradikalisierung", über die gelegentlich in populärwissenschaftlichen Medien berichtet wird, ist demgegenüber fast nie zu beobachten. […] Warum sich ein Mensch radikalisiert, ist noch nicht vollständig bekannt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema liefert jedoch zunehmend

Hinweise. Als gesichert gilt, dass demografische Faktoren wie Alter, Geschlecht und sozioökonomischer Status eine wichtige Rolle spielen. Meist sind es junge Männer aus niedrigeren sozialen Schichten, die sich radikalisieren – mit Ausnahme von linksterroristischen Vereinigungen, denen vermehrt Frauen und Personen aus höheren sozialen Schichten angehören. Ein spezifisches demographisches Profil allein kann die Entstehung von Radikalismus jedoch nicht erklären[...] Der aktuelle Stand der wissenschaftlichen Forschung legt zwei zentrale Ursachenkomplexe für Radikalisierung nahe: Einerseits scheint eine mangelhafte Befriedigung wichtiger Grundbedürfnisse Menschen zu radikalen Ansichten zu treiben, andererseits bilden intensive Gruppenphänomene die Grundlage für radikale Ansichten. In einem letzten Schritt scheinen spezifische Katalysatoren die Begehung eines gewalttätigen Terrorakts voranzutreiben. [...]

Ereignisse im eigenen Leben erklären, vorhersagen und beeinflussen zu können, folglich Kontrolle zu haben, ist ein zentrales Motiv jedes Menschen. Die eigene Umwelt als unkontrollierbar zu erleben, wird hingegen als sehr unangenehm empfunden, und Menschen sind bestrebt, dieses Gefühl zu reduzieren. Der Anschluss an eine radikale Vereinigung bietet eine einfache Möglichkeit, eigene Unsicherheiten zu reduzieren (Hogg, 2007). Durch starke Strukturen, direkte Führung und Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen innerhalb solcher Gruppierungen entstehen klare Normen und Regeln und tragen so zu einer Reduzierung persönlicher Unsicherheiten bei. [...] Der Wunsch respektiert zu werden und „jemand zu sein", also eine wichtige Funktion im Leben zu haben, bildet eine weitere grundlegende Motivation für Radikalisierung (Kruglanski et al., 2014). Dass das Streben nach persönlicher Bedeutsamkeit ein zentrales Motiv Radikalisierter ist, zeigt sich beispielsweise am Fall des Salafisten Nils D. aus Dinslaken, der seinem offenbar ziellosen Leben durch den Anschluss an den IS einen vermeintlichen Sinn gab. [...] Ein zentrales Gruppenphänomen stellt die subjektive Wahrnehmung dar, dass die eigene Gruppe von anderen unterdrückt wird. [...]

Selbst wenn sowohl individuelle als auch gruppenbezogene Ursachenkomplexe vorliegen, stellt die tatsächliche Ausübung von Gewalt in der Regel eine hohe moralische Hürde dar. Es ist davon auszugehen, dass meist psychologisches „Training" notwendig ist, um diese Hürde in einem letzten Radikalisierungsschritt abzubauen (z. B. Moghaddam, 2005). Einen Katalysator stellt der Prozess der Dehumanisierung dar: Mitglieder anderer Gruppen werden ihre menschlichen Eigenschaften abgesprochen und somit außerhalb moralischer Werte verortet. Dies wiederum legitimiert scheinbar Gewalt gegen sie. Ein weiterer Katalysator sind Prozesse der Desensibilisierung: Emotionale und physiologische Reaktionen auf Gewalt werden durch die graduelle Ausübung von Gewalt reduziert. [...]

Letztendlich sollte für den gesamten Radikalisierungsprozess beachtet werden, dass zwar problematische Konstellationen im Sinne von Risikofaktoren identifizierbar sind, diese jedoch auch unspezifisch sind. Sie sind einzeln und in ihrer Kombination auch in anderen Kontexten, wie zum Beispiel im Krieg, vorzufinden und können somit auch andere Konsequenzen als Terrorismus nach sich ziehen. Weiter sollte bedacht werden, dass sich insbesondere in wirtschaftlich und politisch instabilen Ländern, wie beispielsweise in Teilen Afrikas oder im Nahen Osten, die Unterstützung terroristischer Vereinigungen oft durch finanzielle Anreize oder militärischen Zwang bedingt und weniger durch die hier beschriebenen Prozesse.

Fischer, Moritz Valentin / Pfundmair, Michaela: Die Psychologie der terroristischen Radikalisierung: Wie sich Menschen radikalisieren und Prävention gestaltet werden kann. In: Psychologische Rundschau, Jahrgang 70, Heft 20, April 2019

M36 Wie bekämpft die internationale Gemeinschaft den globalen Terrorismus?

Grenzüberschreitend handelnden Terrornetzwerken kann nur durch gemeinsames Handeln der Staatengemeinschaft begegnet werden. Daher wurden

- in den Vereinten Nationen (VN),
- im Rahmen der G7,
- in der Europäischen Union,
- in der NATO und
- in vielen weiterem multilateralen Organisationen

zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um dieser Bedrohung zu begegnen.

Globale Anti-Terror-Strategie der Vereinten Nationen
Im Jahr 2006 hat die VN-Generalversammlung eine globale Anti-Terror-Strategie verabschiedet. Diese gibt einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die Aktivitäten der VN-Mitgliedstaaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung vor. Deutschland hat die daraus resultierenden Resolutionen ratifiziert und umgesetzt. Hierzu zählt beispielsweise das Einfrieren von Finanzmitteln terroristischer Organisationen. […]

Internationale Foren und Gremien
Auch im Rahmen der G7 kommen regelmäßig Experten zusammen, um die gemeinschaftliche Terrorismusbekämpfung zu intensivieren. In verschiedenen Arbeitsgruppen stimmen sie einzelstaatliche Maßnahmen ab und erarbeiten „best practices". Deutschland beteiligt sich hier aktiv. Dem Austausch von „best practices" dient auch das 2011 auf US-Initiative gegründeten Global Counterterrorism Forum (GCTF), dem 30 Mitglieder angehören. […]

Zusammenarbeit im Rahmen der EU
Die gemeinsame Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erfordert gerade im Schengen-Raum ohne Binnengrenzen gemeinsames, gut abgestimmtes Handeln. In Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 in Amerika und vom 11. März 2004 in Madrid entwickelten die Mitgliedstaaten der EU gemeinsame Aktionspläne und eine langfristige europäische Strategie zur Terrorismusbekämpfung. Diese setzt auf:

- Prävention und Bekämpfung der Ursachen
- Schutz der Bevölkerung und Reduzierung der Verwundbarkeit
- Verfolgung und Aufklärung terroristischer Handlungen im Vorfeld
- Verbesserung der Reaktion in Folge eines Terroranschlags

Die Strategie und die Aktionspläne werden regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben. Deutschland ist an dieser Entwicklung und der Förderung der Maßnahmen maßgeblich beteiligt.
Auch die kontinuierliche Verbesserung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit im Bereich der Verfolgung terroristischer Straftaten in der EU ist ein zentrales Thema. Seit einigen Jahren können Terroristen europaweit nach identischen Kriterien verfolgt und verhaftet werden. Zudem verpflichtet die im April 2017 in Kraft getretene neue Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung die Mitgliedstaaten unter anderem dazu, das Reisen zu terroristischen Zwecken – auch innerhalb der EU – unter Strafe zu stellen.

ISBN 978-3-661-71922-1

Bilaterale Zusammenarbeit
Neben der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, multilateralen Foren und in der Europäischen Union hat für Deutschland selbstverständlich die vertrauensvolle bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten eine ebenso große Bedeutung.
Diese wurde seit dem 11. September 2001 kontinuierlich ausgebaut und in vielen Fällen durch regelmäßige Konsultationen verstetigt. Hierbei ist insbesondere die Zusammenarbeit mit einzelnen europäischen Ländern sowie mit den USA sehr wichtig.

Extremismusprävention
Die Prävention von Radikalisierung und Rekrutierung für den Terrorismus nimmt in der Politik der EU ebenfalls einen großen Stellenwert ein. Die Mitgliedstaaten tauschen sich regelmäßig zu bewährten Praktiken aus. Zudem fördert die EU-Kommission den EU-weiten Austausch zwischen lokalen Akteuren der Extremismusprävention und Deradikalisierung im Rahmen des „Radicalisation Awareness Network" (RAN).

Bundesministerium des Inneren und für Heimat: Terrorismus international bekämpfen. In: www.bmi.bund.de, Abruf am 29.02.2024

Aufgaben

71922-151

1. Beschreiben Sie mithilfe von **M34** 1 die Methoden, die der IS verwendet, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Beziehen Sie sich dabei auf unterschiedliche Strategien, was die Herkunft derjenigen angeht, die rekrutiert werden sollen.
2. a) Erklären Sie den Begriff „stochastischer Terrorismus" mithilfe des Textes **M34** 2 .
   b) Erklären Sie, warum stochastischer Terrorismus im digitalen Zeitalter eine zunehmende Bedrohung darstellt.
3. Erläutern Sie mithilfe von **M36**, welche psychologischen Wirkungsfaktoren Terrororganisationen nutzen, um Individuen zu radikalisieren. Beziehen Sie sich dabei auf die Rolle der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und Gruppenphänomene.
4. Beschreiben Sie mithilfe von **M36**, wie die internationale Gemeinschaft auf den internationalen Terrorismus reagiert. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Rolle und Maßnahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der G7 ein.
5. a) Stellen Sie dar, bei welchen in **M36** benannten Wirkungsfaktoren die in **M35** genannten Präventionsmaßnahmen ansetzen.
   b) Bewerten Sie die Effektivität von Präventionsmaßnahmen gegen die Radikalisierung junger Menschen, unter Berücksichtigung der im Text **M35** beschriebenen psychologischen Wirkungsfaktoren. Diskutieren Sie, welche Ansätze besonders erfolgversprechend sein könnten, um den Radikalisierungsprozess zu unterbrechen (→ **PUB** 6).

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Islamische Staat (IS) → M34 1

Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) ist eine terroristische Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, gewaltsam einen Gottesstaat nach ihrer extremistischen Auslegung des Islam zu errichten. Die Gruppe wurde 2003 im Irak gegründet und hat seitdem große Teile Syriens und des Iraks erobert. Es handelt sich beim IS um eine islamistische Gruppierung, die den Islam für ihre Zwecke instrumentalisiert. Die überwältigende Mehrheit der Muslime distanziert sich entschieden von der Ideologie und den Taten des IS. Der IS stellt keineswegs den Islam als Religion dar, sondern vielmehr eine extremistische und pervertierte Interpretation desselben. Der IS ist für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich, darunter die Anschläge in Paris 2015 und Berlin 2016. Ein weiteres Akronym für den IS ist Daesh, was für „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ steht. Dieser Begriff wird von der IS-Miliz selbst abgelehnt. Dennoch verwenden ihn manche, um klarzumachen, dass man dem IS die Legitimität als Staat oder Vertreter des Islam abspricht.

71922-152

Globale Terrorismusbekämpfung → M35

Die globale Terrorismusbekämpfung umfasst alle Maßnahmen, die auf die Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismus auf internationaler Ebene abzielen. Dazu gehören unter anderem die Zusammenarbeit zwischen Staaten, die Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Terrorpropaganda.

Einige beispielhafte Strategien der globalen Terrorismusbekämpfung sind:

- Verbesserter Informationsaustausch zwischen Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder, um potenzielle Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und zu vereiteln.
- Unterbindung von Geldflüssen an terroristische Organisationen durch verstärkte Kontrollen des internationalen Finanzsystems und gezielte Sanktionen gegen Unterstützer.
- Präventionsprogramme und Deradikalisierungsmaßnahmen, um der Rekrutierung neuer Terroristen entgegenzuwirken und die Resozialisierung ehemaliger Anhänger zu fördern.

71922-154

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Warum ist Terrorismusprävention eine schwierige und hoch komplexe Aufgabe?
M34-M36

Die effektive Bekämpfung von Terrorismus stellt eine immense Herausforderung dar, unabhängig davon, ob es sich um stochastischen oder global organisierten Terrorismus handelt. Die Gründe dafür sind vielfältig: Viele Terroristen agieren heutzutage autonom und haben keine direkte Verbindung zu einer zentralen Organisation, sondern werden lediglich von der Ideologie und Propaganda extremistischer Gruppen inspiriert. Diese dezentrale Struktur erschwert die Identifizierung und Verfolgung der Täter erheblich, da traditionelle Überwachungsmethoden oft ins Leere laufen. Zudem erfolgen Terroranschläge häufig spontan und unvorhersehbar, wobei die Täter ihre Ziele willkürlich auswählen und leicht zugängliche Waffen und Mittel nutzen. Dies macht es extrem schwierig, Anschläge im Voraus zu verhindern, da Sicherheitskräfte praktisch überall und jederzeit präsent sein müssten. Eine weitere Herausforderung für Ermittler besteht darin, nach einem Anschlag die Hintergründe aufzudecken, wie etwa die Verbindungen des Täters zu extremistischen Gruppen und den Ort seiner Radikalisierung. Ohne diese Erkenntnisse ist es schwer, Strukturen zu zerschlagen und weitere Taten zu verhindern.
Um Terrorismus an der Wurzel zu bekämpfen, ist die Prävention von Radikalisierung unerlässlich. Dies erfordert die Zusammenarbeit vieler gesellschaftlicher Akteure, um extremistischer Propaganda konsequent entgegenzuwirken. Trotz dieser Herausforderungen konnten in den letzten Jahren auch Erfolge erzielt werden, insbesondere durch die internationale Zusammenarbeit, wie sie zum Beispiel im Global Counterterrorism Forum (GCTF) stattfindet. Der Austausch von Informationen und bewährten Vorgehensweisen zwischen Staaten ermöglicht eine bessere Verfolgung von Terroristen und die Verhinderung von Anschlägen. Letztendlich bleibt der Kampf gegen den Terrorismus eine gewaltige Aufgabe, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Neben repressiven Maßnahmen bedarf es vor allem der Prävention, um den Nährboden für Radikalisierung zu beseitigen, wobei internationale Initiativen wie das GCTF einen wichtigen Beitrag leisten.

Warum ist es wichtig, die Motivation von Terroristen zu verstehen und diese nicht ausschließlich als „böse“ zu betrachten?
M35

Die alleinige Betrachtung von Terroristinnen und Terroristen als „böse“ oder „irrational“ greift zu kurz und verhindert ein tiefgreifendes Verständnis der komplexen Ursachen des Terrorismus. Die Untersuchung der Motivationen von Terroristen ist wichtig, um die Faktoren zu verstehen, die Menschen dazu treiben, sich zu radikalisieren und Gewalt anzuwenden.
Das Wissen über die Motivationen von Terroristinnen und Terroristen kann bei der Entwicklung von Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen helfen. Die Einsicht in die Hintergründe und die Not der Täterinnen und Täter kann zu mehr Mitgefühl und Empathie führen, auch wenn ihre Taten niemals gebilligt werden können. Die Motivation von Terroristinnen und Terroristen ist meist komplex und vielschichtig. Sie kann durch politische, soziale, wirtschaftliche oder psychologische Faktoren beeinflusst sein. Die Untersuchung der Motivation von Terroristinnen und Terroristen rechtfertigt ihre Taten in keinster Weise. Es geht darum, die komplexen Ursachen des Terrorismus zu verstehen, um effektive Strategien zur Bekämpfung zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit den Motiven von Terroristinnen und Terroristen ist ein wichtiger Schritt, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und eine friedlichere Welt zu gestalten.

ISBN 978-3-661-71922-1

Zeitenwende
Bezieht sich auf die Aussage des Bundeskanzlers Olaf Scholz nach dem Begrinn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022. Scholz betonte somit, dass der Angriff Russlands eine fundamentale Veränderung der Sicherheitsordnung und Geopolitik in Europa markiert.

1.7 Die Bundeswehr als Teil der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik

Zum Thema: Als die Bundeswehr 1955 gegründet wurde, versprach der damalige Verteidigungsminister Theodor Blank in seiner Rede anlässlich der Vereidigung der ersten Rekruten: „Jeder Tag wird uns ein Stück weiter führen auf dem Wege, an dessen Ende als Ziel, ein gesichertes, in Frieden und Freiheit geeintes Europa, steht." Gilt dieses Ziel auch heute noch, wie hat die Bundeswehr ihre Aufgabe bisher erfüllt und welche neuen Herausforderungen stehen ihr, nicht zuletzt seit der „Zeitenwende" 2022, bevor?

M37 Einsatz für den Frieden?

Werbeplakat der Bundeswehr an der Wand des Verteidigungsministeriums in Berlin

Einstiegsaufgabe 71912-123

Erläutern Sie die Aussage des Plakats **M37** und geben Sie Ihre persönliche Meinung dazu ab (→ **PUB** 1 + 2).

M38 Die Bundeswehr: eine Parlamentsarmee

1 Welche Vorgaben zur Bundeswehr stehen im Grundgesetz?

Artikel 26	(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.
Artikel 45a	(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung [...] Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes [...]einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.
Artikel 65a	(1) Der Bundesminister für Verteidigung hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte.
Artikel 87a	(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben. (1a) Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen für die Bundeswehr mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. [= Grundgesetzänderung am 27. April 2022]

Artikel 115a	(1) Die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates. Die Feststellung erfolgt auf Antrag der Bundesregierung und bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.
Artikel 115b	Mit der Verkündung des Verteidigungsfalles geht die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler über.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82) vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478)

Parlamentsbeteiligungsgesetz
Seit 2005 regelt dieses, inwieweit der Bundestag bei einem bewaffneten Auslandseinsatz zustimmen muss.

2 Wer beauftragt und kontrolliert die Bundeswehr?

Bearbeitergrafik

M39 Welche Aufgaben hat die Bundeswehr?

1 Aufgaben der Bundeswehr in Bildern

Bundeswehrsoldaten arbeiten während der Corona-Pandemie in Gesundheitsämtern (2020).

Bundeswehrsoldat beim Einsatz im Hochwassergebiet im Ahrtal (2021)

ISBN 978-3-661-71922-1

Übung eines gemeinsamen Einsatzes von Bundeswehr und Polizei

Bundeswehrsoldaten während ihres Einsatzes bei der UNIFIL-Mission (United Nations Interim Force in Lebanon) vor der libanesischen Küste

2 Aufgaben der Bundeswehr im Grundgesetz

Art. 24 GG	(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.
Art. 35 GG	(2) […] Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.
Art. 87a GG	(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt. (4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung […] Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82) vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478)

M40 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu „out of area"-Einsätzen der Bundeswehr

Nach innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob das Grundgesetz Auslandseinsätze der Bundeswehr zulasse, traf das Bundesverfassungsgericht nach Anrufung durch FDP und SPD 1994 folgendes Urteil:

Das Bundesverfassungsgericht – Zweiter Senat – hat im Organstreitverfahren entschieden, dass die Bundesrepublik Deutschland sich mit deutschen Streitkräften an einem Einsatz im Rahmen von Aktionen der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und der Westeuropäischen Union (WEU) zur Umsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNO) beteiligen darf. Gleiches gelte für eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an von den Vereinten Nationen aufgestellten Friedenstruppen. Allerdings verpflichte das Grundgesetz die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. […]

Nach Art. 24 Abs. 2 GG kann sich der Bund zur Wahrung des Friedens einem System

gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen und dabei in Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen. Das Bundesverfassungsgericht sieht in dieser Ermächtigung des Grundgesetzes auch die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Übernahme der Aufgaben, die typischerweise mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System gegenseitiger kollektiver Sicherheit verbunden sind. Deshalb dürfen deutsche Soldaten im Rahmen von UN-Friedenstruppen eingesetzt werden, auch wenn diese das Mandat zur Wahrnehmung von Zwangsmaßnahmen haben. […] Deutsche Soldaten dürften auch in NATO-Verbände integriert werden, die im Rahmen einer Aktion der Vereinten Nationen eingesetzt werden. Dies sei von der Zustimmung des Gesetzgebers zum Beitritt zur NATO und zur Charta der Vereinten Nationen umfasst.

Allerdings erkennt das Gericht nach eingehender Analyse der Aussagen des Grundgesetzes zur Stellung der Streitkräfte im Verfassungssystem eine Verpflichtung der Bundesregierung, für jeden Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Diese Zustimmung müsse grundsätzlich vor dem Einsatz erteilt werden. Der Bundestag habe über Einsätze bewaffneter Streitkräfte mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Liege ein solcher Parlamentsbeschluss vor, so falle die Entscheidung über die Modalitäten des Einsatzes, insbesondere über dessen Umfang und Dauer sowie über die notwendige Koordination in und mit Organen internationaler Organisationen in die Zuständigkeit der Regierung. Im Rahmen dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben sei es Sache des Gesetzgebers, die Form und das Ausmaß der parlamentarischen Mitwirkung näher auszugestalten.

© Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 29/1994 vom 12. Juli 1994. In: www.bundesverfassungsgericht.de, Abruf am 12.10.2023

M41 Wie hat sich die Bundeswehr gewandelt?

1 Wie viele Soldatinnen und Soldaten dienen in der Bundeswehr?

Entwicklung der Anzahl der Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr (Stand: 2024)

73000-662

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Statista, Bundeswehr (Datenerhebung: 1959 bis 2023; Grafikerstellung: 2024)

2 Die Geschichte der Bundeswehr in Bildern

Auf der Homepage der Bundeswehr findet sich eine Bildergalerie zu ihrer Geschichte. Daraus stammen die folgenden Abbildungen:

1955: Neue Rekruten der Bundeswehr räumen auf der Stube ihre Spinde ein. Am 12. November 1955 ernennt Theodor Blank, erster Bundesminister für Verteidigung, die ersten 101 Freiwilligen der neuen Truppe. Im März 1956 erhält die Armee den Namen „Bundeswehr“.

1982: In der damaligen Hauptstadt Bonn findet anlässlich eines NATO-Gipfels eine Friedensdemonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von Atomraketen in Westeuropa statt. Auch Soldaten der Bundeswehr nehmen teil.

1992-93: Der Sanitätsdienst der Bundeswehr nimmt an den UN-Friedensmissionen UNAMIC und UNTAC in Kambodscha teil. Der Einsatz gilt als die erste sanitätsdienstliche Kooperation der Bundeswehr mit den Vereinten Nationen.

2002: Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York am 11.09.2021 beteiligt sich die Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan. Insgesamt waren 93.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. 59 deutsche Soldaten ließen dort ihr Leben, davon 35 durch Fremdeinwirkung.

ISBN 978-3-661-71922-1

3 Bundeskanzler Scholz zur Bundeswehrtagung am 16.09.2022 in Berlin (Auszug)

Zu einer strategischen Bestandsaufnahme gehört eine ungeschönte Analyse der Ausgangslage. Ich habe Russlands Krieg als Zeitenwende beschrieben, weil er weit über das hinausgeht, was wir an Kriegen und Konflikten seit Ende des Kalten Kriegs in und um Europa erlebt haben. […]

Ein früherer deutscher Verteidigungsminister wähnte uns nur noch „von Freunden umzingelt". Zur Wahrheit gehört: Politik, Wirtschaft und große Teile der Gesellschaft haben ihm diese These nur allzu gern geglaubt und weitreichende Konsequenzen daraus gezogen – falsche Konsequenzen, wie wir heute wissen, besonders wenn wir auf den Zustand der Bundeswehr schauen. […] Lange Zeit hat unser Land, und das schließt die Politik ausdrücklich ein, eine echte Priorisierung der Aufgaben der Bundeswehr vermieden. Brunnen bohren, humanitäre Hilfe absichern, Fluten eindämmen, in Pandemiezeiten beim Impfen helfen – all das kann eine gute Armee wie die Bundeswehr. Unser Land weiß das auch sehr zu schätzen, gerade in jüngster Zeit. Darin besteht aber nicht ihr Kernauftrag. Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Verteidigung der Freiheit in Europa, oder etwas weniger lyrisch ausgedrückt: die Landes- und Bündnisverteidigung. Alles andere leitet sich aus diesem Auftrag ab. Alle anderen Aufgaben haben sich diesem Auftrag unterzuordnen. Als bevölkerungsreichste Nation mit der größten Wirtschaftskraft und Land in der Mitte des Kontinents muss unsere Armee zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa werden, zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa. Das ist das Ziel, und dass unsere europäischen Freunde und Partner dieses Ziel nicht als Bedrohung empfinden, sondern im Gegenteil als Zusicherung und Versprechen, sollte uns Ansporn sein. Deutschlands Bereitschaft, an entscheidender Stelle dazu beizutragen, habe ich eben skizziert.

Auch die Europäische Union hat sich mit ihrem Strategischen Kompass klarer und geschlossener aufgestellt. Daraus ergibt sich für mich eine Arbeitsteilung, mit der wir Europas Sicherheit auf Dauer stärken. Die NATO bleibt zuständig für die kollektive Verteidigung des gesamten Bündnisgebietes mit Schwerpunkt Europa. Glaubhafte Abschreckung bleibt dabei das Kernelement. Wir Europäer aber müssen innerhalb der NATO deutlich mehr Verantwortung übernehmen. Dass mit Finnland und Schweden bald zwei europäische Staaten der NATO beitreten, die über moderne und fähige Armeen verfügen, ist also hochwillkommen. […]

Meine Damen und Herren, Zeitenwende, das heißt, Abschied zu nehmen von alten Gewissheiten. Das heißt, umzudenken, auch strategisch. Innerhalb der NATO haben wir das beim Gipfel in Madrid und mit dem neuen Strategischen Konzept getan. Unsere Kampfkraft und Einsatzbereitschaft werden deutlich erhöht. Die östliche Flanke wird gestärkt. […] Nicht nur in der NATO und der EU haben wir uns strategisch neu aufgestellt. Auch national arbeiten wir daran. […] Und klar ist: Unsere Nationale Sicherheitsstrategie wird die Lektionen der Zeitenwende berücksichtigen, Landes- und Bündnisverteidigung first, sozusagen. […] Wir sind gerade dabei, das Fundament zu legen für eine neue Bundeswehr, und wir alle wissen: Fakten entfalten normative Kraft. Aber wir wissen auch, dass noch etwas Entscheidendes hinzukommen muss: Ein verändertes Denken, und zwar auf allen Ebenen in der Bundeswehr, gepaart mit Zutrauen und Risikobereitschaft. Ohne Sie ist das beste Material nichts!

© Bundesregierung: Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022. In: www.bundesregierung.de, Abruf am 12.10.2023

ISBN 978-3-661-71922-1

M42 Einsätze und Missionen der Bundeswehr

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Bundeswehr (Datenerhebung: 2024; Grafikerstellung: 2024)

Aufgaben

71912-124

1. a) Erläutern Sie, warum im Zusammenhang mit der Bundeswehr von einer Parlamentsarmee gesprochen wird (**M38**).
   b) Skizzieren Sie auf Basis von **M38** 1 die demokratische Legitimationskette der Bundeswehr.
2. Erläutern Sie die Aufgaben der Bundeswehr, indem Sie die Abbildungen **M39** 1 mit den entsprechenden Artikeln im Grundgesetz (**M39** 2) in Beziehung setzen.
3. Diskutieren Sie im Kurs: „Die Bundeswehr sollte weiterhin nur in Ausnahmefällen im Inland eingesetzt werden." (→ **PUB** 3)
4. a) Arbeiten Sie die grundsätzliche Problematik des Einsatzes der Bundeswehr im Ausland heraus (**M40**).
   b) Fassen Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in eigenen Worten zusammen.

Einsätze der Bundeswehr

71912-107

5. Erarbeiten Sie den Wandel der Bundeswehr von 1955 bis heute (**M41**) und erwägen Sie mögliche Gründe dafür.
6. Recherchieren Sie arbeitsteilig zu den aktuellen Einsätzen der Bundeswehr (Partner, Ziele, Maßnahmen, Erfolge, Probleme) und stellen Sie Ihre Ergebnisse im Kurs vor (**M42**).
7. Optional: Klären Sie mit Ihrer Lehrkraft und der Schulleitung, ob es möglich ist, einen Offizier der Bundeswehr für einen Vortrag in die Schule einzuladen. Nutzen Sie dazu die Methode auf der nächsen Seite.

METHODE

Eine Expertenbefragung durchführen

Ziel einer Expertenbefragung ist es, genauere Kenntnisse über ein Problem zu erhalten, zu dem die Grundlagen schon erarbeitet worden sind, und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, an denen andere schon gearbeitet haben bzw. Erfahrungen sammeln konnten. Ohne Vorinformationen macht eine Expertenbefragung aber keinen Sinn. Sie kann also immer erst nach der Recherche (z. B. Fachliteratur oder Internet) erfolgen.

1 Vorabinformation

Bevor diese konkret werden kann, müssen einige grundsätzliche (Leit-)Fragen geklärt werden. z. B.:

- Zu welchem Problemfeld / Thema sollen zusätzliche Informationen oder Beurteilungen eingeholt werden?
- Welche Informationen sind schon vorhanden? Muss noch weiter recherchiert werden?
- Welche Fragen aus dem Problembereich gibt es die Expertin oder den Experten?
- Welche Expertin oder welcher Experte ist für die Fragestellung geeignet? Was ist von ihr oder ihm zu unserem Thema erwarten? Wo liegen die Schwerpunkte ihrer oder seiner Arbeit? Vertritt sie oder er bestimmte Interessen? (Ist sie oder er parteiisch?)

2 Vorbereitung

Auch für die konkrete Phase der Vorbereitung der Expertenbefragung müssen einige Fragen beantwortet werden:

- Wie soll die Befragung strukturiert werden? [...]
- Konkrete Fragen sollten am besten vorformuliert werden.
- Wer stellt die Fragen?
- Wo wird die Befragung durchgeführt? (Wie ist die Sitzordnung?)
- Wie soll die Befragung aufgezeichnet werden? (Video, Tonband, Mitschrift)
- Vor allem wenn Video- oder Tonbandmitschnitte geplant sind, ist es sinnvoll, eine Testbefragung durchzuführen (simulieren), um sicher zu stellen, dass die Technik auch das gewünschte Ergebnis liefert.

ISBN 978-3-661-71922-1

METHODE

Formulierungshilfen zu Schritt 3

71912-108

3 Durchführung

- Kontaktaufnahme: Dies ist der erste Schritt und sollte persönlich erfolgen. Man begrüßt den Gast und man stellt sich vor. Ziele und Ablauf der Befragung werden offengelegt, um die Gesprächspartnerin oder den -partner zu motivieren. Voranfragen erfolgen dagegen in der Regel telefonisch oder schriftlich.
- Eröffnungsfragen führen zum Thema hin, Informationsfragen legen die Grundlage für das Gespräch, Sondierungsfragen führen in die Einschätzungsphase. Ratsam ist das Stellen offener Fragen, da die oder der Befragte dabei ausführlich antworten kann.
- Bewertungsfragen stehen am Ende des Gesprächs. Hier geht es in die Bewertung des Problems und um das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten: „Wie beurteilen Sie den Vorschlag ...?“, „Welche Vorschläge haben Sie zu machen?“
- Stellen Sie auch (und ganz besonders) bei kritischen Aspekten sachliche Nachfragen.
- Dank: Am Ende sollte man nicht vergessen, sich für das Gespräch zu bedanken. Ist eine Veröffentlichung geplant (z. B. in der Schülerzeitung), muss das Gespräch autorisiert werden.

4 Auswertung

Zielsetzung der Befragung, Leitfaden, Ergebnisse müssen nun zusammengefasst werden. Man kann dabei nach folgenden Kriterien vorgehen:

- Beschreiben: Ziele, Rahmenbedingungen, Inhalt
- Untersuchen: Sind alle Sachverhalte beantwortet worden? Sind einige offengeblieben? Ist die oder der Befragte einigen Fragen bewusst ausgewichen?
- Beurteilen: Welchen Aussagewert hat die Expertenbefragung? (Welche Ansätze/Interessen wurden vertreten? War er zu einseitig? Sollte man eine weitere Expertenbefragung durchführen, um andere Ansätze genauso beurteilen zu können?)

Nach: LEU (Hrsg.) (1999): Seminarkursbuch. H-99/14, S. 53, 1999, Stuttgart und Mehrmann, Elisabeth (1995): Vom Konzept zum Interview, Düsseldorf 1995

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Wehrpflicht
Die Wehrpflicht wurde 1956 nach dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschlands in die NATO und der Gründung der Bundeswehr 1955 eingeführt. Sie galt für alle Männer ab 18 Jahren. Für diejenigen, die den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen ablehnten, wurde 1968 der Zivildienst geschaffen. Aufgrund des grundlegenden Wandels der weltpolitischen Lage beschloss die Bundesregierung 2011 eine Aussetzung der Wehrpflicht und führte stattdessen einen freiwilligen Wehrdienst für Männer und Frauen ein. Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022 wird die Wehrpflicht aktuell in der Politik wieder diskutiert. Zentrales Thema ist dabei auch, inwiefern eine Wehrpflicht heutzutage auch Frauen betreffen sollte.

71912-145

Wehretat → M38
Der Verteidigungshaushalt, der wie der gesamte Staatshaushalt vom Bundestag beschlossen wird, legt jedes Jahr fest, wie hoch die Ausgaben für Personal, Ausrüstung und Betrieb der Bundeswehr sein dürfen. Im Jahr 2022 erhielt der Verteidigungshaushalt angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine im Rahmen der „Zeitenwende" ein einmaliges Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zugesprochen.

71912-147

Parlamentsarmee → M38, M40
Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das bedeutet, die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter haben die Kontrolle über die Streitkräfte. Neben der Bewilligung des Wehretats durch das Parlament zeigt sich dies außerdem dadurch, dass es einen Verteidigungsausschuss im Bundestag sowie einen vom Bundestag ernannten Wehrbeauftragten gibt, an den sich die Soldatinnen und Soldaten mit ihren persönlichen Anliegen wenden können. Zudem müssen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr, sogenannte „out-of-area"-Einsätze, nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 vom Bundestag beschlossen werden. Details zu den Aufgaben und Vorgaben der Bundeswehr finden sich im Grundgesetz, u. a. in den Artikeln 24, 26, 35, 45a, 65a, 87a, 115a und b GG.

71912-148

Aufgaben der Bundeswehr → M39
Das sogenannte „Weißbuch" ist das oberste sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagendokument Deutschlands und wird von der Bundesregierung (zuletzt 2016) herausgegeben. Dort sind die Grundzüge und Ziele deutscher Sicherheitspolitik formuliert. Folgende Aufgaben für die Bundeswehr sind darin festgelegt:

- Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und der EU
- Internationales Krisenmanagement einschließlich aktiver militärischer und zivil-militärischer Beiträge
- Heimatschutz, nationale Krisen- und Risikovorsorge und subsidiäre Unterstützungsleistungen in Deutschland
- Partnerschaft und Kooperation auch über EU und NATO hinaus
- Humanitäre Not- und Katastrophenhilfe, um einen Beitrag zur Übernahme von Verantwortung für die Bewältigung humanitärer Herausforderungen zu leisten
- Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cybersicherheit
- Unterstützungsleistungen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologiefeldern
- alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes im Inland

71912-149

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Wie verlief die Entwicklung der Bundeswehr seit ihrer Gründung?
M41

Nachdem die Bundesrepublik aufgrund der Folgen des Zweiten Weltkriegs zunächst kein Militär gehabt hatte, nahmen im Zuge der zunehmenden Spannungen im Kalten Krieges zwischen Ost und West politische Pläne zur Aufstellung einer bundesdeutschen Armee bald konkrete Züge an. 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis der NATO aufgenommen und stellte zunächst eine Freiwilligenarmee auf, ehe der Bundestag ein Jahr später die Einführung der Wehrpflicht beschloss. In Anlehnung an die „Reichswehr" der Weimarer Republik wurde die Armee „Bundeswehr" genannt. Laut Grundgesetz untersteht diese einer politischen Führung (Kanzler, Verteidigungsminister und Parlament) und ist eine reine Verteidigungsarmee, weshalb die Vorbereitung oder das Führen eines Angriffskriegs strafbar und verfassungswidrig sind.
1960 fand der erste Auslandseinsatz von Bundeswehrsoldaten statt; allerdings bestand er nicht aus Kampfhandlungen, sondern aus Hilfsmaßnahmen nach einem Erdbeben in Marokko. Bis 2010 brachen Hilfstruppen der Bundeswehr zu mehr als 100 Einsätzen ins Ausland bei Naturkatastrophen, Hungersnöten oder Großbränden. Aber auch im Inland wurde die Bundeswehr in Katastrophenfällen eingesetzt, etwa bei einer großen Sturmflut in Hamburg (1962) oder bei Hochwasser an der Elbe (2002) und im Ahrtal (2022).

Was hat sich für die Rolle der Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges geändert?
M41, M42

Nach der Wiedervereinigung wähnte sich Deutschland, wie auch seine Bündnispartner, kurzzeitig in einer Phase weltweiten Friedens, die militärische Abrüstung plausibel erscheinen ließ. Doch im Zuge neuer internationaler Krisen und Kriege, etwa auf dem Balkan, wurde von Seiten seiner Bündnispartner bald mehr Engagement erwartet, darunter auch die Beteiligung militärische Eingreiftruppe bei internationalen Einsätzen. Mit Blick auf die historische Verantwortung wurde dies in Deutschland lange Zeit sehr kontrovers diskutiert und die Bundeswehr nur zur indirekten Unterstützung der Bündnispartner in Krisengebieten, etwa in der Golfregion, entsandt. Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 sind derartige Einsätze außerhalb der Landes- und Bündnisgrenzen im Rahmen eines Militärbündnisses möglich, wenn der Bundestag diesen zustimmt.
Aufgrund zunehmender internationaler Herausforderungen und Krisen, v. a. seit der Ausrufung des NATO-Bündnisfalles nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, geriet die ursprüngliche Kernaufgabe der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung, immer mehr in den Hintergrund. Im Zuge einer grundlegenden Reform der Bundeswehr wurde daher im Jahr 2011die Bundeswehr zu einer Berufsarmee umgebaut. Gleichzeitig erfolgte eine Neudefinition des Auftrags der Bundeswehr: Neben der Landesverteidigung sollte sie künftig internationaler ausgerichtet sein und in Krisenregionen Konflikte verhüten und lösen.

Welchen aktuellen Aufgaben und Herausforderungen muss sich die Bundeswehr stellen?
M41 3

Mit der Besetzung der Halbinsel Krim durch russische Truppen 2014 und zunehmende Cyber-Gefahren veränderte sich die globale Sicherheitslage grundlegend. Dadurch ist die Landes- und Bündnisverteidigung wieder stärker ins Zentrum der deutschen Sicherheitspolitik und damit auch der Bundeswehr gerückt. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022, der gemeinhin als „Zeitenwende" empfunden wurde, verdeutlichte die Notwendigkeit und Bedeutung einer modernen, finanziell gut ausgestatteten und mit leistungsfähigen Waffen ausgerüsteten, jederzeit einsetzbaren Armee, die sich gegen Angriffe jeder Art zu verteidigen weiß.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.8 Deutsche Waffenexporte: Frieden schaffen mit Waffen?

eA

Zum Thema: Die Leitlinie deutscher Außenpolitik ist die Verantwortung gegenüber dem Zivilisationsbruch des Holocaust und den Kriegsverbrechen Deutschland in der NS-Zeit. Ob dies eine Kultur der Zurückhaltung oder mehr aktives Engagement – zur Not auch militärisch – zur Folge hat ist heute mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine prägend für die Debatte über deutsche Außenpolitik.

M43 Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrpanzer „Gepard" der Bundeswehr für die Ukraine: Wie soll Deutschland reagieren?

An den Bundeskanzler richteten sich im Frühjahr 2022 zwei „Offene Briefe" zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesregierung, Waffen an die Ukraine zu liefern, damit diese sich gegen den Angriff Russlands verteidigen kann.

1 **28 Intellektuelle und Künstlerinnen und Künstler um Alice Schwarzer schreiben einen Offenen Brief an Kanzler Scholz:**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, 29.04.2022
wir begrüßen, dass Sie bisher so genau die Risiken bedacht hatten: das Risiko der Ausbreitung des Krieges innerhalb der Ukraine; das Risiko eines 3. Weltkrieges. Wir hoffen darum, dass Sie sich auf Ihre ursprüngliche Position besinnen und nicht, weder direkt noch indirekt, weitere schwere Waffen an die Ukraine liefern. Wir bitten Sie im Gegenteil dringlich, alles dazu beizutragen, dass es so schnell wie möglich zu einem Waffenstilland kommen kann; zu einem Kompromiss, den beiden Seiten akzeptieren können.

Der offene Brief an Kanzler Scholz. In: www.emma.de, 29.04.2022

2 [redacted]

Urheberrechte noch in Klärung

Einstiegsaufgaben

71912-180

1. Entscheiden Sie spontan: Welchem der beiden Briefe geben Sie eher recht?
2. Vergleichen und diskutieren Sie Ihre Antworten aus Ihrer eigenen Position heraus.

M44 Was sind die normativen Grundlagen deutscher Außenpolitik und von Waffenlieferungen?

Grundgesetz

- Frieden als zentrale Verfassungsbestimmung (Präambel GG)
- Betonung der internationalen Zusammenarbeit im Sinne eines kooperativen Internationalismus (Art. 24 GG)
- Der Bund kann sich […] einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen (Art. 24 GG)
- Wahrung des Völkerrechts (Art. 25 GG)
- Achtung und Schutz der Menschenrechte (Art. 1 GG)
- Verbot der Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges (Art. 26 GG)

Gesetze

- Das Kriegswaffenkontrollgesetz erlaubt die Herstellung von zur Kriegsführung bestimmten Waffen nur mit der Genehmigung der Bundesregierung
- Wer einen Angriffskrieg führt, plant oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach einer offenkundigen Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft (aus dem § 13 des VStGB)

Völkerrechtliche Verträge

Im sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sich Deutschland 1990 dazu verpflichtet, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgeht und das vereinte Deutschland nur Waffen in Übereinstimmung mit der UN-Charta einsetzt.

Bearbeiter

M45 Rüstungsexporste: Welche Rolle spielen Menschenrechte und das Völkerrecht?

Prof. Dr. Friedrich Lohmann (*1964) hat seit 2011 den Lehrstuhl für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt Angewandte Ethik an der Universität der Bundeswehr München inne.

1 Sollte die Bundesrepublik die Menschen in der Ukraine unterstützen?

Am 21. Februar 2024, anlässlich des zweiten Jahrestags des groß angelegten Einmarschs russischer Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine, erschien […] das neue Friedenswort der deutschen Bischöfe. Zu seinen vielen bemerkenswerten Passagen gehören Überlegungen, die sich mit der moralischen Legitimation des Einsatzes militärischer Gewalt zur Selbstverteidigung beschäftigen. Auch wenn die Ukraine und die Frage von Waffenlieferungen an sie in den folgenden Zeilen nicht genannt werden, ist der konkrete Bezug unschwer zu erkennen: „Hieraus folgt weiterhin, dass die Notsituation einer angegriffenen Person, Gemeinschaft oder Gesellschaft nicht nur das Recht auf Selbstverteidigung begründet, sondern dass aus ihr auch eine Hilfepflicht für Dritte erwachsen kann, gerade wenn die angegriffene Partei nicht in der Lage ist, sich selbst in angemessener Form zu wehren […]". [D]ie Bedingung des „Könnens" ist zweifellos gegeben. Deutschland ist einer der größten Rüstungsproduzenten und -exporteure der Welt. Die Bundesregierung hat auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten, zusätzliche Verträge mit der heimischen Industrie zu schließen oder Waffen aus anderen Staaten zu beschaffen, um damit die Ukraine zu unterstützen. […] Es geht für die Ukraine darum, weitere Verluste an Menschen, an ziviler Infrastruktur und an Territorium zu verhindern. […] Wer an einem Schutz der ukrainischen Zivilbevölkerung und einem vorläufigen „Einfrieren" der Front als erstem Schritt auf dem Weg zu einem möglichst gerechten Verhandlungsfrieden interessiert ist, muss […] Waffenlieferungen befürworten, bei denen Luftverteidigung zum Zivilschutz und weit reichende Artillerie zur Beeinträchtigung der russischen Nachschublinien im Vordergrund stehen. […]. Das Prinzip der Gewaltminimierung widerspricht dem nicht. Gewaltminimierung

heißt in diesem Konflikt: Stoppen der russischen Aggression, und dazu sind nach der weitgehenden Zerstörung der eigenen Rüstungsproduktion der Ukraine Waffenlieferungen der Verbündeten notwendig. […] Ein ganz wesentliches Recht der Ukrainerinnen und Ukrainer ist der Schutz vor der völkerrechtswidrigen Gewalt des russischen militärischen Apparats. Die Pflicht zur Gewaltminimierung und die Beistandspflicht gehen in diesem Fall eine Synthese ein. Jenseits der Beistandspflicht ist zusätzlich auf die wahrscheinlichen gewalteskalatorischen Folgen eines russischen Siegs in der Ukraine hinzuweisen: brutale Unterdrückung der ukrainischen Bürgerrechtsbewegung analog zu Belarus; Ermunterung Russlands und anderer imperialer Mächte zur militärischen Durchsetzung ihrer Interessen; weiterer Zerfall der regelbasierten Weltordnung; Verlust des „Westens" an Glaubwürdigkeit. So paradox das erscheinen mag, ist in der gegebenen Situation die nachhaltige und robuste Lieferung von Waffen an die Ukraine die beste Option, um langfristig eine Gewaltminimierung zu befördern. […]

Lohmann, Friedrich: Waffenlieferungen an die Ukraine – eine Pflicht? In: www.zebis.eu, 21.05.2024

2 Darf die Bundesrepublik die Menschen in der Ukraine unterstützen?

Seit dem 24. Februar [2022] verteidigt sich die Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg. In der Diskussion über Waffenlieferungen an die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an den gelieferten Waffensystemen geht es immer wieder um die Frage, ob Deutschland dadurch auf Seiten der Ukraine zur „Kriegspartei" wird. […] Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten machen Deutschland nicht zur Kriegspartei. Dies zeigt auch die Staatenpraxis. […] Da das Neutralitätsrecht im Falle einer völkerrechtswidrigen Aggression heute nicht mehr zur Anwendung kommt, richten sich die Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und den Kriegsparteien nach dem Friedensvölkerrecht. Dieses erlaubt es den Staaten, im Rahmen ihrer allgemeinen Handlungsfreiheit grundsätzlich Waffen an andere Staaten zu liefern und deren Soldaten an diesen auszubilden. Während Waffenlieferungen an Russland im vorliegenden Fall als Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs rechtswidrig wären, steht einer Unterstützung des Aggressionsopfers rechtlich nichts entgegen. Ganz im Gegenteil. Es handelt sich dabei um Beihilfe zur Ausübung des naturgegebenen Rechts der Ukraine zur individuellen Selbstverteidigung.

Talmon, Stefan: Kriegspartei oder nicht Kriegspartei? Das ist nicht die Frage. In: verfassungsblog.de, 04.05.2022

Prof. Dr. Stefan Talmon (*1965)
ist ein deutsch-britischer Völkerrechtler und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Bonn.

M46 Rüstungsexporte: Militärische Bündnisse – wen muss und darf Deutschland militärisch unterstützen?

1 Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union (EUV)
(7) Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

2 Artikel 5 des Nordatlantikvertrags
Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie

vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

M47 Rüstungsexporte: Profitiert die Wirtschaft vom Krieg?

Zuerst die gute Nachricht: Es gibt sie noch, die Erfolgsgeschichten aus der deutschen Wirtschaft. [...] Die Aktie des Unternehmens Hensoldt aus Taufkirchen bei München zum Beispiel ist seit Februar 2022 von etwa zwölf Euro auf knapp unter 40 Euro gestiegen, der Wert der Firma hat sich also mehr als verdreifacht. Der Kurs des Düsseldorfer Konzerns Rheinmetall kletterte in derselben Zeit von um die 90 Euro auf fast 540 Euro, sechsmal so viel. [...] Und damit zur schlechten Nachricht. Dass es Firmen wie dem Radar- und Sensorhersteller Hensoldt oder dem Panzerbauer Rheinmetall so gut geht, hängt damit zusammen, dass es der Welt so schlecht geht. Damit, dass es immer mehr Kriege auf der Welt gibt, für die immer mehr Waffen gebraucht werden. [...] Auf 2,25 Billionen Euro waren die weltweiten Militärausgaben im vergangenen Jahr angestiegen, und Deutschland rangierte hier nach Ländern wie den USA, China, Russland und Indien mit Ausgaben von 66,8 Milliarden Euro auf dem siebten Platz. [...] „Unsere Systeme retten jeden Tag Leben in der Ukraine", sagt [der Chef von Hensoldt, Oliver] Dörre. Was er sagen will, ist: Wir sind die Guten. So sprechen übrigens jetzt auch andere Rüstungsmanager über sich und ihre Rolle. „Wir helfen der Ukraine im Überlebenskampf", sagte Rheinmetall-Chef Armin Papperger im SZ-Interview zu dem Vorwurf, ein Kriegsgewinnler zu sein. [...]

Als Wirtschaftsminister Robert Habeck vor Kurzem in Kiew war, brachte er einige Rüstungsmanager mit, unter anderem den Chef von Diehl Defence. Das Unternehmen baut das Luftverteidigungssystem Iris-T SLM, mit dem das ukrainische Militär russische Drohnen, Hubschrauber oder Marschflugkörper abfangen kann, bevor sie in Wohngebäude, Schulen und auf Marktplätze krachen und Menschen töten. Dass die Hochleistungsradare von Hensoldt ebenfalls Teil dieser Luftverteidigungssysteme sind, zeigt, wie politisch das Geschäft von Managern wie Dörre ist. Und Habeck? Sagt inzwischen Sätze wie diesen: „Wir müssen auch die Wehrindustrie in Deutschland höher skalieren." [...] dass es für ihn jetzt auch darum gehe, „Rüstungsindustrieminister" zu sein. [...] Hensoldt will allein in diesem Jahr mindestens 800 neue Leute einstellen. Den Umsatz will das Unternehmen alle fünf Jahre verdoppeln – 2030 sollen es mehr als fünf Milliarden Euro sein. Unabhängig davon, wer diesen Krieg am Ende gewinnt: Die Unternehmen haben jetzt schon gewonnen. [...]

Kann man sich darüber freuen, wenn man weiß, warum [die Aktienkurse] steigen? Dörre denkt lange nach, trinkt einen Schluck Mineralwasser, denkt weiter nach. Ja, natürlich freue man sich, wenn man etwas gut mache. Aber mit „Demut", sagt er. Was er aber auch sagt: Dass das jetzt erst einmal so bleiben wird mit der „neuen Bedeutung" der Rüstungsunternehmen. Dass das „kein vorübergehendes Phänomen" sei. Wenn das so ist, dann verrät das nichts Gutes über die weitere Entwicklung dieser Welt.

Fromm, Thomas: Krieg und Gewinn. In: www.sueddeutsche.de, 12.05.2024

M48 Welches militärische Gerät hat Deutschland bisher an die Ukraine geliefert? – eine Auswahl

Landsysteme	Waffen und Systeme	Munition und Betriebsstoffe	Ausrüstung	Ausstattung	Sanitätsmaterial
58 Kampfpanzer Leopard 1 A5 / **18** Kampfpanzer Leopard 2 A6	**2.700** Fliegerfäuste Strela 500 / Fliegerabwehrraketen Stinger	**340.000** Schuss 40-Millimeter-Munition	**103.000** Tourniquet	**36.400** Wolldecken	**655.000** Erste-Hilfe-Kits
120 Schützenpanzer Marder	**3** Luftverteidigungssysteme Patriot	**180.000** Schuss 155-Millimeter-Artilleriemunition	**168** Feldheizgeräte	**14.000** Schlafsäcke	**1.200** Krankenhausbetten
14 Panzerhaubitzen 2000	**4** Luftverteidigungssysteme Iris-T SLM	**54,6** Millionen Schuss Handwaffenmunition	**400** Wärmebildgeräte	**58.000** Gefechtshelme	**500** Stück Wundauflagen zur Blutstillung
52 Flakpanzer Gepard	**3.125** Sturmgewehre MK 556	Kraftstoff Diesel und Benzin	Material für Kampfmittelbeseitigung	**320.000** Rationen Einpersonenpackungen	**67** Kühlschränke für Sanitätsmaterial

Nach: Bundeswehr: Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine. In: www.bundeswehr.de. Stand 19.08.2024, Abruf am 10.09.2024, Auswahl durch Bearbeiter um Bandbreite der gelieferten Materialien darzustellen

Aufgaben

71922-107

1. Erläutern Sie mithilfe von **M44** die politisch-rechtlichen Rahmenbedingen von Waffenlieferungen.
2. Beschreiben Sie, wie die in **M43** und **M44** – **M47** 2 dargestellten Einflussfaktoren bzw. Interessen die Entscheidung der Bundesregierung im Genehmigungsprozess für Rüstungsexporte beeinflussen.
3. In der vollständigen Version des Artikels in **M45** 1 zitiert Prof. Lohmann den Comic Superhelden Spider-Man: „With great power comes great responsibility." Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen diesem Zitat und der Argumentation in Prof. Lohmanns Beitrag.
4. Deutschland ist einer der größten Rüstungsexporteure der Welt und viele große Rüstungsunternehmen stammen aus Deutschland. Diskutieren Sie, ob Sie sich persönlich vorstellen könnten a) Aktien eines Rüstungsunternehmens besitzen, b) bei einem Rüstungsunternehmen als Maschinenführer/in zu arbeiten c) bei einem Rüstungsunternehmen als Entwicklungsingenieur/in zu arbeiten.
5. a) Recherchieren Sie im Internet nach Ihnen unbekannten Begriffen in der Tabelle **M48**.
   b) Überprüfen und begründen Sie mithilfe von **M48**, ob der in den Medien häufig verwendete Begriff „Waffenlieferungen" aus Ihrer Sicht zu kurz greift.
6. Hinterfragen Sie Ihr Urteil aus der Einstiegsaufgabe: Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob Sie die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die Ukraine für richtig halten.

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Deutschland als Rüstungsexporteur:
Deutschland gehört zu den weltweit größten Rüstungsexporteuren. Die deutsche Rüstungsindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig mit einem hohen Exportvolumen.
Die wichtigsten Exportgüter der deutschen Rüstungsgüterindustrie sind:

- Kampfflugzeuge
- Schiffe
- Panzer
- U-Boote
- Elektronische Waffensysteme

Die deutschen Rüstungsexporte gehen in Länder auf der ganzen Welt, wobei die wichtigsten Empfängerländer die USA, Großbritannien, Frankreich und Saudi-Arabien sind.

71922-182

Genehmigungsprozess von Rüstungsexporten in Deutschland:
Der Genehmigungsprozess für Rüstungsexporte in Deutschland ist komplex und beinhaltet mehrere Stellen:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): federführend, prüft wirtschaftliche und außenpolitische Aspekte
- Auswärtiges Amt: prüft außen- und sicherheitspolitische Aspekte
- Bundesministerium der Verteidigung: prüft militärische Aspekte
- Bundessicherheitsrat: entscheidet in Zweifelsfällen

Die Entscheidung über die Genehmigung eines Rüstungsexports wird unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien getroffen, wie z. B.:

- Empfängerland: Menschenrechtslage, politische Stabilität, Verhältnis zu Deutschland
- Verwendungszweck: Art der Rüstungsgüter, Einsatzszenarien,
- Europäische und internationale Rüstungsexportkontrollregelungen

71922-183

Politisch-Rechtliche Rahmenbedingungen von Waffenexporten in Deutschland → M44
Die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen für Waffenexporte aus Deutschland werden maßgeblich durch das Grundgesetz, nationale Gesetze und völkerrechtliche Verträge bestimmt, die den Spielraum für Waffenlieferungen ins Ausland begrenzen. So ist die Wahrung des Friedens eine zentrale Verfassungsbestimmung, die in der Präambel des Grundgesetzes verankert ist. Artikel 24 betont die internationale Zusammenarbeit im Sinne eines kooperativen Internationalismus und ermöglicht die Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Die Wahrung des Völkerrechts (Art. 25 GG) sowie die Achtung und der Schutz der Menschenrechte (Art. 1 GG) sind ebenfalls von großer Bedeutung für die Entscheidung über Waffenexporte. Artikel 26 des Grundgesetzes verbietet die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges. Auf gesetzlicher Ebene erlaubt das Kriegswaffenkontrollgesetz die Herstellung von zur Kriegsführung bestimmten Waffen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundesregierung. Wer einen Angriffskrieg führt, plant oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der UN-Charta darstellt, wird gemäß § 13 des Völkerstrafgesetzbuches mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Darüber hinaus hat sich Deutschland im sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 völkerrechtlich dazu verpflichtet, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgeht und Waffen nur in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen eingesetzt werden, was den Handlungsspielraum für Waffenlieferungen ins Ausland zusätzlich einschränkt.

71922-108

WISSEN IM KONTEXT

Welche Probleme bringen Rüstungsexporte mit sich und welche Interessengruppen müssen berücksichtigt werden?

Rüstungsexporte stellen ein komplexes Feld dar, das von verschiedenen Interessengruppen beeinflusst wird und eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt. Zu den wichtigsten Interessengruppen gehören die Rüstungsindustrie, Menschenrechtsorganisationen, die internationale Gemeinschaft, die Bevölkerung der exportierenden und importierenden Länder sowie die Regierungen dieser Staaten. Die Rüstungsindustrie profitiert wirtschaftlich von Exporten und ist an einer Lockerung der Exportkontrollen interessiert, um ihre Produkte international vermarkten zu können. Menschenrechtsorganisationen hingegen warnen vor den Folgen von Waffenlieferungen in Konfliktgebiete oder an Regime, die Menschenrechte verletzen, und fordern strenge Kontrollen und Transparenz. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch Organisationen wie die Vereinten Nationen oder regionale Bündnisse, hat ein Interesse an der Wahrung des Friedens und der Sicherheit, was durch unkontrollierte Rüstungsexporte untergraben werden kann. Die Bevölkerung in den exportierenden Ländern ist oft gespalten zwischen der Sorge um Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und ethischen Bedenken hinsichtlich der Verwendung der exportierten Waffen. In den importierenden Ländern kann die Bevölkerung je nach politischer und sicherheitspolitischer Lage von den Importen profitieren oder unter ihnen leiden, insbesondere wenn die Waffen zur Unterdrückung eingesetzt werden. Regierungen müssen zwischen wirtschaftlichen Interessen, außenpolitischen Zielen und ethischen Erwägungen abwägen, wobei die Entscheidungen oft von nationalen Sicherheitsinteressen und Bündnisverpflichtungen beeinflusst werden. Die Probleme, die mit Rüstungsexporten einhergehen, umfassen daher nicht nur die direkten Auswirkungen auf Konflikte und Menschenrechtsverletzungen, sondern auch die Herausforderung, eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen und Werten zu finden.

Welche Argumente gibt es für Rüstungsexporte angesichts der aktuellen globalen Situation?

Angesichts der aktuellen globalen Situation, die von Konflikten, nuklearer Bedrohung und Terrorismus geprägt ist, werden Rüstungsexporte von Befürwortern oft als Mittel zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit von Verbündeten und zur Förderung regionaler Stabilität gesehen. Die Argumentation lautet, dass durch die Lieferung von Verteidigungsgütern an Partnerländer deren Sicherheit erhöht und somit ein Beitrag zur Abschreckung potenzieller Aggressoren geleistet wird. Dies kann insbesondere in Regionen, in denen die Gefahr von Konflikteskalation besteht, als präventive Maßnahme verstanden werden. Darüber hinaus wird argumentiert, dass Rüstungsexporte die bilateralen Beziehungen stärken und politischen Einfluss sichern können, indem sie als diplomatisches Instrument zur Unterstützung von Alliierten in strategisch wichtigen Regionen dienen.
Im Kampf gegen den Terrorismus können Rüstungsexporte als Teil einer umfassenderen Sicherheitsstrategie gesehen werden, die darauf abzielt, Verbündete bei der Bekämpfung von Terrorgruppen zu unterstützen. Dies kann durch die Bereitstellung von Waffen, Ausbildung und anderen militärischen Ressourcen erfolgen, um die Fähigkeit der Partnerländer zur Selbstverteidigung und zur Durchführung von Anti-Terror-Operationen zu stärken.

ISBN 978-3-661-71922-1

1.9 Wie kann man sich für Frieden und Sicherheit engagieren?

Zum Thema: Nicht nur in der „großen“ Politik, sondern auch in der Zivilgesellschaft gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich für Frieden und Sicherheit einzusetzen. Das kann im persönlichen Bereich vor Ort erfolgen, aber auch bei einem Einsatz weit weg von zuhause. Welche Möglichkeiten und Wege gibt es dabei grundsätzlich, wie kann konkret geholfen werden und was kann durch dieses Engagement erreicht werden?

M49 Welche Möglichkeiten des zivilen Engagements gibt es?

ZFD-Podcast zum zivilen Engagement

71912-109

Junge Menschen zu Besuch beim Zivilen Friedensdienst in Nordmazedonien

Ostermarsch in München 2022

Infostand von „Schüler*innen Helfen Leben“

Spendenaufruf von „Brot für die Welt“

Einstiegsaufgaben

71912-125

1. Erläutern Sie die in **M49** abgebildeten Methoden und Ziele zivilen Engagements.
2. Tragen Sie möglichst viele Ihnen bekannte zivile Gruppen und Organisationen zusammen, die sich bei ziviler Konfliktbearbeitung engagieren.
3. Stellen Sie Vermutungen über unterschiedliche Phasen des Konflikts an, in denen zivile Konfliktbearbeitung zum Einsatz kommen kann.

M50 Was bedeutet „zivile Konfliktbearbeitung"?

Zur zivilen, also nichtmilitärischen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung gehören anerkannte Regeln und Institutionen, die eine Gewaltanwendung verhindern können. Dies trifft auf Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft genauso zu wie auf ausländische und zwischenstaatliche Konflikte. Weil Konflikte und Kriege in anderen Ländern und Weltregionen immer mehr ins Bewusstsein rücken und auch die Sicherheit in Deutschland und Europa bedrohen, steht die Frage im Vordergrund, mit welchen zivilen Mitteln auf diese Konflikte eingewirkt werden kann. [...]

Die hierzu notwendigen Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung lassen sich unterschiedlichen Konfliktphasen zuordnen. Um die Eskalation eines Konfliktes zu verhindern („Gewaltprävention"), sind zum Beispiel Frühwarnsysteme notwendig, oder es müssen die diplomatischen Beziehungen verstärkt werden. Wenn ein Konflikt bereits eskaliert ist und Gewalt angewendet wird, geht es um die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, um die Verhängung von Sanktionen gegen eine friedensunwillige Partei oder aber auch um humanitäre Hilfe („Konfliktbearbeitung"). Die Beseitigung von Kriegsfolgen, die Hilfe beim Wiederaufbau eines Landes, die Förderung von Versöhnung und Verständigung und der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nach Ende eines gewaltsamen Konfliktes notwendig („Konfliktnachsorge"), um den erneuten Ausbruch von Gewalt zu verhindern.

Viele Nichtregierungsorganisationen haben sich in der „Plattform zivile Konfliktbearbeitung" zusammengeschlossen, um den Druck auf die offizielle Politik zu verstärken, aber auch, um sich eigenständig in Krisenregionen engagieren zu können.

Jäger, Uli: Pocket global. Globalisierung in Stichworten. Braunschweig 2004, S. 140 f.

M51 Wie geht Frieden?

Nach: Plattform für zivile Konfliktbearbeitung/Birckenbach, Hanne M.: Wie geht Frieden? In: https://pzkb.de, Abruf am 17.10.2023

transformieren
hier: umwandeln, umformen, umgestalten

M52 Beispiele ziviler Konfliktbearbeitung

1 Burkina Faso

Bericht über die 19-jährige Jana Gratz, die im Rahmen des internationalen Jugendfreiwilligendienstes (IFJD) in Burkina Faso in Westafrika war.

Chaotisch, bunt und ganz viel Durcheinander – das sind die ersten Eindrücke, die Jana Gratz bei ihrer Ankunft in Burkina Faso gewinnt. Ein paar Stunden zuvor noch tränenreich am Frankfurter Flughafen von Freund*innen und Familie verabschiedet, steht sie nicht einmal einen Tag später in der Hauptstadt Ouagadougou, im westafrikanischen Burkina Faso. 13 Monate plant sie in einer Stadt namens Banfora zu verbringen, 7.129 Kilometer entfernt von daheim, in einem Heim für Mädchen, dem „Foyer Sainte Monique". Und obwohl sie keinen Menschen kennt, ist Jana begeistert: Sie freut sich auf das Abenteuer Friedensdienst.

Als sich die 19-Jährige zwei Tage nach einer Infopräsentation spontan bei der Organisation SoFiA (Soziale Friedensdienste im Ausland) für einen Freiwilligendienst bewirbt, weiß sie nicht, was auf sie zukommt. „Ich dachte damals, es ginge vor allem darum Hilfe zu leisten und etwas zurückzugeben."

Das Bild des aufopferungsvollen Friedensdienstes wurde ihr in den vielen Vorbereitungsseminaren aber schnell genommen, denn das ist nicht Kern der Sache. „Es geht vielmehr um die Begegnung an sich und darum, dass beide Seiten und Kulturen voneinander lernen können." Dennoch hat sie keine Angst, bei der Sache zu wenig für sich selbst mitzunehmen. „Ich fand gerade die Möglichkeit interessant, so lange an einem Ort zu sein, dass ich eine Kultur richtig erleben und Teil von ihr werden kann." Durch die Welt reisen könne sie ja außerdem immer noch, erzählt sie mir.

Heute Mais zur Mühle bringen, morgen kranke Hühner baden und nächste Woche Aufklärungsunterricht in Schulen geben – einen klassischen Alltag gibt es für Jana in Burkina Faso nicht. Schnell ist klar, dass es eben nicht darum geht, von 9 Uhr morgens bis 17 Uhr am Nachmittag „Gutes zu tun", was auch immer das bedeuten soll. Manchmal ist sie mehrere Wochen lang unterwegs, um in verschiedenen Regionen des Landes Schulen einzuweihen und Aufklärungsunterricht zu geben, ansonsten lebt sie überwiegend in der Einrichtung und unterstützt die Mädchen dort. Sie hat sich schnell eingelebt und liebt ihr neues Zuhause. Die Frage, ob sie irgendwas aus Deutschland vermisst, verneint sie sofort. „Höchstens den Käse", fügt sie lachend hinzu.

Am schönsten seien immer die Momente, in denen sie das Gefühl hat, komplett dazuzugehören. An eine Situation erinnert sich die Dienstleistende noch ganz genau: „Wir hatten Besuch aus Deutschland, mit dem ich mich lange unterhalten habe und irgendwann haben die Burkinabé gerufen: „Komm zu uns! Du gehörst doch zu uns! – Das war ein tolles Gefühl!"

Wie Arbeit fühlt sich ihr Leben dort nicht wirklich an, denn ihre Aufgaben sind vielseitig. „Ich habe oft Freunde besucht, die einen Kiosk in der Stadt hatten oder bin zum Tanzunterricht gegangen." Außerdem lernt sie viel Neues, wie das Saiteninstrument Ngoni spielen oder die Regionalsprache Jula sprechen.

Natürlich macht Jana auch unschöne Erfahrungen. Sie engagiert sich zum Beispiel in einem Projekt mit heimatlosen Kindern, die teilweise in alten, leerstehenden Häusern leben, was ihr sehr nahegeht. Zudem macht ihr der Postkolonialismus zu schaffen, den sie hier zu spüren bekommt. „La Blanche!" rufen die Burkinabé, egal, wo sie hinkommt und blicken aufgrund ihrer Hautfarbe zu ihr auf. „Einmal kam ein Mädchen zu mir und meinte, wie schön ich sei und dass sie sich wünsche, auch so auszusehen – sowas ist doch schrecklich!" Sie habe erst in Burkina realisiert, wie viel Arbeit in Sachen Aufklärung und Rassismusbekämpfung noch zu tun ist.

ISBN 978-3-661-71922-1

Generell ist es nicht immer leicht für Jana. Privatsphäre hat sie kaum, denn sobald sie auf die Straße geht, ist sie umringt von Menschen. Alle wollen mit ihr reden und Zeit mit ihr verbringen. Nicht selten hat sie dabei das Gefühl, die Menschen erhoffen sich etwas vom Gespräch mit ihr. Laut Stephan Mertes, Bildungsbeauftragter von SoFiA, sind Janas negative Erfahrungen trotz allem wichtig für einen Freiwilligendienst. Denn sie konnte ihren gewohnten Kontext verlassen, um auf Dinge zu treffen, die sie emotional berühren. So kann eine komplett neue Sicht auf verschiedene Dinge entstehen.

Das ist auch der Grund, warum es zu seinem Job gehört, einmal pro Jahr eine Einsatzstelle direkt vor Ort zu besuchen. So kann er Partnerschaften persönlich pflegen, neue Bekanntschaften machen und einschätzen, ob eine Einrichtung zu SoFiA passt. Denn Ziel des Dienstes sei es, sich auf die entsprechende Kultur vor Ort einzulassen und eine neue Perspektive auf die Dinge für sich zu gewinnen. [...]

Jana [...] blickt auf eine wunderbare Zeit in einem Land zurück, das für sie nun eine zweite Heimat ist.

Jana beim Lernen der Ngoni, einem westafrikanischen Instrument

Klasen, Lena: Burkina Faso – zweite Heimat Afrika. In: www.edit-magazin.de, 26.06.2020

2 Kolumbien

In einer umfangreichen Publikation gibt die Organisation Ziviler Friedensdienst (ZFD) einen Überblick über ihr Tun und stellt weltweite Projekte vor, an denen sie beteiligt ist. Folgender Auszug behandelt ein Projekt in Kolumbien.

Indigene, afrokolumbianische und Mestizen-Gemeinden streiten sich [in der kolumbianischen Region Chocó] um Landrechte. Guerilla und Paramilitärs kämpfen um Gold, Holz und Koka. Im Chocó gibt es kaum jemanden, der nicht vom bewaffneten Konflikt betroffen ist. Bis auf wenige indigene und afrokolumbianische Gemeinden, die sich in Schutzreservate oder abgelegene Gebiete tief in den Regenwald zurückziehen konnten, sind hier alle Menschen Vertriebene im eigenen Land. Es gab Zeiten, in denen die indigenen, afrokolumbianischen und Mestizen-Gemeinden im Chocó friedlich zusammenlebten und sich das verfügbare Land teilten. Heute ist das Konflikt- und Gewaltpotenzial in der Bevölkerung größer denn je.

Im Chocó vermittelt unter anderem der Zivile Friedensdienst (ZFD), um wieder ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Gemeinsam gelang es, die „interethnische Kommission" wieder zum Leben zu erwecken. [...] Die Kommission wurde bereits in den 1980er-Jahren gegründet und nach einer langen Pause vom Bistum Quibdó im Department Chocó wiederbelebt. Und das mit Erfolg: Sie ist seit 2016 wieder ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Alle drei Bevölkerungsgruppen, Indigene, Mestizen und Afrokolumbianerinnen, nehmen daran teil. „Die Stärke der Kommission liegt darin, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen kommen. Sie bringen eine große Schatztruhe voller Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten mit", sagt Padre Albeiro, der die Kommission begleitet.

Die Menschen nutzen die Kommission, um Konflikte und Streitigkeiten zu verhandeln. Sie lernen, Verständnis für die

Mestize
Als Mestizen bezeichnet man die Nachfahren von Europäern und der indigenen Bevölkerung vor allem Lateinamerikas.

ISBN 978-3-661-71922-1

jeweils andere Gruppe zu haben und Vertrauen aufzubauen. Und sind nun in der Lage, ihre Konflikte zu benennen und sich gegenseitig ausreden zu lassen, ohne sich zu provozieren. „Wir geben den Menschen die Gelegenheit, ihre Sorgen und Ängste zu äußern und den Konflikt aus ihrer Sicht zu beschreiben", sagt Michaela Pfister vom ZFD. Die Mitglieder der Kommission konnten sich sogar auf ein gemeinsames Strategiepapier einigen. „Es legt fest, wie sie in Zukunft vorgehen wollen, um Konflikte friedlich beizulegen", erklärt sie.

Streitigkeiten werden nun oft direkt zu Beginn eines Konflikts geklärt, z. B. auch in der Kommissionssitzung. Vor kurzem kam ein Gemeindemitglied des Dorfes „La X" dazu, das schwer unter der Gewalt gelitten hat. Er beklagte sich, dass auf dem Land seines Dorfes mehrmals Indigene der Nachbargemeinde „El 20" gesichtet wurden. Es sähe so aus, als ob sie das Land inspizierten, um sich dort anzusiedeln. Er warnte davor, dass seine Leute zur Not auch mit Macheten gegen die Eindringlinge vorgehen würden. Die Kommission stellte fest, dass die Indigenen tatsächlich an dem Land interessiert waren. Seitdem ihr Dorf von einem Erdrutsch beschädigt wurde, suchten sie Land zur Umsiedlung. Nach vielen Gesprächen, Verhandlungen und Landvermessungen konnte eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden. Es fand sich ein verkäufliches Stück Land ganz in der Nähe, auf das niemand Ansprüche erhob und das die Gemeinde „El 20" nun nutzen kann.

Ein weiterer großer Erfolg der Arbeit vor Ort: Den zivilgesellschaftlichen Organisationen im Chocó gelang es, Anliegen der ethnischen Minderheiten ins Friedensabkommen von 2016 zu integrieren.

Ziviler Friedensdienst: Gewalt verhindern? Das geht! In: www.ziviler-friedensdienst.org, Abruf am 12.10.2023

3 Jordanien

Auf ihrer Homepage stellt die Organisation „Schüler Helfen Leben" das Projekt „Ein Ort für Alle" vor:

Unser Projektpartner Collateral Repair Project (CRP) betreibt in der jordanischen Hauptstadt Amman zwei Begegnungszentren, in denen sowohl junge Geflüchtete als auch jordanische Kinder und Jugendliche und ihre Familien zusammenkommen und an unterschiedlichen Aktivitäten und Bildungsangeboten teilnehmen können. Aktuell stehen IT-Kurse im Fokus des Projekts.

Junge Geflüchtete, deren Familien wie auch jordanische Kinder und Jugendliche sind von vielfältigen Herausforderungen betroffen – so mangelt es ihnen insbesondere an sozialen Interaktionen, Bildungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven. Unser Projektpartner Collateral Repair Project (CRP) fokussiert sich in seiner Arbeit auf zwei zentrale Aspekte: Bildungsmöglichkeiten schaffen und soziale Inklusion verbessern. Langfristig soll durch diese Ansätze dazu beigetragen werden, den geflüchteten jungen Menschen und ihren Familien eine Grundlage für ein umfassendes Ankommen in der neuen Gesellschaft zu schaffen.

Junge Menschen und deren Familien, die aus Kriegsgebieten nach Jordanien geflohen sind, werden grundlegende und weiterführende IT-Kenntnisse vermittelt. Die zweimal wöchentlich stattfindenden Kurse für Kinder und Jugendliche werden von qualifizierten Lehrkräften angeboten und laufen jeweils drei Monate. Dabei werden unterschiedliche Niveaus angeboten – vom allgemeinen Umgang mit gängigen PC-Programmen bis zu darauf aufbauenden Kursen für Fortgeschrittene, die z. B. Programmieren oder Grafikdesign beinhalten. Im Rahmen eines international anerkannten Informatik-Zertifikats (ICDL) können unterschiedliche Abschlüsse erworben werden. Ergänzend dazu werden monatlich stattfindende Workshops für

die Eltern angeboten, in denen sie mit Themen wie IT-Sicherheit und dem Schutz der Privatsphäre im Internet vertraut gemacht und so deren digitale Kompetenzen gefördert werden.
Den Kindern und Jugendlichen soll vor allem der Weg in die Schule bzw. in die Arbeitswelt geebnet werden, damit sie Bildung erhalten und perspektivisch ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz steigern. So soll Armut verringert und Zukunftsperspektiven ermöglicht werden. Dem ganzheitlichen Ansatz von CRP folgend soll so soziale Exklusion und Diskriminierung bekämpft und den Familien geholfen werden, ihre Lebenssituation zu verbessern.

Jordanische Kinder in Armut warten auf ihr Mittagessen.

© Schüler Helfen Leben: Ein Ort für Alle – Unterstützung für junge Geflüchtete in Jordanien. In: www.schueler-helfen-leben.de, Abruf am 12.10.2023

4 Serbien

Ein Bericht aus Serbien über einen ehemaligen Kämpfer im Jugoslawienkrieg, der die Balkanregion in den 1990er Jahren erschütterte:

Mitte Dezember 2021 versammelten sich in Vlasotinac, einer serbischen Kleinstadt 300 Kilometer südlich von Belgrad, ehemalige Kriegsparteien der jugoslawischen Erbfolgekriege, um einem der ihren zu ehren. […] Kostićs Friedensmission war Teil der Aktivitäten des Center for Nonviolent Action (CNA), das seit 2002 in Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und im Kosovo daran arbeitet, Vertrauen unter den Menschen aufzubauen. Im Rahmen ihrer Aktivitäten bringen sie Menschen zu Orten von Massenhinrichtungen, um die Opfer zu ehren und zu fordern, dass die Täter vor Gericht gestellt werden. Novica Kostić war in vielerlei Hinsicht die Verkörperung von CNA. Er war einer ihrer Schlüsselpersonen, der seit den allerersten Trainingsprogrammen im Jahr 2004 in ihre Aktivitäten involviert war. Amer Delić, einer der führenden Köpfe bei CNA und ein ARBiH-Veteran, sagte, dass Kostić eines seiner Vorbilder und sein Engagement habe ihn ermutigt, sich in seiner Gemeinde in Zavidovići, Bosnien, zu engagieren.

„Meine Angst, über meine Kriegserfahrung zu sprechen, verschwand, ich konnte sagen, dass nicht alles, was wir im Krieg erreicht haben, die Süße des Sieges oder der Befreiung hatte“, sagte Delić in Vlasotinac. „Indem ich mich [bei CNA] engagierte, fing ich an, meine Rolle im Krieg in Frage zu stellen, die bis zu diesem Zeitpunkt für mich makellos war. Ich war auf meinem eigenen Terrain und verteidigte mich gegen einen Angreifer, also konnte ich mich darin sonnen. Ich habe jedoch nicht darüber nachgedacht, was außerhalb meiner unmittelbaren Umgebung passiert ist, welche Gemeinden betroffen waren“, sagte Delić.

„Auf der anderen Seite haben Sie Leute wie uns“, fuhr er fort. „Ich hatte nach dem Krieg das Bedürfnis, mit jemandem zu sprechen, besonders über die Verbrechen. Ich ging hinaus und suchte nach Leuten aus anderen ethnischen Gruppen, mit denen ich sprechen konnte, aber niemand wollte. Geschlossenes Thema. Jeder würde nur sagen: ‚Lass es.‘ Dann hatte ich bei solchen Meetings die Chance zu reden.“

Delić lernte von Kostić, anders über den Krieg zu sprechen. Er sagte, er habe Kostić in Foren zugehört, in denen er offen über sein militärisches Engagement gesprochen und die derzeitige serbische Regierung kritisiert und jungen Menschen die Botschaft gesendet habe, dass sie Alternativen hät-

Hinweis
Auf S. 226 finden Sie eine Karte des ehemaligen Jugoslawiens.

ten. Delić erinnert sich, wie Kostić jüngere Generationen dazu aufrief, niemals zu akzeptieren, in den Kampf geschickt zu werden.

Nachdem sie den Krieg aufgegeben haben, kämpfen Kostić und andere Veteranen nun für den Frieden. Diese Art von Friedensengagement ist das, was CNA seit Jahren tut.

CNA wurde 1997 in Sarajevo, Bosnien, gegründet. Nach vierjähriger Arbeit eröffneten sie ein weiteres Büro in Belgrad. Die ersten Aktivitäten der beiden Büros waren Foren namens „Four Views", und Kostić war von Anfang an dabei. Die Idee war, Kriegsteilnehmer und Veteranen zusammenzubringen und ihnen zu helfen, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Die Foren waren öffentlich zugänglich und zogen andere Veteranen sowie Kriegsopfer an.

Aus diesen Foren gingen andere Aktivitäten hervor, aber der Schwerpunkt blieb auf Friedensaktivismus und der Arbeit mit Veteranen.

Kožul, Dejan: Die Trauer der Veteranen ist tief, aber auch ihre Hoffnung. In: https://kosovotwopointzero.com, 14.01.2022

M53 Interview mit einem Friedensaktivisten: „Unser Hauptfeind ist der Krieg"

Benno Stahn (71) gilt als Mitbegründer der Friedensbewegung in Kiel und stand fast 40 Jahre in der ersten Reihe bei der Organisation der Kieler Ostermärsche. Er demonstrierte schon gegen die Kriege in Jugoslawien, in Afghanistan oder im Irak. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine stehen die Ostermärsche wieder unter besonderen Vorzeichen. Ein Gespräch über die Friedensbewegung in Zeiten des Krieges.

Worauf sind Sie als Friedensaktivist stolz?

Stahn: Ich bin schon immer politisch interessiert gewesen und die Ostermärsche waren für mich die Bestätigung, dass man was richtig macht. Dass man es immer wieder schafft, Menschen auf die Straße zu bekommen und zu überzeugen, gegen Krieg und für Abrüstung auf die Straße zu gehen.

Was ist der größte Verdienst der Friedensbewegung?

Stahn: Dass wir die Abrüstung auch erreicht haben, besonders in den 1990er-Jahren. Die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa wurden abgezogen. Auch in Deutschland waren ja einige stationiert im Hunsrück. Die gibt es heute nicht mehr. Das zeigt: atomare Abrüstung ist möglich.

Aktuell geht es in Deutschland ja eher um eine Aufrüstung. Die Bundesregierung hat ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angekündigt. Wie beurteilen Sie das?

Stahn: Im Windschatten des Krieges wird das jetzt alles durchgewunken. Herr Scholz lässt sich feiern für seine 100 Milliarden, die eigentlich uns Bürgern gehören. Und gleichzeitig greift man uns mit der Inflation und den Preiserhöhungen kräftig ins Portemonnaie. Das passt irgendwie alles nicht zusammen. Das ist der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln, warum wir aberwitzig viel Geld für Waffen ausgeben, die ja nicht mehr Sicherheit, sondern – davon bin ich überzeugt – mehr Unsicherheit bringen. Ich habe auch den Eindruck, dass so langsam auch der Widerstand wächst.

Der Friedensbewegung wird manchmal vorgehalten, sie protestiere vor allem gegen die USA und gegen die NATO. Was entgegnen Sie?

Stahn: Das stimmt so nicht. Wir waren immer gegen alle Kriege. Und wenn ich mich richtig erinnere, haben mich Kriege seit meiner Jugend begleitet: ob Vietnam, Jugoslawien, Irak oder Syrien – wir machen da keinen Unterschied. Das ist einfach nicht wahr. Unser Hauptfeind ist der Krieg, weil es einfach das Schlimmste ist, was Menschen widerfahren kann. Von wem auch immer sie angegriffen werden. Was ich kritisiere: Wir leben im dritten Jahrtausend und machen Politik wie im 19. Jahrhundert. Wir brauchen einfach neue Visionen einer friedlichen Zukunft.

Aber die Ukraine wird ja gerade von Russland angegriffen. Sie wünscht sich Waffen

ISBN 978-3-661-71922-1

zur Verteidigung und hat der Bundesregierung eine Liste überwiesen. Wie soll sich Deutschland Ihrer Meinung nach richtig verhalten?

Stahn: Ja, das ist richtig. Wir machen es uns als Friedensbewegung damit auch nicht so einfach. Aber es ist ja nicht das Problem, dass es zu wenig Waffen in dieser Region gäbe. Ganz im Gegenteil. Der Krieg ist ja ein Zeichen dafür, dass es zu viele Waffen dort gegeben hat. Meine Befürchtung ist: Deutschland wird dann zu einer Kriegspartei. Wenn der Funke überspringen sollte, dann gnade uns Gott.

Das heißt, konkret nachgefragt, Deutschland sollte der Ukraine Ihrer Meinung nach keine Waffen liefern?

Stahn: Ich denke, es ist nach wie vor falsch, Waffen dort hinzuliefern. Das verlängert den Krieg, es schafft mehr Tote. Es muss einfach die Diplomatie sprechen.

Aber musste man nicht einsehen, dass die Diplomatie hier an ein Ende gekommen ist?

Stahn: Nein, ich glaube, die Diplomatie hat gar nicht richtig angefangen. Meiner Meinung nach sind unsere Politiker mit leeren Händen unterwegs gewesen. Sie haben nicht genug gedrängt auf eine mögliche Neutralität der Ukraine.

Die Friedensbewegung hat in den letzten Jahren immer weniger Menschen angezogen. Woran liegt das?

Stahn: Es gab immer schon so eine Art Wellenbewegung. In den fünfziger Jahren gab es ja die erste große Friedensbewegung, wo es um die Remilitarisierung der Bundesrepublik ging. Dann flaute das wieder ab. Dann kam die nächste große Welle mit der sogenannten Nachrüstungsdebatte mit den atomaren Raketen in den achtziger Jahren. Dann flaute das auch wieder ab. Mit dem Jugoslawienkrieg zog das wieder an. Wir haben immer kontinuierlich weitergearbeitet und waren da, wo es brenzlig wurde und sind auf die Straße gegangen. So wird es auch weitergehen.

Kühlberg, Jonas im Interview mit Benno Stahn: „Unser Hauptfeind ist der Krieg". In: www.ndr.de, 14.04.2022

eA M54 Fallbeispiel: Was sind die Bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften der Bundesregierung?

Ziele und Rahmenbedingungen der Klima und Entwicklungspartnerschaften

Ziele
Erhöhung der Ambitionen von Entwicklungs- und Schwellenländern zur Erreichung ihrer nationalen Resilienz- und Klimaziele
Grüne und sozial gerechte Gestaltung der Transformation

Hauptelemente

Klimapolitischer Dialog, Monitoring und Unterstützung
Partnerschaften sind zentraler Bestandteil der deutschen Klimaaußenpolitik

Einbindung aller Akteure
→ Regierung
→ Zivilgesellschaft
→ Wirtschaft
→ Wissenschaft

Diverse Finanzierungsinstrumente
→ „P+-Fazilität"
→ bilaterale Mittel
→ Fonds
→ Weitere

Mobilisierung zusätzlicher Geber und Mittel
inklusive bi- und multilateraler Verzahnung

Rahmenbedingungen
Verbindung des Pariser Klimaabkommens (Klimaschutz und Anpassung) mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 zu **holistischen Transformationsansätzen** durch Unterstützung von Minderungs- und Klimaanpassungsmaßnahmen

Nach: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften. In: www.bmz.de, Januar 2024

Konzept
Mit bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften unterstützt die Bundesregierung klimapolitisch wichtige, ambitionierte und reformorientierte Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzziele und der Anpassung an den Klimawandel. Dabei verbinden die Partnerschaften Klimaziele mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Kernelement der Partnerschaften ist der Anspruch, die zur Umsetzung der Klimaziele erforderlichen Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten (Just Transition). Damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann, gehen bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften über eine reine Regierungszusammenarbeit hinaus und binden Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Privatwirtschaft und Wissenschaft in den Austausch ein.

Ausgestaltung
Die Partnerschaften sind langfristig angelegt und die beteiligten Regierungen vereinbaren gemeinsam messbare Ziele. Anknüpfungspunkte sind die nationalen Klimabeiträge (NDCs), Anpassungsstrategien (zum Beispiel nationale Anpassungspläne) und Langfriststrategien der Partnerländer sowie die SDGs und nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Sie fördern darüber hinaus das Engagement der Partnerländer in internationalen klimapolitischen Allianzen und Initiativen.

Finanzierung
Neben den bilateralen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aus der sogenannten „P+-Fazilität“ als relevantes Finanzierungsinstrument jedes Jahr erfolgversprechende Projekte im Bereich Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz. Im Jahr 2023 standen hierfür 350 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich können die Länder Mittel aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) erhalten. Darüber hinaus kann zusätzliches privates Kapital für weitere Projekte mobilisiert werden.

Aufgaben

71912-126

1. a) Erläutern Sie mithilfe des Schaubilds **M51**, wie zivile Konfliktbearbeitung grundsätzlich funktioniert.
   b) Erörtern Sie Möglichkeiten und Probleme des Konzepts der zivilen Konfliktbearbeitung (**M50**, **M51**; → **PUB 6**).
2. a) Erarbeiten Sie in Gruppen die in **M52 1** - **4** dargestellten Abläufe, Methoden und Ziele zur friedlichen zivilen Lösung von Konflikten und stellen Sie diese im Kurs vor.
   b) Vergleichen Sie anschließend Ihre Ergebnisse mit dem Ansatz des Schaubilds **M51**.
3. a) Stellen Sie die in **M53** aufgeführten Argumente für die Abhaltung von Friedensdemonstrationen mithilfe der nachfolgenden Operatorenkarte dar.
   b) Diskutieren Sie im Kurs die Bedeutung von Friedensdemonstrationen (→ **PUB 3** + **4**).
   c) Diskutieren Sie in der Klasse die Aussage, dass die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine ein Fehler sind und nur den Krieg verlängern (vgl. Z. 74ff.).
4. Beurteilen Sie, welche der vorgestellten Maßnahmen und Methoden Sie am wirkvollsten erachten und wo Sie sich eine eigene Beteiligung vorstellen könnten (→ **PUB 6**).

eA **5.** a) Analysieren Sie die Ziele und Rahmenbedingungen der bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften der Bundesregierung. Erläutern Sie dabei, wie diese Partnerschaften dazu beitragen sollen, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und gleichzeitig eine sozial gerechte Transformation zu gestalten.
   b) Beurteilen Sie die Effektivität bilateraler Klima- und Entwicklungspartnerschaften als Instrument der deutschen Klimaaußenpolitik (**M54**). Entwickeln Sie begründete Vorschläge zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit.

OPERATOREN-TRAINING für Abiturklausuren

Beschreiben / darstellen

I. Was gehört dazu?

1. Sie geben wesentliche Aspekte eines Sachverhalts (z. B. einer Regelung, eines Systems, einer Problemsituation, eines Ergebnisses) im logischen Zusammenhang wieder.

▼

2. Sie formulieren eigenständig und verwenden dabei die passenden Fachbegriffe und die Fachsprache.

II. Hilfen zur Strukturierung und Formulierung

Den Sachverhalt benennen
Zunächst geht es bei der Regelung/Problemsituation/dem Sachverhalt/dem Ergebnis um …
Dabei bezieht sich der Sachverhalt/die Problemsituation/das Arbeitsergebnis auf …
Ausgangspunkt ist hierbei …

Wesentliche Aspekte im logischen Zusammenhang wiedergeben
Insbesondere ist kennzeichnend für …
Darüber hinaus sind ein besonderes Merkmal/zentrale Aspekte …
Zudem ist … folgendermaßen aufgebaut/hat die folgenden Elemente …
Ferner steht der Sachverhalt in Zusammenhang mit/ist Teil von …
Dadurch ergibt sich eine Verbindung zu …
Folglich lässt sich daraus ableiten, dass ...
Dementsprechend zeigen die Auswirkungen von …, dass …
Somit führt ... dazu, dass ...
Dies liegt darin begründet ...

Zusammenfassung
Zusammenfassend lässt sich insgesamt festhalten/feststellen ..
Abschließend lassen sich die wesentlichen Aspekte wie folgt zusammenfassen: ….

Labusch, Alexandra: Beschreiben / darstellen. In: Operatorentraining für Wirtschaft-Politik / Sozialwissenschaften. Bamberg 2023

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Zivile Konfliktbearbeitung → M50
Bei der zivilen Konfliktbearbeitung in Konflikt- und Krisenregionen kooperieren zivilgesellschaftliche Akteure, um einen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten herzustellen, Kompromisse zu ermöglichen und letztendlich Frieden zu schaffen. Der Begriff „zivil" wird dabei unterschiedlich verwendet. Zum einen bedeutet er „nicht militärisch". Nach dieser Lesart sind auch staatliche Einrichtungen wie Diplomatie, Justiz oder Polizei „zivile" Mittel. Im engeren Sinne steht „zivil" aber für die Bindung an die Zivilgesellschaft, also an nichtstaatliche Akteure. Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung können zivilgesellschaftliche Institutionen und Verbände sein (NGOs), aber auch internationale oder nationale staatliche und staatsnahe Institutionen. Man unterscheidet drei Ebenen der zivilen Konfliktbearbeitung, die sich verschiedenen Konfliktphasen zuordnen lassen:

- Verhinderung des Ausbruchs von Gewalt im Vorfeld (Krisenprävention): latenter (noch nicht offen ausgebrochener) Konflikt
- Konflikte friedlich regeln (Gewalt eindämmen, Deeskalation): Eskalationsphase (Konflikt mit offen ausgebrochener Gewalt)
- Strukturen und Institutionen aufbauen, die Frieden langfristig sichern (Frieden stabilisieren): Deeskalationsphase

71912-150

Friedensbewegung → M53
Als Friedensbewegung bezeichnet man soziale Bewegungen, die Kriege, Kriegsformen und Kriegsrüstung aktiv und organisatorisch verhindern und den Krieg als Mittel der Politik ausschließen wollen. In jüngerer Zeit verwendet man den Begriff vor allem für pazifistische Gruppen seit den 1980er-Jahren, die angesichts des Wettrüstens der beiden Supermächte USA und Sowjetunion und der damit einhergehenden Angst vor einem Atomkrieg für Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung eintraten. Speziell in Deutschland knüpfte die Friedensbewegung an Kampagnen gegen die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland sowie die sogenannte Ostermarschbewegung in den 1960er Jahren an, die im Zuge der Aufrüstung während des Kalten Krieges auf Demonstrationen und Kundgebungen atomare Abrüstung forderte.

71912-151

NGO → M49
NGOs (= Non-Governmental Organization, engl.: „Nichtregierungsorganisation") sind Organisationen, die ihre Arbeit unabhängig von staatlicher Förderung leisten und keine Gewinne erzielen wollen. Auf der Basis privater Initiative engagieren sie sich auf politischem, sozialem, ökonomischem und ökologischem Gebiet und versuchen dabei vor allem über die Medien, politische Entscheidungsträger sowie über konkrete Projektarbeit Einfluss zu nehmen. Bekannte, weltweit agierende NGOs, die sich für Frieden, Menschenrechte, soziale und ökologische Gerechtigkeit etc. engagieren, sind Amnesty International, Greenpeace oder die kirchlichen Organisationen Misereor und Brot für die Welt.

71912-152

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN KOMPAKT

Ziviler Friedensdienst → M52 2
Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein von der Bundesregierung unterstütztes Programm, das sich für Gewaltprävention und Friedensförderung einsetzt. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen, u.a. die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH oder Brot für die Welt, führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen. Derzeit arbeiten mehr als 380 internationale ZFD-Fachkräfte in rund 45 Ländern und unterstützen Menschen vor Ort in ihrem Engagement für Frieden.

71912-153

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung → M52
Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (PZKB) ist ein Netzwerk deutscher Organisationen und Einzelpersonen, das es sich zum Ziel gesetzt hat, durch den Einsatz ziviler Instrumente Gewaltkonflikte zu vermeiden, beizulegen und aufzuarbeiten. Sie wurde 1998 von Akteuren aus kirchlichen Einrichtungen und der Friedensforschung gegründet; heute engagieren sich rund 110 Einzelpersonen und 60 Organisationen, Gruppen und Einrichtungen innerhalb dieser Plattform, wobei die Mitglieder vor allem aus der Friedensarbeit, der Konfliktbearbeitung/Mediation, der Menschenrechtsarbeit, der Humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Wissenschaft stammen.

71912-154

„Schüler*innen Helfen Leben“ → M52 3
Die Stiftung „Schüler*innen Helfen Leben“ (SHL) engagiert sich im Bereich der Bildungs-, Jugend- und Friedensarbeit auf dem Westbalkan, in syrischen Flüchtlingslagern und in der Ukraine. Jedes Jahr veranstaltet er den „Sozialen Tag“, an dem Schülerinnen und Schüler jeder Altersstufe und Schulform teilnehmen können. Dabei geht es darum, dass sie sich für diesen Tag einen Job suchen, zum Beispiel Rasenmähen oder Auto waschen, und ihren Lohn an den Verein spenden, der damit seine Projekte finanziert. Mit mehr als 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist dies die größte von Jugendlichen organisierte Hilfsaktion Europas. Zudem bietet der Verein Freiwilligenplätze in mehreren südosteuropäischen Staaten an, in denen junge Menschen einen Friedensdienst ableisten können.

71912-155

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Was ist das Ziel ziviler Konfliktbearbeitung?
M50

Zivile Konfliktbearbeitung setzt bei den Beteiligten und den gesellschaftlichen, politischen und sozialen Ursachen eines Konflikts an. Der Begriff „Konfliktbearbeitung“ statt „Konfliktlösung“ wird dabei ganz bewusst verwendet, da Frieden kein Zustand ist, der etwa nach einem Waffenstillstand oder einem Friedensschluss plötzlich eintritt oder von außen dauerhaft verordnet werden kann.
Über friedliche und gewaltfreie Wege des Interessenausgleichs aller Konfliktparteien und deren aktive Einbeziehung bei der Suche nach angemessenen Lösungen soll langfristig ein Zusammenleben ohne Gewalt und ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden. Das kann nur dadurch geschehen, dass Vertrauen zwischen den Konfliktparteien entsteht und sie ihr Verhalten ändern. Auch müssen die strukturellen Ursachen des Konflikts, die meist gesellschaftlicher, politischer oder sozialer Art sind, erkannt und behoben werden.

Auf welche Methoden setzt die zivile Konfliktbearbeitung?
M51

Bei der zivilen Konfliktbearbeitung werden bewusst nichtmilitärische Mittel eingesetzt, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, beizulegen und um nachzusorgen. Sie orientiert sich an Bürger- und Menschenrechten; dazu können ethische Vorgaben aus religiösen Traditionen mit ihren jeweiligen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Freiheit kommen.
Um die Interessen aller Beteiligten wirklich stets angemessen berücksichtigen zu können, kommen etwa Dialog, Moderation und Verhandlung, Täter-Opfer-Ausgleich, die psychosoziale Unterstützung von Gewaltopfern, die Begleitung von Menschenrechtsverteidigern sowie die Unterstützung bei Versöhnung und beim Aufbau demokratischer Strukturen als Methoden zum Einsatz. Wichtig ist zudem dabei immer eine konfliktsensible Kommunikation, die darauf achtet, dass der Konflikt, etwa durch diskriminierende Wortwahl, nicht weiter verschärft wird.

Wie ist der Ablauf einer zivilen Konfliktbearbeitung?
M50-M52

Grundsätzlich läuft eine zivile Konfliktbearbeitung in drei Schritten ab: Am Anfang steht eine umfassende Konfliktanalyse. Auf Grundlage dieser Analyse lassen sich das Vorgehen und die Ziele für den zweiten Schritt – die eigentliche Konfliktbearbeitung – festlegen. Als letzter Schritt wird dann eine Vereinbarung getroffen, der sich alle Beteiligten verpflichtet fühlen. Im Idealfall umfasst der Abschluss einer zivilen Konfliktbearbeitung (etwa in einem Mediationsprozess) eine Vereinbarung, die von allen Konfliktparteien erarbeitet und getragen wird.
Zivile Konfliktbearbeitung stößt allerdings an ihre Grenzen, wenn Konflikte und Gewalt schon eskaliert sind und es offene Kampfhandlungen gibt oder wenn die Konfliktparteien keinen Frieden wollen, weil sie z. B. von der Gewalt profitieren. Hier müssen dann andere, nicht-zivile Mittel eingesetzt werden, um die Täter entwaffnen und strafrechtlich verfolgen zu können und den Frieden wiederherzustellen.

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich für Frieden und Sicherheit einzusetzen. So kann man sich etwa bei einer Non Governmental Organization engagieren, die Friedensarbeit leistet oder für Völkerverständigung und die Wahrung von Menschenrechten eintritt. Eine weitere Möglichkeit ist die Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen, auf denen Frieden und die Beendigung von Konflikten und Kriegen gefordert wird, um eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen. Aber auch durch Spenden oder gar ein Freiwilligenjahr im Ausland bei einer Organisation, die Friedensprojekte betreiben, kann man einen sinnvollen Beitrag zum Frieden leisten.

Auf welche Art und Weise kann man sich selbst konkret für Frieden und Sicherheit engagieren?
M51, M52

Um langfristig einen positiven Frieden in einem Land zu erreichen, müssen verschiedene Kriterien erfüllt sein. Übergeordnetes Ziel muss es sein, Gewalt vorzubeugen und nicht nur die Abwesenheit von direkter Gewalt zu erreichen, sondern auch strukturelle und kulturelle Gewalt zu überwinden. Dazu gehört, soziale Gerechtigkeit zu fördern und eine Kultur des Friedens zwischen den Menschen zu schaffen. Der Weg zu diesem Ziel führt über Konflikttransformation. Konflikte müssen frühzeitig erkannt und gewaltfrei bearbeitet werden, bevor sie eskalieren. Die Ursachen und Dynamiken von Konflikten müssen genau analysiert werden, um Ansatzpunkte für Veränderungen zu finden. Ziel ist es, destruktive Konflikte in konstruktive Konflikte umzuwandeln und Win-Win-Lösungen anzustreben, von denen alle Beteiligten profitieren. Ein zentrales Instrument der Konflikttransformation ist der Dialog. Er ermöglicht es, Verständnis zwischen den Konfliktparteien herzustellen, Beziehungen aufzubauen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dafür braucht es geschützte Räume, in denen ein respektvoller Austausch auf Augenhöhe stattfinden kann, auch zwischen sehr unterschiedlichen Gruppen wie Religionen. Auf der ethischen Ebene ist es wichtig, dass alle Beteiligten bereit sind, ihre Interessen und Positionen zu hinterfragen und anzupassen. Statt auf den eigenen Vorteil zu pochen, sollte das Gemeinwohl im Mittelpunkt stehen. Dies erfordert Einfühlungsvermögen, Kreativität und die Fähigkeit, die Perspektive des anderen einzunehmen. Schließlich müssen auch Fehler und Rückschläge auf dem Weg zum Frieden als Chance begriffen werden, aus ihnen zu lernen. Frieden ist ein komplexer, langfristiger Prozess auf vielen Ebenen. Er lässt sich nicht einfach herstellen, sondern muss immer wieder neu erarbeitet werden. Dazu braucht es einen langen Atem, Ausdauer und die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen und neue Wege zu gehen.

Wie lässt sich in einem Land langfristig positiver Frieden gewährleisten?
M50

ISBN 978-3-661-71922-1

eA

1.10 Wie kann die Unterstützung von Polizei und Justiz im Ausland dabei helfen, langfristigen Frieden zu gewährleisten?

Zum Thema: Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für uns selbstverständlich, gerade in Konfliktregionen mangelt es oft jedoch gerade an diesen zentralen Instrumenten eines funktionierenden Rechtsstaates. Da aber der Aufbau dieser Institutionen selbst eine funktionsfähige Bürokratie voraussetzt, gibt es Programme, die Staaten dabei unterstützen, diese rechtsstaatlichen Elemente zu etablieren. In diesem Kapitel erfahren Sie, wie sich Deutschland an solchen Programmen beteiligt.

M55 Fiktives Szenario: Eine Friedensmission in Nova Esperia

FIKTIVES BEISPIEL

Nova Esperia – Die Vereinten Nationen haben in einer Dringlichkeitssitzung beschlossen, eine internationale Friedensmission in die Republik Nova Esperia zu entsenden, um nach dem jüngsten Bürgerkrieg bei der Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit zu helfen. Die Mission, bekannt als UN-Friedensinitiative Nova Esperia (UNFINE), setzt sich aus Experten verschiedener Bereiche zusammen, darunter Polizeiberatung, Justizreform, Menschenrechte und gemeinnützige Vermittlung. Nach fünf Jahren des Konflikts, der Tausende von Leben gefordert und unzählige Familien vertrieben hat, stehen die Einwohner von Nova Esperia vor der gewaltigen Aufgabe, ihre Gesellschaft wiederaufzubauen. „Die Friedensmission UNFINE zielt darauf ab, die Kapazitäten lokaler Institutionen zu stärken, um langfristig einen stabilen Frieden zu gewährleisten", erklärte der UN-Sonderbeauftragte für Nova Esperia während einer Pressekonferenz in Genf.

Die Mission wird in enger Zusammenarbeit mit der Regierung von Nova Esperia und lokalen Gemeinschaften arbeiten, um ein Klima des Vertrauens und der Versöhnung zu fördern. Eines der Hauptziele der UNFINE ist die Reform des Polizei- und Justizsystems, um sicherzustellen, dass die Rechte aller Bürger geschützt werden und Gerechtigkeit für die Opfer des Konflikts geschieht. Zusätzlich zur Unterstützung bei der Sicherheits- und Justizreform wird die Mission auch Programme zur Förderung des Dialogs zwischen den verschiedenen Gemeinschaften und zur psychosozialen Unterstützung der Konfliktbetroffenen initiieren. „Es ist entscheidend, dass wir nicht nur die physische Infrastruktur wiederaufbauen, sondern auch das soziale Gewebe der Nation heilen", fügte der UN-Sonderbeauftragte hinzu.

Die internationale Gemeinschaft hat ihre Unterstützung für die Friedensmission zugesagt, wobei mehrere Länder bereits Personal, Ressourcen und finanzielle Hilfe bereitgestellt haben. Die Einwohner von Nova Esperia blicken mit vorsichtigem Optimismus auf die Ankunft der UNFINE, in der Hoffnung, dass dies ein erster Schritt zur dauerhaften Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in ihrem Land sein wird.

Einstiegsaufgabe

71922-190

Stellen Sie sich vor, Sie sind seid Teil der internationalen Friedensmission. Erarbeiten Sie in Stichpunkten in Gruppen, welche Herausforderungen und Aufgaben folgende Mitglieder der Friedensmission hätten:

- Polizeiberater/in
- Rechtsstaatlichkeitsberater/in
- Vermittler/in; Mediator/in
- Menschenrechtsbeobachter/in
- Sicherheitskoordinator/in
- Ausbilder/in für öffentliche Verwaltung
- Psychosozialer Berater/in

M56 Wie kann polizeiliche Unterstützungsarbeit aussehen?

Seit über 30 Jahren leisten deutsche Polizistinnen und Polizisten einen Beitrag für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Krisenregionen. Sie tun das in internationalen Missionen der Vereinten Nationen (wie z. B. in Somalia oder im Sudan) und in EU-Missionen (wie in Niger oder Georgien).

Zum ersten Mal beteiligte sich Deutschland 1989 an einer Friedensmission – damals noch mit einem Kontingent der Bundesrepublik und einem Kontingent der DDR. Eine sogenannte Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (UNTAG) in Namibia sollte den Plan für die Unabhängigkeit Namibias umsetzen und faire und freie Wahlen im Land ermöglichen. Seitdem engagiert sich Deutschland kontinuierlich mit Polizistinnen und Polizisten in internationalen Friedensmissionen – seit 1994 kommen dabei auch Polizistinnen und Polizisten der Länderpolizeien zum Einsatz. Zu den Erfolgen internationaler Polizeimissionen zählen die Befriedung der Balkanregion, die Missionen in Namibia und Kambodscha sowie die 2017 beendete Mission in Liberia.

In vielen Regionen der Welt, wie z. B. der Sahel-Zone, verschlechtert sich aktuell die Sicherheitslage. Die mangelnde Stabilität und ein Staat, der nicht mehr überall für Sicherheit sorgt, bedeuten Angst, Gefahr und Gewalt für die dortige Bevölkerung. Transnationale Bedrohungen wie Organisierte Kriminalität und Terrorismus wirken bis weit über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus. Menschen sehen sich veranlasst zu fliehen, teilweise bis nach Europa. Dem begegnet die Bundesregierung mit dem Einsatz deutscher Polizistinnen und Polizisten vor Ort: unter anderem in der Sahel-Region, am Horn von Afrika und im Irak.

United Nations Integrated Transition Assistance Mission in Sudan (UNITAMS)
Im Juni 2020 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Einrichtung der Mission UNITAMS beschlossen und die Mission beauftragt, beginnend ab 1. Januar 2021 Ihren Dienst aufzunehmen. Das Hauptaufgabenfeld der Mission liegt im Bereich der Unterstützung der politischen Prozesse in Sudan zur nachhaltigen Sicherung der Stabilität. Darüber hinaus unterstützt die Mission sowohl Polizei- als auch Justizorganisationen in Sudan beim nachhaltigen Aufbau von Kapazitäten. Beginnend ab April 2021 waren deutsche Polizistinnen und Polizisten in der Mission eingesetzt. In Folge der innersudanesischen Kämpfe im Frühjahr 2023 hat die Mission, mit Ausnahme eines Kernteams, den Sudan verlassen. Ob und in welcher Form die Mission Ihre Tätigkeit im Sudan wieder aufnehmen wird, ist gegenwärtig unklar.

European Union Mission in Armenia (EUMA)
Die Mission trägt durch die Beobachtung der Sicherheitslage entlang der internationalen Grenze dazu bei, den bestehenden Waffenstillstand zu überwachen und die dringend notwendige Vertrauensbildung zwischen Armenien und Aserbaidschan zu unterstützen. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf der humanitären Sicherheit der lokalen Bevölkerung im Konfliktgebiet, was die Gewährleistung von Grundrechten, medizinischer Versorgung und den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen einschließt. Seit ihrem Start im Februar 2023 leitet der Bundespolizist Dr. Markus Ritter die Mission.

European Union Capacity Building Mission in Niger (EUCAP Sahel Niger)
Die Mission unterstützt die nigrische Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie durch Beratung und Ausbildung. Ziel ist der nachhaltige Aufbau von Fähigkeiten im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität. Auch das Grenz- und Migrationsmanagement und die Bekämpfung der Schleusungskriminalität sollen gestärkt werden.

European Union Partnership Mission in Moldova (EUPM Moldova)
Die jüngste EU-Mission hat am 22. Mai 2023 ihre Arbeit aufgenommen. Die Mission hat zum Ziel, die moldauischen Krisenmanagementstrukturen, insbesondere die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegenüber hybriden Bedrohungen wie Desinformation oder Cyberangriffen, zu stärken. Dies erfolgt durch strategische Beratung und Projektunterstützung zum Aufbau der benötigten Fähigkeiten. Die EU beabsichtigt, mit der Einrichtung der Mission im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ihre sicherheitspolitische Unterstützung für die Republik Moldau nachhaltig zu stärken und die weitere EU-Annäherung des Landes zu befördern.

Bundesministerium des Inneren und für Heimat: Internationale Polizeimissionen: Krisen verhindern, Frieden fördern, 27.06.2023

M57 Wie kann justizielle Unterstützungsarbeit aussehen?

Rechtsstaatsförderung ist ein zentrales Instrument der Bundesregierung im Bereich Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Im Juli 2019 hat die Bundesregierung die „Ressortgemeinsame Strategie zur Rechtsstaatsförderung" verabschiedet.

Ohne Recht kein Frieden
Fehlende Rechtsstaatlichkeit verursacht Fragilität, verhindert ein friedliches und regelbasiertes Zusammenleben einer Gesellschaft und setzt den Einzelnen dem Risiko staatlicher Willkür aus. Wenn Bürgerinnen und Bürger kein Recht erfahren, kann Frieden nicht gedeihen. Daher stärkt die Bundesregierung mit ihrer Rechtsstaatsförderung die Rolle des Rechts, insbesondere die Unabhängigkeit und Integrität der Justiz. In zahlreichen Ländern hilft Deutschland seinen Partnern auch dabei, neue Verfassungen zu entwickeln, Verwaltungssysteme zu reformieren, Korruption zu bekämpfen und Zugang zu Recht und Streitbeilegung für die gesamte Bevölkerung zu verbessern. In der Umsetzung arbeitet die Bundesrepublik nicht nur eng mit den einzelnen Ländern zusammen, sondern unterstützt auch Friedens- und Rechtsstaatsmissionen der Europäischen Union, der OSZE und der Vereinten Nationen. Darüber hinaus setzt sich Deutschland für regionale und internationale Justizorgane wie den Internationalen Strafgerichtshof ein.

Lokale Lösungen unterstützen
Das Auswärtige Amt richtet einen besonderen Fokus auf Maßnahmen, die präventiv wirken, indem sie legitime staatliche Strukturen unterstützen und so das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Verwaltung und Justiz stärken. Recht und Rechtsstaatlichkeit sind je nach kulturellem Kontext und institutionellem Aufbau einer Gesellschaft unterschiedlich ausgeprägt. Daher fördert das AA lokale Mechanismen, um Konflikte friedlich zu lösen und damit soziale, ethnische und kulturelle Spannungen abzubauen.
Besonders herausfordernd – aber auch wichtig – ist die Förderung von Rechtsstaatlichkeit nach gewalttätigen Konflikten. Hier kann sie den Friedens- und Aussöhnungsprozess rechtlich begleiten und ist untrennbar mit dem Instrument der Vergangenheitsarbeit ("Transitional Justice") verbunden, denn vielfach erlittene Gewalt und Menschenrechtsverletzungen sind noch präsent und Opfer fordern Gerechtigkeit. Das Vertrauen in den Staat, in seine Legitimität und Schutzfunktion muss erst wiederhergestellt werden. Die umsichtige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann in diesen Situationen

stabilisierende Wirkung entfalten und helfen, Frieden abzusichern und Versöhnung zu ermöglichen. Voraussetzung ist stets die enge und vertrauensvolle Abstimmung mit den jeweiligen lokalen Regierungen und weiteren maßgeblichen Akteuren.

Auswärtiges Amt: Rechtsstaatsförderung. In: www.auswaertiges-amt.de, 17.09.2019

M58 Ein Modell für Konfliktverläufe

Konflikte haben ihre eigene Dynamik und neigen dazu, im Laufe der Zeit zu eskalieren und wieder abzuklingen. Diese Darstellungsweise hilft zu visualisieren, wie Konflikte typischerweise über die Zeit hinweg entstehen und wie sich die verschiedenen Phasen des Konflikts zueinander verhalten.

Urheberrechte noch in Klärung

M59 Fallbeispiel: EU-Polizeimission im Niger muss „schnellstmöglich" abziehen

Nach Streit mit den Militärmachthabern im Niger sollen die verbliebenen Mitarbeiter der europäischen zivilen Aufbaumission in dem westafrikanischen Land schnellstmöglich ausreisen. „Kurzfristig ist die EU gezwungen, den Abzug der Mission EUCAP Sahel Niger zu beschleunigen. Das internationale Personal der Mission, das von den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wurde, wird so schnell wie möglich nach Europa zurückkehren", teilte eine EU-Sprecherin in Brüssel der Deutschen Presse-Agentur mit.

Bislang war ein Abzug bis Mai geplant, nachdem die Militärregierung im Niger die Zusammenarbeit im Dezember nach zwölf Jahren aufgekündigt hatte. Die EU protestierte scharf gegen eine Razzia gegen das EUCAP-Hauptquartier in der Hauptstadt Niamey vergangene Woche, bei der Ausrüstung der Polizeimission beschlagnahmt worden war.

Die Aufbaumission mit rund 120 Europäern sollte die Sicherheitsbehörden im Kampf etwa gegen extremistische Gewalt, Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel stärken. Nach dem Putsch im Juli wendet sich die selbst ernannte Übergangsregierung aber von früheren Partnern ab, insbesondere Ex-Kolonialmacht Frankreich. Die Außenstelle der Mission in der Wüstenstadt Agadez an der Migrationsroute nach Norden wurde bereits geschlossen.

Dazu, wie viele Mitarbeiter noch im Land seien, um den Abzug abzuschließen, wollte

die EU aus Sicherheitsgründen keine Angaben machen. Leiterin der Mission ist die deutsche Richterin Katja Dominik. Sie war Ende Januar mit anderen Mitarbeitern der Mission bei der Einreise vorübergehend ausgewiesen worden. Nach dpa-Informationen musste sie zuletzt aus Sicherheitsgründen im Sitz der EU-Delegation in Niamey unterkommen.

Am Donnerstag vor einer Woche berichtete das nigrische Staatsfernsehen von Waffen, die am 19. Februar im Privathaus eines französischen Mitglieds der EUCAP Sahel entdeckt worden seien. Danach sei das EUCAP-Hauptquartier ebenfalls durchsucht worden. Nach Angaben des nigrischen Militärs wurden dort unter anderem Drohnen, Pistolen, Halbautomatikwaffen, Schutzausrüstung und große Mengen Munition gefunden.

Die EU-Sprecherin bezeichnete die unangemeldete Razzia als inakzeptabel sowie einen „Vertrauensbruch gegenüber der gesamten EU". Die beschlagnahmte Ausrüstung, zu deren Umfang sie keine Angaben machte, sei den Behörden ordnungsgemäß gemeldet worden und habe lediglich dem Schutzbedarf der Mission entsprochen, als diese voll einsatzfähig gewesen sei. „Die EU verurteilt diesen neuen Vorfall aufs Schärfste", hieß es. Die EU fordere die faktischen Behörden im Niger auf, die Verpflichtungen des Landes einzuhalten.

Der Niger liegt neben Mali und Burkina Faso in einer Region, die zu einer Hochburg islamistischer Terrorgruppen geworden ist. Er ist zudem eins der wichtigsten Transitländer für Migranten, die Richtung Europa reisen wollen. Bis zum Militärputsch im Juli 2023 galt das Land als letzter demokratischer Partner Europas und der USA in der Sahelzone. Als Reaktion auf den Putsch hat die EU ihre Budgethilfe eingestellt. Allein für den Zeitraum von 2021 bis 2024 waren über ein Mehrjahresprogramm Zahlungen in Höhe von mindestens 503 Millionen Euro vorgesehen.

© dpa-infocom, dpa:240229-99-174040/2

Aufgaben

71922-191

1. Beschreiben Sie mithilfe von **M56**, inwiefern internationale Polizeimissionen zur Krisenprävention und Friedensförderung beitragen können.
2. a) Erklären Sie den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit und Frieden, den der Text **M57** herstellt.
   b) Arbeiten Sie aus **M57** heraus, warum die Förderung von Rechtsstaatlichkeit nach gewalttätigen Konflikten besonders wichtig, aber auch herausfordernd ist.
3. Ordnen Sie polizeiliche und justizielle Unterstützungsarbeit in den Konfliktzyklus (**M58**) ein und erläutern Sie, wie diese dabei helfen können, den Zyklus zu durchbrechen.
4. a) Beschreiben Sie die in **M59** genannten Ereignisse, die zum beschleunigten Abzug der EUCAP-Mission aus dem Niger geführt haben.
   b) Erörtern Sie mögliche Folgen eines Abzugs internationaler Missionen wie EUCAP für die Sicherheitslage im Niger.
5. Beurteilen Sie die Herausforderungen und Grenzen internationaler Polizeimissionen in Ländern mit politischen Umbrüchen auf Basis der Materialien **M56** bis **M59** (→ **PUB** 6).
6. Werfen Sie einen erneuten Blick auf die Grafik MXX (Kapitel 1.3) und ordnen Sie die in diesem Kapitel genannten Unterstützungmaßnahmen der Übersicht zu vernetzter Sicherheit zu.

WISSEN KOMPAKT

Polizeiliche und justizielle Unterstützung in Konfliktregionen → M56, M57, M59
Polizeiliche und justizielle Unterstützung von Konfliktregionen bezieht sich auf Maßnahmen, die darauf abzielen, die Rechtsstaatlichkeit in Gebieten zu stärken, die von Konflikten betroffen sind oder waren. Dies umfasst den Aufbau und die Reform von Institutionen wie Polizei, Gerichte und Verwaltung, um eine effektive, vertrauenswürdige und unparteiische Rechtsdurchsetzung zu gewährleisten. Solche Unterstützungen können auch die Überprüfung und Reform der Sicherheitskräfte beinhalten, um deren Rolle in Konflikten aufzuarbeiten und zukünftige Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich Organisationen wie die Europäische Union, beteiligt sich oft an diesen Bemühungen, indem sie Expertise, Training und Ressourcen bereitstellt, um lokale Kapazitäten zu stärken und die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenderen Strategie zur Konfliktprävention und -bewältigung, die darauf abzielt, langfristige Stabilität und Sicherheit zu fördern und die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

71922-192

Modelle des Konfliktzyklus → M58
Modelle des Konfliktzyklus bieten einen Rahmen, um die Dynamik von Konflikten und die verschiedenen Phasen der Konfliktbewältigung zu verstehen. Sie beschreiben typischerweise einen Prozess, der mit einem Zustand des Friedens beginnt, in dem diplomatische Aktivitäten routinemäßig stattfinden. Bei zunehmenden Spannungen kommen präventive Maßnahmen zum Einsatz, um die Eskalation zu einem offenen Konflikt zu verhindern. Sollte es dennoch zu einem Konflikt kommen, wird versucht, durch Krisendiplomatie die Situation zu entschärfen und Gewalt zu vermeiden oder zu beenden.
Im Falle einer weiteren Eskalation zu bewaffneten Auseinandersetzungen oder Krieg werden Friedensschaffung (Peacemaking) und Friedenserzwingung (Peace Enforcement) notwendig, um einen Waffenstillstand zu erreichen und den Frieden durchzusetzen. Nach dem Abflauen der Gewalt sind Friedenssicherung (Peacekeeping) und Friedenskonsolidierung (Peacebuilding) wichtige Schritte, um die Stabilität zu wahren und die Grundlagen für eine dauerhafte Friedenslösung zu legen.
Die letzte Phase des Zyklus beinhaltet Versöhnungsprozesse, die darauf abzielen, die Beziehungen zwischen den ehemaligen Konfliktparteien zu heilen und die sozialen und politischen Wunden des Konflikts zu überwinden. Diese Modelle sind nicht linear und können sich überlappen oder wiederholen, da Konflikte oft zyklischer Natur sind und die Gefahr eines Wiederaufflammens besteht.

71922-193

ISBN 978-3-661-71922-1

WISSEN IM KONTEXT

Wie können externe Akteure beim Aufbau eines Rechtsstaates helfen?
M56, M57

Externe Akteure können durch polizeiliche und justizielle Unterstützungsarbeit wesentlich zum Aufbau eines Rechtsstaates in Konfliktregionen beitragen. Diese Unterstützung umfasst in der Regel die Ausbildung und Beratung von Polizeikräften, die Stärkung der institutionellen Kapazitäten von Justizbehörden und die Förderung von Rechtsreformen, um eine unabhängige und effektive Rechtsprechung zu gewährleisten. Externe Akteure können auch beim Aufbau von Strafverfolgungs- und Überwachungssystemen helfen, die für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung unerlässlich sind.
Ein kritischer Aspekt dieser Unterstützung ist jedoch die Akzeptanz durch das betreffende Land. Hilfe kann nicht aufgezwungen werden, sondern muss im Einklang mit den Bedürfnissen und der Kultur des Empfängerlandes stehen. Dies erfordert einen sensiblen Ansatz, der lokale Akteure einbezieht und auf deren Expertise und Kenntnisse der gesellschaftlichen Verhältnisse aufbaut. Die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Gemeinschaften ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Unterstützung nachhaltig ist und die Souveränität des Landes respektiert.
Die Effektivität der Unterstützung hängt auch davon ab, inwieweit sie in eine umfassende Strategie zur Friedenskonsolidierung eingebettet ist, die politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Externe Akteure müssen daher mit einer Vielzahl von Personen und Organisationen zusammenarbeiten, um ein integratives Umfeld zu schaffen, das die Grundlagen für einen dauerhaften Rechtsstaat legt. Dies beinhaltet auch die Förderung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards. Nur durch eine solche kooperative und angepasste Herangehensweise kann die polizeiliche und justizielle Unterstützung erfolgreich zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung des Friedens in Konfliktregionen beitragen.

Welche Herausforderungen und Grenzen hat polizeiliche und justizielle Unterstützungsarbeit in Konfliktregionen?
M59

Polizeiliche und justizielle Unterstützungsarbeit in Konfliktregionen steht vor zahlreichen Herausforderungen und Grenzen. Eine der größten Herausforderungen ist die Sicherheit der beteiligten Akteure, da instabile Verhältnisse und die Präsenz bewaffneter Gruppen ein hohes Risiko für Personal darstellen können. Zudem kann die Arbeit durch mangelnde Infrastruktur und unzureichende lokale Ressourcen erschwert werden. Ein weiteres Problem ist die oft fehlende Akzeptanz seitens der lokalen Bevölkerung und Behörden, die externe Einmischung als Bedrohung für ihre Souveränität oder als kulturell unangemessen empfinden können. Dies kann zu Widerstand gegen Reformen und zu Schwierigkeiten bei der Implementierung von Maßnahmen führen.
Die Effektivität der Unterstützungsarbeit hängt stark von der politischen Willensbildung und der Kooperationsbereitschaft der lokalen Regierung ab. Ohne diese Grundvoraussetzungen können selbst gut gemeinte Bemühungen scheitern. Korruption und mangelnde Rechenschaftspflicht innerhalb der lokalen Justiz- und Polizeistrukturen können ebenfalls die Bemühungen untergraben und die Etablierung rechtsstaatlicher Prinzipien behindern.
Darüber hinaus kann die Komplexität des rechtlichen Rahmens in Konfliktregionen, der oft von traditionellen oder informellen Rechtssystemen geprägt ist, die Harmonisierung mit internationalen Standards erschweren. Die Unterstützungsarbeit muss daher sensibel und anpassungsfähig sein, um kulturelle Unterschiede und lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen. Schließlich ist die Nachhaltigkeit der Unterstützungsmaßnahmen eine ständige Sorge. Externe Unterstützung ist oft zeitlich begrenzt, und es besteht die Gefahr, dass ohne eine langfristige Verpflichtung und den Aufbau von Eigenverantwortung die erzielten Fortschritte nach dem Abzug der externen Akteure nicht bestehen bleiben. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist ein koordinierter Ansatz erforderlich, der lokale Akteure einbezieht, auf langfristige Ziele ausgerichtet ist und flexibel genug ist, um auf sich ändernde Bedingungen zu reagieren.

ISBN 978-3-661-71922-1

OPERATOREN-TRAINING für Abiturklausuren

Beschreiben / darstellen

I. Was gehört dazu?

1. Sie geben wesentliche Aspekte eines Sachverhalts (z. B. einer Regelung, eines Systems, einer Problemsituation, eines Ergebnisses) im logischen Zusammenhang wieder.

▼

2. Sie formulieren eigenständig und verwenden dabei die passenden Fachbegriffe und die Fachsprache.

II. Hilfen zur Strukturierung und Formulierung

Den Sachverhalt benennen

Bei der Regelung / Problemsituation / dem Sachverhalt / dem Ergebnis … geht es um …
Der Sachverhalt / die Problemsituation / das Arbeitsergebnis … bezieht sich auf …
Ausgangspunkt ist …

Wesentliche Aspekte im logischen Zusammenhang wiedergeben

Kennzeichnend für … ist …
Ein besonderes Merkmal ist / Zentrale Aspekte sind …
… ist folgendermaßen aufgebaut/ hat die folgenden Elemente …
Der Sachverhalt steht in Zusammenhang mit / ist Teil von …
Durch … ergibt sich eine Verbindung zu …
Daraus lässt sich ableiten, dass ...
Die Auswirkungen von … zeigen, dass …
... führt dazu, dass ...
... liegt darin begründet ...

Zusammenfassung

Insgesamt lässt sich festhalten / feststellen ...
Die wesentliche Aspekte lassen sich wie folgt zusammenfassen: …

Labusch, Alexandra: Beschreiben / darstellen. In: Operatorentraining für Wirtschaft-Politik / Sozialwissenschaften. Bamberg 2023

ISBN 978-3-661-71922-1

KOMPETENZEN ANWENDEN

Kompetenz-Check Kapitel 1

71912-110

Die nachstehenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen, und erlauben Ihnen abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Mögliche Lösungsvorschläge finden Sie über die QR- und Mediencodes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 „Deutschland meint es ernst“

Außenministerin Baerbock beim Boxtraining im kurdischen Flüchtlingslager

Mehr als 12.000 Menschen leben in dem Lager [Flüchtlingslager Qadia im Irak] in der Region Kurdistan, etwa 20 Kilometer von der Grenze zur Türkei entfernt. Sie sind vor acht Jahren vor der Gewalt der Terrormiliz „Islamischer Staat“ geflohen. Die meisten von ihnen sind Jesiden aus der Region Sinjar.

Im Camp Qadia leben die Bewohner in Containern. Das Lager gilt als vergleichsweise gut ausgestattet – und doch fehlt den Menschen hier eine Perspektive. Nichtregierungsorganisationen bieten deshalb Fußball und Selbstverteidigungskurse an, Kunsttherapien und IT-Kurse. Die Bundesregierung unterstützt das finanziell. Baerbock sagt nach ihrem Rundgang: „Diese Camps dürfen kein Ort der Hoffnungslosigkeit werden.“ Viele Bewohner würde gerne in ihre Heimat zurückkehren. [...] Doch viele Jesidinnen und Jesiden fühlen sich in ihrer Heimat Sinjar nicht sicher genug und sehen keine Perspektive dort. Um das ein wenig zu ändern, ist Baerbock in den Irak gekommen – und sie wird herzlich empfangen. Der Bundestag hatte die Verbrechen an den Jesiden Mitte Januar einstimmig als Völkermord eingestuft. In Bagdad und Erbil hört Baerbock dafür große Dankbarkeit – so wie für die Hilfszusagen aus Deutschland.

Baerbock betont immer wieder auf dieser Reise: Deutschland wolle helfen. Der Druck auf den sogenannten „Islamischen Staat“ müsse aufrechterhalten werden. Die Terrormiliz gilt militärisch als besiegt. Aber einzelne Zellen verüben nach wie vor Anschläge. [...] Etwa 260 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind aktuell im Irak und im benachbarten Jordanien im Einsatz, um den Kampf gegen den IS zu unterstützen und den Irak zu stabilisieren. Baerbock sagte zu, die Ausbildung der Peschmerga-Kämpfer in der Region Kurdistan fortsetzen zu wollen. Iranische und türkische Angriffe auf irakischem Territorium machen die Lage nicht einfacher. Baerbock spricht in Bagdad von einer „komplizierten Nachbarschaft“. Sie ruft dazu auf, die Souveränität des Iraks zu respektieren.

[...] Hinter den Zusagen der Unterstützung stecken aber auch handfeste deutsche Interessen: Die Bundesregierung will irreguläre Migration reduzieren, und deutsche Firmen mischen mit beim Wiederaufbau des Landes. Siemens Energy zum Beispiel ist am Ausbau des Stromnetzes beteiligt. Im Beisein der Ministerin werden in Bagdad weitere Vereinbarungen dazu unterschrieben.

Den Irak stabilisieren und für mehr Sicherheit zu sorgen, ist nur ein Teil des deutschen Unterstützungsangebots. Ein wei-

terer: Den Kampf gegen den Klimawandel vorantreiben. Der Irak ist weltweit eines der Länder, das am stärksten unter den Folgen der Klimaveränderung leidet. Das Wasser ist knapp, Dürren setzen der Landwirtschaft zu, die Menschen leiden unter extremer Hitze. Auch hier will Deutschland helfen.

Dake, Björn: „Deutschland meint es ernst". In: www.tagesschau.de, 08.03.2023

Aufgabe

Beurteilen Sie unter Bezugnahme auf 1, inwieweit die deutsche Außenministerin bei ihrer Reise in den Irak grundlegende Ziele der deutschen Außenpolitik verfolgt, dabei auch einen Schwerpunkt auf dezidiert feministische Außenpolitik legt und gleichzeitig Herausforderungen und Probleme des 21. Jahrhunderts angeht (→ **PUB** 6).

Lösungsvorschlag

71912-112

2 Leitbild der UNESCO-Projektschulen in Deutschland

In Deutschland gibt es rund 300 UNESCO-Projektschulen, die auf alle Schularten und Bundesländer verteilt sind. Sie arbeiten deutschlandweit eng zusammen und profitieren auch vom weltweiten Austausch mit über 11.500 UNESCO-Projektschulen in 182 Ländern. UNESCO-Projektschulen verankern in ihren Schulprofilen und Leitbildern wie auch im Schulalltag und der pädagogischen Arbeit die Ziele und Werte der UNESCO. Sie setzen sich damit für Frieden, Weltoffenheit und nachhaltige Entwicklung ein.

Leitbild der UNESCO-Projektschulen in Deutschland

Nach: Deutsche UNESCO-Kommission: Leitbild der UNESCO-Projektschulen in Deutschland. In: www.unesco.de, Abruf am 17.10.2023

Aufgaben

1. Verfassen Sie gemeinsam mit Ihren Mitschülerinnen und Mitschülern ein Schreiben an Ihre Schulleitung, in dem Sie darum bitten, Ihre Schule zur UNESCO-Schule zu machen.
2. Begründen Sie dabei unter Bezugnahme auf das Leitbild 2, weshalb Sie diesen Schritt als einen wichtigen Beitrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik ansehen (→ **PUB** 6).

Lösungsvorschlag

71912-113